



gießengerecht. Eine Stadt für alle.

Wahlprogramm der SPD Gießen
für die Kommunalwahl am 14.März 2021

gießengerecht. Eine Stadt für alle.

**Wahlprogramm der SPD Gießen
für die Kommunalwahl am 14.März 2021**

Gießengerecht – eine Stadt für alle - Vorwort	2
Sozialgerecht - Politik für die Menschen in der Stadt	4
Wohnengerecht – Wohnen sozial gestalten	18
Migrationgerecht – Ankommen gestalten, Einleben fördern, Diversität leben	23
Globalgerecht – Stadt des fairen Handels	28
Sportgerecht - für den Sport in Gießen	30
Bildungsgerecht - Bildung heißt Zusammenhalt	33
Weiterbildungsgerecht - Bildung als lebensbegleitender Prozess – Sicherung einer eigenständigen kommunalen Volkshochschule	43
Kulturgerecht - Gießen als kulturelles Zentrum	44
Wirtschaftsgerecht - Die SPD steht für nachhaltiges Wirtschaften und zukunftsfähige Arbeit	51
Tierschutzgerecht – Tierschutz als gesellschaftliche Verantwortung	59
Klimagerecht – Klimaschutz nachhaltig vorantreiben – Klimaneutralität bis 2035 schaffen – Energiewende gestalten	61
Ökologischgerecht - Mut für Mehr – Die ökologisch gerechte Stadt fördern und ausbauen	66
Verkehrsgerecht - Die Verkehrswende schaffen	68
Kommunalgerecht - Erhalt der Handlungsfähigkeit durch weitsichtige Finanzpolitik	78
Beteiligungsgerecht in einer Stadt für alle	81
Vorortstadtteilerecht Orte zum Leben und Wohlfühlen	84

Gießengerecht – eine Stadt für alle - Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Wahlprogramm haben wir Gesamtkonzepte für alle politischen Handlungsfelder in Gießen beschlossen. In den letzten zehn Jahren ist unter sozialdemokratischer Verantwortung in Gießen viel in Bewegung geraten. Wir knüpfen an das Erreichte an und stellen uns gleichzeitig neuen Fragen und Herausforderungen. Dabei haben wir viele Ideen und Initiativen für Gießen, für eine Stadt, in der Politik für alle da ist, für eine Stadt, in der die Werte der Solidarität und des Respekts handlungsleitend sind und der gesellschaftliche Zusammenhalt eins der wichtigsten Ziele ist.

Die Welt hat sich verändert im letzten Jahr: unser Leben, unsere Gesellschaft, unsere Stadt verändert sich unter dem Einfluss der Pandemie schleichend – wir nehmen Modernisierungs- und Wachstumsschübe zur Kenntnis – insbesondere zum Beispiel in allen Bereichen, in denen es um die Digitalisierung von Prozessen und die Digitalisierung von Kommunikation geht. Wir erleben ganze Wirtschaftsbereiche, die um ihre Existenz fürchten, etwa in der Gastronomie, im Bereich der Kulturwirtschaft, in der Tourismusindustrie, wir müssen befürchten, dass die Innenstädte als Standort für Handel und Dienstleistungen ihre Bedeutung verlieren und veröden, und wir erleben, dass sich durch die Rahmenbedingungen der Pandemie die gesellschaftlichen Ungleichheiten weiter zuspitzen. Das Virus trifft nicht alle gleich, das Virus trifft diejenigen härter, die schon in der Vergangenheit über weniger Ressourcen verfügten.

Das heißt, die vielfältigen, mehrdimensionalen Folgen der Pandemie lassen sich heute noch gar nicht abschätzen. Die Folgen sind aber in der Lebenswelt der Menschen immer stärker spürbar. Die Krise zeigt immer stärker auch kommunalpolitische Folgen und erfordert deshalb auch immer mehr von uns als gestaltende kommunalpolitische Kraft.

Deutlich wird immer stärker, dass es heute die solidarische Stadt braucht, und aktuell entwickelt die durch Ungewissheit und Isolierung geprägte Gesellschaft vielerorts neue soziale Innovationen und ein neues solidarisches Bewusstsein. Dies gilt es zu erkennen und durch kommunale Politik zu unterstützen bzw. zu befördern.

Die Frage, wie es uns gelingt, die Pandemie zu bekämpfen und die Folgen für die Menschen in unserer Stadt in erträglichem Rahmen zu halten, ist auch und gerade eine Frage der Gerechtigkeit, die sich natürlich nicht erst heute stellt.

Deshalb geht es der Gießener SPD um den Blick auf die Gerechtigkeitskrise und natürlich gleichzeitig um die große Herausforderung der Menschheit, die Klimakrise.

Der Klimawandel ist überall sichtbar und spürbar. Wir erleben Wetterkapriolen, die es in der Aufzeichnungsgeschichte des Wetters so noch nicht gegeben hat. Wir erreichen einen Hitze- und einen Dürrekord nach dem anderen. Das spüren wir auf vielen Ebenen und es wird deutlich sichtbar, wenn man unsere Wälder, Felder und Tier- und Pflanzenwelt betrachtet.

Und so haben wir auch in der Kommunalpolitik einen klaren Auftrag:

zum einen müssen wir dafür sorgen, dass wir nachhaltiger leben und zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass unsere Stadt dem vorhandenen Klimawandel städtebaulich, energiepolitisch und wirtschaftlich begegnet.

Aber für uns ist klar: wer der Klimakrise begegnen will, muss sich gleichermaßen mit der Gerechtigkeitskrise auseinandersetzen und umgekehrt. Nur der Blick auf beide Perspektiven

– das gilt im Hinblick auf soziale Lage, Bildungschancen, Ressourcenverteilung, weltweite Arbeitsteilung, Prioritätensetzung und Kriterien bei wirtschaftlichen Entscheidungen – wird die Bewältigung der Krisen bringen.

Die SPD steht als Garant für die Verbindung der Perspektiven, als Garant für Gießengerechte Konzepte, als Garant für sozialgerechte Politik und als Garant für klimagerechte Maßnahmen.

Gießen ist in Bewegung, und das auf sehr produktive Weise. Die Stadt wächst überdurchschnittlich, Gießen ist attraktiv für viele, die hierherziehen, Gießen ist attraktiv für Unternehmen, die sich hier ansiedeln. Es entwickelt sich eine immer vielfältigere Stadtgesellschaft, die neue kulturelle Initiativen hervorbringt und die geprägt ist durch Technologieentwicklung, Kreativität und Talentförderung.

Prägend in dieser Stadt und in diesen Prozessen sind sicher die beiden großen Hochschulen. Sie sind die größten Arbeitgeber, sie sind wichtige Kooperationspartner für Technologietransfer und Motor für Innovation, sie sind attraktiv für Studierende. Die Hochschulen sind mit ihren vielfältigen Einrichtungen stadtbildprägend, bringen Wertschöpfung in die Region durch Forschungseinrichtungen und Investitionen in Bildungsbauten, haben Magnetfunktion für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Die Hochschulen sind für Gießen wichtiger Partner in Stadtentwicklungsprozessen. In unserem Programm wird in vielen Kapiteln auf die Bedeutung der Hochschulen und auf Kooperationsbezüge zwischen Kommune und Hochschulen Bezug genommen – der Hochschulstandort Gießen hat Einfluss auf nahezu alle kommunalen Themen.

Als Verantwortliche in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind für uns die Hochschulen auch zukünftig sehr bedeutsame Kooperationspartner.

Wir können für die letzten Jahre eine für die Universitätsstadt Gießen sehr günstige wirtschaftliche Entwicklung konstatieren, die finanzielle Handlungsspielräume hervorgebracht hat. Um den Herausforderungen in den nächsten Jahren gerecht zu werden, wollen wir das Investitionsaufkommen erheblich erhöhen und für die Jahre 2021 bis 2026 zusätzlich zum bisherigen Investitionsrahmen ein zusätzliches Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 75 Mio. € auflegen und damit unser jährliches Investitionsvolumen um mindestens 50% erhöhen. Kommunen sind die tragende Säule für eine stabile Gesellschaft und müssen weiter in Klimaschutz, sozialen Wohnungsbau, Kinderbetreuung, Bildungs-, Kultur- und Sportinfrastruktur, Verkehr und Digitalisierung – das heißt in die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität unserer Stadt Gießen - investieren. Dafür machen wir uns stark.

Die Vorhaben aus unserem Wahlprogramm sind uns Auftrag und Verpflichtung –

in diesem Sinne werben wir für Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 14. März 2021.

Nina Heidt-Sommer, Christopher Nübel, Astrid Eibelshäuser
für die SPD Gießen

Sozialgerecht - Politik für die Menschen in der Stadt

Gießen ist eine junge, wachsende und vielfältige Stadt. Das Zusammenleben von Jung und Alt und von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund gelingt in unserer Stadt bisher sehr gut. Dazu hat auch eine von der SPD maßgeblich gesteuerte Politik beigetragen, die Vielfalt als Chance betrachtet, aber dabei immer die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Studierenden, Familien und Senior:innen mit oder ohne Einwanderungsgeschichte im Auge behält.

Diese Arbeit im Interesse der Menschen unserer Stadt fortzusetzen, ist unser Ziel. Dabei wird es sowohl darum gehen, Bewährtes zu erhalten als auch durch neue Ansätze Antworten auf aktuelle Fragestellungen und Probleme zu finden.

Perspektiven für Kinder und Jugendliche sind Zukunftsperspektiven

Frühkindliche Erziehung und Bildung

- Gute Bildung für alle von Anfang an sichert die Zukunft der Stadtgesellschaft. Eine möglichst frühe Förderung entscheidet dabei maßgeblich über den späteren Bildungserfolg und ist deshalb in Bezug auf Chancengleichheit eine wichtige Voraussetzung. Aber auch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein quantitativ und qualitativ hochwertiges Angebot unverzichtbar und ein wichtiger Standortfaktor für den Verbleib und Zuzug von jungen Familien.

Kennzeichnend für das jetzige Angebot ist die Mischung aus städtischen Kitas und Kitas der freien Träger. Fast alle Kitas sind inzwischen Familienzentren, in denen Kurse für Eltern angeboten, Elterntreffs gestaltet und niedrigschwellige Beratungsangebote bereitgehalten werden. Flexible Öffnungszeiten ermöglichen die Buchung der passgenauen gewünschten Betreuungszeit.

Die schon lange bestehende und für alle Kitas geltende Gebührenstaffelung wurde 2016 durch eine neue Satzung der Stadt weiterentwickelt, zum Vorteil von niedrigen und mittleren Einkommen. So kann in Gießen jedes Kind eine Kindertagesstätte besuchen, es wird kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen.

In der letzten Legislaturperiode sind neue Kindertagesstätten entstanden, es fehlen aktuell dennoch Plätze sowohl im Bereich der unter Dreijährigen als auch im Kindergartenbereich. Das hat zum einen damit zu tun, dass es einen vermehrten Zuzug von jungen Familien gab und gibt, zum anderen suchen Eltern auch im U3 Bereich immer früher einen Platz für ihr Kind.

Auch geht aufgrund fehlender Fachkräfte das Angebot im Bereich der Kindertagespflege zurück, was sicher an der für Frauen günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt und dem Ausbaus der Kinderbetreuung zu tun hat.

Für die SPD in Gießen hat der Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin eine sehr hohe Priorität, um Bildungsgerechtigkeit zu fördern, den Interessen von Eltern gerecht zu werden und auch, um dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr nachzukommen.

Die für Februar 2021 vorgesehene Eröffnung einer neuen Kita im Quartier „Alter Flughafen“ und der Bau neuer Einrichtungen in der nördlichen Weststadt und im Neubaugebiet Philosophenhöhe sind notwendige Schritte, weitere (Aus)bauvorhaben sind notwendig.

Unsere Vorhaben und Ziele:

- Eine frühzeitige Planung und der Ausbau des Angebotes entsprechend der zu erwartenden Entwicklung unserer Stadt sollen dafür sorgen, dass ausreichend Plätze auch für die unter Dreijährigen zur Verfügung stehen. Dabei halten wir an der Pluralität von Kommune, freien Trägern der Wohlfahrtspflege und freien Initiativen fest und wollen die bewährte Trägervielfalt erhalten.
- Um für die städtischen Angebote mehr Flexibilität zu erreichen, wollen wir die Überführung in einen Eigenbetrieb prüfen. Dies erleichtert die Personalentwicklung und ermöglicht einen bedarfsgerechten und zügigeren Ausbau des Angebotes.
- Für Kindertagesstätten in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf wollen wir Stellen für Sozialarbeiter:innen – ähnlich wie in den Schulen- schaffen. Diese sollen die Erzieher:innen entlasten und die Chancen für benachteiligte Kinder und Familien verbessern, indem diese die Selbsthilfepotenziale der Kinder und Familien unterstützen, Eltern darin stärken, Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder zu übernehmen und beratend und helfend als Ansprechpersonen für die Eltern zur Verfügung stehen. Die Sozialarbeiter:innen haben spezifische Aufgaben und sind nicht im Regelbetrieb der Kindertagesstätte eingesetzt.
- Im Bereich der Kindertagespflege wollen wir prüfen, ob die Betreuung in kleinen Gruppen von bis zu 5 Kindern auch in sogenannten Pflegenestern, d. h. in speziell dafür angemieteten Wohnungen, stattfinden kann und die dort tätigen Kindertagespflegepersonen bei der Stadt, dem evtl. zu gründenden Eigenbetrieb oder einem freien Träger fest angestellt werden können.
- Die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder wollen wir in Kooperation mit den ganztätig arbeitenden Grundschulen sicherstellen.

Teilhabe von Jugendlichen

Kommunale Jugendpolitik muss zum Ziel haben, allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in der solidarischen Gesellschaft mit Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder sozialen und kulturellen Herkunft zu ermöglichen und sie für die aktive Mitgestaltung des Gemeinwesens zu gewinnen. Gemeinwesen-, Sozialraum- und Lebensweltorientierung sind notwendig, um Benachteiligungen frühzeitig entgegenzuwirken und vorhandene Stärken zu entwickeln.

Die Jugendkultur war schon immer vielschichtig und ist in den letzten Jahren noch bunter und unterschiedlicher geworden.

Gießen hat eine Reihe an Jugendzentren, Jugendbegegnungsstätten und quartiersbezogenen Initiativen. Allerdings werden nicht alle Jugendliche, insbesondere männliche Jugendliche, mit diesen Angeboten erreicht. Sie sind in ihren Bezugsgruppen an wenig überwachten Stellen anzutreffen und geraten dabei nicht selten mit der umliegenden Bewohnerschaft in Konflikt. Die in Gießen schon lange existierende aufsuchende Straßensozialarbeit für Jugendliche kennt diese Orte und ist mit einem Teil der Gruppen in Kontakt. Dabei spielt in Teilen auch Drogenkonsum eine nicht zu vernachlässigende Rolle, auch schon bei 13- und 14-Jährigen.

Der Grat zwischen Akzeptanz für das Ausprobieren von Möglichkeiten (eine im Grunde normale Funktion des Jugendalters) und Eingreifen aufgrund von beobachtbaren Formen der Destruktion und Selbstschädigung ist schmal. Wir sehen daher die Notwendigkeit umfangreicherer Hilfen als bisher, um Wege zur konstruktiven Lösung jugendlicher Desorientierung anzubieten.

- Obwohl die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren eher günstig war und viele Firmen und Unternehmen ihre Ausbildungsstellen nicht immer besetzen können, finden nicht alle Jugendlichen geeignete Ausbildungsstellen im ersten Arbeitsmarkt oder sind aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage, eine solche Ausbildung zu absolvieren.
Mit Hilfe der kommunal geförderten Jugendberufshilfeeinrichtungen wie Jugendwerkstatt und IJB (Initiative Jugendberufshilfe) und der gemeinnützigen Berufsbildungsgesellschaft ZAUG gGmbH (Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießen) gelingt es, Perspektiven für diese Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung zu schaffen.
- Seit vielen Jahren gibt es im Rahmen der Arbeit des Jugendbildungswerks Angebote (Jugendforen) zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die immer dann am erfolgreichsten sind, wenn es um konkrete Projekte in den Quartieren geht und andere Einrichtungen wie Vereine und Schulen ebenfalls beteiligt sind. Seit 2019 existiert das Projekt „Jugend im Rathaus“, das in Zusammenarbeit von Jugendbildungswerk und Deutschem Kinderschutzbund erarbeitet wurde.
- Im Rahmen dieses Projektes besuchen Schulklassen einen Tag das Rathaus, lernen unterschiedliche Ämter und Aufgaben kennen und führen dann Gespräche mit Mitgliedern der im Parlament vertretenen Parteien. Ziel ist es, Schüler:innen die Möglichkeit zu geben, Einblick in die politische Arbeit eines Kommunalparlamentes zu nehmen und ihre Anliegen direkt vorzutragen. Im Unterschied zu einem Jugendparlament sind hier alle Schüler:innen einer Klasse beteiligt und nicht nur – wie oft bei Jugendparlamenten – Schüler:innen mit einem schon vorhandenen politischen Interesse.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Jugendarbeit in der Kommune muss immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden, um zu evaluieren, ob die Angebote bei den Adressat:innen ankommen und die angestrebten Ziele erreicht werden. Deshalb planen wir in der kommenden Legislaturperiode einen Fachtag, bei dem mit der Jugendarbeit befasste Fachleute und Vertreter:innen der Jugendorganisationen ins Gespräch kommen. Ziel eines solchen Fachtages ist die Evaluation der bestehenden Angebote im Blick auf ihre Aktualität und die Erarbeitung von notwendigen Veränderungen und neuen Angeboten. Dabei geht es sowohl um die bestehende Jugendarbeit in der Kernstadt als auch um die Situation und die Bedarfe in den Vorortstadtteilen Allendorf, Kleinlinden, Lützellinden, Rödgen und Wieseck.
- Wir werden prüfen, wie weit das isländische Konzept „Planet Youth“ Anregungen geben kann. Dieses Konzept basiert auf dem sozialraumorientierten Zusammenwirken von Jugendlichen, ihren Eltern, Gleichaltrigen (Peers), Schule, professioneller Jugendarbeit, Vereinen und den Institutionen, die den Übergang in die berufliche Ausbildung vorbereiten.
- Weiterhin gefördert wird das Suchthilfezentrum, das seit vielen Jahren in Gießen etabliert ist und durch unterschiedliche Ansätze Jugendliche frühzeitig erreicht.
- Um auch Jugendlichen, die ohne Unterstützung auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance für eine Integration in die Arbeitswelt haben, dies zu ermöglichen, werden wir die Einrichtungen der Jugendberufshilfe weiterhin finanziell fördern. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf zugewanderten Jugendlichen, die immer noch überproportional häufig keinen Berufsabschluss erwerben. Diese meist hochmotivierten Jugendlichen werden nach entsprechender Förderung eine Bereicherung von Betrieben und Firmen sein.

- Wir werden das Projekt „Jugend im Rathaus“ weiter ausbauen, um noch mehr Schulklassen zu ermöglichen, einen ersten Einblick in die politische Arbeit einer Kommune zu gewinnen.

Familien willkommen

- Der Zuzug von jungen Familien hat in den letzten Jahren stark zugenommen und es ist zu erwarten, dass sich das fortsetzen wird. Attraktive Arbeitsplätze und die rege Bautätigkeit sind dafür mit ausschlaggebend. Gleichzeitig stellt dieser Zuwachs die Kommunalpolitik vor große Herausforderungen. Ein breites Wohnangebot, eine familienfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung, ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot für Kinder und Jugendliche sowie ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuung und Schulen sind Standortfaktoren, die eine Stadt attraktiv machen.

Internetportal

- Die städtische Homepage bietet jungen Familien einen ersten Überblick über die Angebote der Stadt. Dazu gehören die Kindertagesstätten, die Schulen, Bildungseinrichtungen, Kultur- und Sportangebote, Adressen von Beratungsstellen, Hinweise auf Ansprechpartner für die Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche und ein Überblick über die vielfältigen Dienstleistungen des Stadtbüros.
- Spielräume für Kinder
- Die im Rahmen der Landesgartenschau neu geschaffenen Spielplätze und die Skateranlage im Stadtpark sind attraktive Angebote für Kinder und Jugendliche. Aber auch in den Stadtteilen gibt es weitere gut ausgestattete und an den Bedürfnissen von Kindern orientierte Spielplätze. Im Rahmen des Spielflächenentwicklungsplanes im Zusammenhang mit der jährlichen Haushaltsaufstellung wird festgelegt, welche Plätze erneuert und ausgebaut und wo noch neue Spielflächen angelegt werden sollen. Dies geschieht unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, die ihre Vorstellungen und Wünsche einbringen.
- Auch das weit über Gießen hinaus bekannte Mathematikum, die kommunalen Museen und der Kletterwald am Schiffenberg, aber auch die Hallen- und Freibäder sind für Familien mit Kindern attraktive Ziele.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Es ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren der Zuzug von jungen Familien anhalten wird. Das bedeutet, dass rechtzeitig deren Erwartungen und Bedürfnisse in die Planungen einbezogen werden. Das gilt für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ebenso wie für die Entwicklung von familiengerechtem Wohnraum und der dazu gehörigen Infrastruktur. Das bewährte Beratungs- und Unterstützungsangebot für Kinder und Familien werden wir erhalten, fördern und wo nötig erweitern.
- Wir entwickeln die Spielflächen für Kinder in der Stadt weiter und werden auf dem Schiffenberg den Spiel-Raum für Kinder durch einen Erlebnisspielplatz aufwerten.
- Wir setzen uns im Interesse von Familien dafür ein, dass die Mieten in der Stadt bezahlbar bleiben und die Aufenthaltsqualität in der Stadt verbessert wird. Dazu gehören z. B. der auto- und verkehrsreduzierte Städtebau sowie Begrünungsmaßnahmen auf öffentlichen Flächen und Anreize für Hausbesitzer zur Begrünung von Vorgärten, Dächern und anderen privaten Flächen.

Politik für Frauen

- Trotz der Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung sind Frauen immer noch in einigen Bereichen strukturell benachteiligt. Die Corona-Pandemie hat dies wie mit einem Brennglas erneut deutlich gemacht.
Zu nennen sind die mehrheitliche Zuständigkeit von Frauen für die Familienarbeit, die oft niedriger bezahlten „Frauenberufe“, die Bedrohung durch häusliche Gewalt, die erschwerte Versorgungslage bei Schwangerschaft und Geburt und die grundsätzlich noch nicht erreichte paritätischen Mitwirkung in politischen Gremien.
So genannte Frauenberufe sind mehrheitlich solche, in denen häufig kaum sichtbare und meist unterbezahlte Erwerbsarbeit geleistet wird und in denen häufig keine Chance auf Home Office besteht, z. B. bei Pflegekräften, Kassiererinnen, Erzieherinnen, Reinigungskräften. Der Frauenanteil in diesen Bereichen schwankt zwischen 73 und 93 Prozent. Auch wenn diese Berufe als systemrelevant bezeichnet werden, spiegelt sich das nicht in den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung wider. Und noch immer gibt es den gender pay gap, d. h. Frauen verdienen in vielen Arbeitsbereichen deutlich weniger als Männer im gleichen Arbeitsfeld.
In anderen oft schlecht bezahlten Bereichen, in denen Frauen tätig sind, führt Kurzarbeit zur existentiellen Bedrohung. Für die Frauen heißt das langfristig, dass sie kaum eine ausreichende Rente erwirtschaften können und somit häufig von Altersarmut betroffen sind. Besonders hart sind in dieser Situation Alleinerziehende betroffen, wobei deren Situation noch weiter verschärft wird, wenn ein Kind keinen Platz in einer der Kindertageseinrichtungen in Gießen findet.
- Leider ist das Thema Gewalt gegen Frauen immer noch hochaktuell und es ist davon auszugehen, dass häusliche Konflikte durch den Lockdown verstärkt werden, aber gleichzeitig der Zugang zu Beratungs- und Hilfeangeboten schwieriger geworden ist, ebenso wie der Zugang zu Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und der Betreuung vor und nach der Geburt eines Kindes.
Gewaltprävention, Gewaltschutz und die Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen sind nach Inkrafttreten der Istanbul Konvention Aufgaben des Staates und in Deutschland auch der Länder, aber selbstverständlich auch eine kommunale Aufgabe.
- In unserer Stadt gibt es ein Netz von Hilfe- und Beratungsstellen für Frauen, die von der Stadt finanziell unterstützt werden. Frauenhäuser, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt, Wildwasser e.V., Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Pro Familia, um nur einige zu nennen, sind seit vielen Jahren in Gießen etabliert.
Laut Istanbul-Konvention hat jede von Gewalt betroffene Frau einen Anspruch auf Beratung und einen Platz in einem Frauenhaus. Der Zugang zu einer Zuflucht ist für manche Frauen aus unterschiedlichen Gründen erschwert, z.B. weil aufgrund des Aufenthaltsstatus die Finanzierung nicht gesichert ist, es für körperlich eingeschränkte Frauen bauliche Hürden gibt oder auch durch die insgesamt geringe Zahl an Zufluchtplätzen eine Aufnahme nicht gewährleistet werden kann.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Die weitere finanzielle Förderung der Beratungsstellen ist für uns nicht verhandelbar. Dazu gehören alle Angebote, die bei Gewalt gegen Frauen und deren Kinder intervenieren, beraten, informieren oder präventiv tätig sind, sowie auch Angebote wie bei Pro Familia oder Liebig 9, Einrichtungen, die sich an Männer oder Jungen wenden, die gewalttätig geworden sind. Zur Verhinderung von Gewalt an Frauen gehört aber auch die Prävention in Schule und

Jugendarbeit. Eine entsprechende Schulung von Lehrer:innen und in der Jugendarbeit Tätigen wird dafür angeboten.

- Wir setzen uns für die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper als Teil ihrer Selbstbestimmung und ihrem Recht auf Chancengleichheit/ Gleichberechtigung ein. Dazu gehört auch die Abschaffung des § 219a, der verhindert, dass Frauen sich über die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruches umfassend informieren können.
- Wir werden uns beim Land Hessen dafür einsetzen, dass mehr Plätze in unseren Frauenhäusern finanziert werden, d. h. die vom Land dem Landkreis zugewiesenen Mittel erhöht werden. Des Weiteren sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sicherzustellen, dass Frauen nicht aus finanziellen Gründen der Zugang zu einem Frauenhaus erschwert wird. Diese Mittel können im Bedarfsfall abgerufen werden und sollen als Übergangsfinanzierung dienen. Die vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie eingerichtete schnelle und unbürokratische zur-Verfügungstellung von Notunterkünften soll konzeptionell ausgearbeitet und verstetigt werden.
- Ein weiteres Anliegen ist uns die Bereitstellung von sicheren Unterbringungsplätzen bei Obdachlosigkeit von Frauen, auch, wenn diese mit Kindern obdachlos werden. Hier ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Landkreis notwendig.
- Auch die Arbeit des bestehenden Runden Tisches Prostitution sowie die Weiterführung von Beratung und Streetwork in der Prostitution wird von uns unterstützt. Prostitution als gesellschaftliches Phänomen werden wir weiter kritisch hinterfragen und Programme zum Ausstieg aus der Prostitution sowie für einen Wandel in der gesellschaftlichen Haltung gegenüber dem Kauf von Frauenkörpern unterstützen.
- Eine gesellschaftspolitische Aufgabe ist die finanzielle Aufwertung von deutlich unterbezahlten Berufen, die gerade in der Corona-Pandemie zu Recht als systemrelevant bezeichnet wurden. Entsprechende Kampagnen werden wir mittragen und als SPD auf den dafür zuständigen Ebenen einfordern.

Frauenpolitik institutionell absichern

- Das Büro für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen leistet in unserer Stadt seit über drei Jahrzehnten wichtige Arbeit, setzt sich aktiv für Akzeptanz und einen respektvollen Umgang von vielfältigen Lebensformen ein, wirkt mit bei Einstellungsfragen, berät die politischen Gremien und ist häufig die erste Anlaufstelle für Frauen, wenn sie Rat und Hilfe suchen. Es hat die Aufgabe, Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen aufzuspüren, zu benennen und deren zugrunde liegenden Strukturen zu bearbeiten. Initiativen und Projekte, wie z. B. die medizinische Soforthilfe bei Vergewaltigung oder die Entwicklung einer web-basierten Antidiskriminierungsschulung sind dafür gute Beispiele. Der von der Gleichstellungsbeauftragten organisierte Fachtag zur paritätischen Besetzung von Gremien, Ausschüssen und Fraktionen ist ebenfalls beispielhaft für die Arbeit des Büros zu nennen. Wie in den meisten Parlamenten ist die Besetzung des Gießener Stadtparlamentes mit einem Anteil von 30% noch weit von einer paritätischen Besetzung entfernt, wobei die SPD-Fraktion gegenwärtig aus je 8 Frauen und 8 Männern besteht.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Den Erhalt und ein evtl. nötiger personeller Ausbau des Büros für Frauen- und Gleichberechtigung sichern wir zu.

- Wir werden daran arbeiten, dass alle städtischen Gremien verbindlich paritätisch besetzt werden. Nur so ist zu gewährleisten, dass die Belange von Frauen stärker berücksichtigt werden. Dazu gehört auch die Besetzung von evtl. nötigen Krisenstäben und die Beteiligung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an allen Maßnahmen und Vorhaben zur Krisenbewältigung.
- Die schon vorhandenen Möglichkeiten zum Home Office/ mobilen Arbeiten in der Stadtverwaltung wollen wir bedarfsgerecht erweitern und in einer Dienstvereinbarung absichern.

Älter werden in unserer Stadt

- Auch wenn Gießen eine sehr junge Stadt ist, wächst die Zahl der älteren Menschen. Alter ist ein sehr umfassender Begriff, der keine einheitliche Definition zulässt, es sei denn, man zählt alle Menschen ab 65 Jahren dazu, was aber unterschiedlichen Lebenssituationen und -entwürfen nicht gerecht wird. Deshalb muss eine kommunale Seniorenpolitik sowohl die Gruppe der noch aktiven Senior:innen im Blick haben als auch die derjenigen, die mit zunehmenden Alter Beratung und Unterstützung brauchen.
Gießen bietet seinen älteren Bürger:innen ein breites Angebot sowohl für die Gestaltung der Freizeit als auch Beratungs- und Unterstützungsangebote. Dieses ist in den letzten zehn Jahren unter SPD-Verantwortung kontinuierlich ausgebaut wurde.
Sowohl die in unterschiedlichen Stadtteilen angesiedelten und von der Stadt betriebenen Seniorentreffs als auch der vier-bis fünfmal stattfindende Seniorennachmittag in der Kongresshalle erfreuen sich großer Beliebtheit. Auch unser Stadttheater bietet durch Nachmittagsaufführungen die Möglichkeit, an diesem Bereich des kulturellen Lebens teilzunehmen. Diese städtischen Angebote werden ergänzt durch eine Vielzahl an Angeboten der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Sportvereine.
Im Januar 2021 wird die 6. aktualisierte Auflage des Seniorenwegweisers vorliegen, die auf fast 50 Seiten alles enthält, was für Senior:innen von Bedeutung ist: Auskunft und Beratung, Hilfe und Unterstützung, Wohnen im Alter, Unterbringung und Pflege, Freizeit aktiv gestalten, Vorsorge und Sicherheit im Alter.
Der seit der Verabschiedung des Altenhilfeplans 2013 bestehende Arbeitskreis „Älter werden in Gießen“ organisiert alle 2 Jahre eine große Seniorenmesse und in den Jahren dazwischen eine Vortragsreihe mit altersspezifischen Themen. Coronabedingt musste die für 2020 geplante Seniorenmesse leider ausfallen. 2021 wird die Fortschreibung des Altenhilfeplans vorliegen. Das Spektrum der darin dargestellten Themen umfasst Beratungs- und Pflegeangebote, die Schaffung von alternativen Wohnformen, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Ausbau der haushaltsnahen Dienstleistungen in den Quartieren, Fragen der Freizeitgestaltung und Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements und auch Fragen der zunehmenden Digitalisierung des Lebens..
Nach wie vor sind die BeKo (Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen) und der Pflegestützpunkt – beide in der Kleinen Mühlgasse - zentrale Anlaufstelle für ältere Menschen und ihre Angehörigen.

Wohnen im Alter

In unserer Stadt gibt es eine ausreichende Anzahl von Plätzen in Seniorenheimen. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren Angebote des so genannten „Betreuten Wohnens“. In einigen Seniorenheimen sind durch An- oder Neubau kleine Wohnungen entstanden, in denen ältere Menschen selbstbestimmt leben, aber falls nötig auch die Angebote der Heime in Anspruch nehmen können.

Wo noch nicht vorhanden, wird geprüft werden, ob es Bedarf an barrierefreien Wohnformen gibt. Diese Wohnmöglichkeit sollte wegen des Erhalts der sozialen Netze der alten Menschen in der Nähe des früheren Wohnens - also z.B. im jeweiligen Stadtteil - liegen. Die Errichtung derartiger Wohnformen - vorzugsweise von Wohlfahrtsverbänden realisiert - soll unterstützt werden.

- Bedarf besteht an alternativen Wohnformen wie das Mehrgenerationenwohnen sowie an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen, obwohl bei Neubauten und grundständigen Sanierungen Barrierearmut eine deutlich höhere Beachtung findet.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

- Leider gibt es auch in Gießen noch Einrichtungen, bei denen der Zugang für mobilitätseingeschränkte und ältere Menschen aus baulichen Gründen erschwert ist.
Auch das Fehlen von öffentlichen Toiletten ist und bleibt ein oft kritizierter Punkt. Erweitert hat sich aber das Angebot beim Projekt „Nette Toilette“. Ein aktualisierter Flyer zeigt auf, wo im Stadtbereich Toiletten von Geschäften und Restaurants benutzt werden können.
Durch Neuanschaffung von Bussen, die sowohl für mobilitätseingeschränkte als auch ältere Menschen den Ein- und Ausstieg als auch die Mitnahme von Gehhilfen erleichtern, tragen die Stadtwerke dazu bei, das Angebot in diesem Bereich zu verbessern.
Der aktuell in Erarbeitung befindliche Verkehrsentwicklungsplan muss die Bedarfe älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen berücksichtigen.

Vereinsamung und Isolation

Wer mobil eingeschränkt ist und/oder wenig finanziellen Spielraum hat, lebt häufig isoliert und hat wenig Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben noch teilzunehmen. Auch die Bewältigung des Alltags wie z.B. beim Einkaufen, Haushaltsführung, Arzt und Behördenbesuchen kann dabei zu einem Problem werden.

Das durchaus vorhandene Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen ist für diese älteren und alten Menschen oft nicht finanzierbar. Haushaltsnahe Dienstleistungen werden von einigen ambulanten Pflegediensten angeboten und sind bis zu einem bestimmten Betrag auch über die Pflegekassen finanzierbar. Nicht immer regelmäßig nötige aber in bestimmten Situationen erforderliche Alltagshilfen gehören in den Bereich der ehrenamtlich organisierten Nachbarschaftshilfen, die es in Ansätzen schon in einigen Stadtquartieren gibt. Hier kann die Kommune beratend und unterstützend tätig werden.

- Das vom Freiwilligenzentrum in Kooperation mit der Caritas initiierte und 2019 angelaufene Patenschaftsprojekt „Dabei bleiben“ hat das Ziel, isoliert lebenden Menschen durch regelmäßige Besuche ihrer oft jungen Paten wieder ein Stück mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Digitalisierung

- Der Zugang zum Internet muss für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Alter gewährleistet sein. Das ist aus Sicht der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) das zentrale Ergebnis des Achten Altersberichts der Bundesregierung. Die Altersberichtscommission hat die große Bedeutung der Digitalisierung für das Leben älterer Menschen in den Fokus gerückt. Die BAGSO fordert in ihrer Stellungnahme zum Altersbericht - analog zum „Digitalpakt Schule“ - einen „Digitalpakt Alter“. Die Verfügbarkeit des Internets ist für alle zu gewährleisten, unabhängig von Wohnort, Wohnform und finanziellen Möglichkeiten. Dies gilt insbesondere auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen, die aufgrund

mangelnder Internetverbindungen bislang häufig von digitaler Teilhabe ausgeschlossen sind.

Da während der Coronapandemie zeitweise keine Besuche mehr in Pflegeheimen möglich waren, war die digitale Verbindung die einzige Möglichkeit, mit Angehörigen Kontakt aufzunehmen.

Deutlich wurde, dass diese Möglichkeiten noch sehr beschränkt sind. Im Landkreis Gießen einschließlich der Stadt wurden während dieser Zeit vom Land Hessen zur Verfügung gestellte Tablets an Seniorenheime verteilt. Eine Umfrage hat aber bestätigt, dass dies nicht überall die erhoffte Wirkung hatte. Zum einen, weil viele Einrichtungen noch nicht mit WLAN ausgestattet sind, zum anderen, weil niemand da war, den Bewohner*innen den Umgang damit zu ermöglichen.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Im 2016 verabschiedeten Wohnraumversorgungskonzept wird auch der Bedarf an kleinen, bezahlbaren und barrierearmen Wohnungen konkretisiert. Der stadteigenen Wohnbau Gießen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Geplant ist der Bau von 400 öffentlich geförderten Wohnungen mit einer Preisbindung, der sogenannten Sozialmiete, die gerade auch Bezieher:innen von geringen Renten oder Grundrente eine Anmietung ermöglicht. Wir wollen dafür sorgen, dass diese bei der Vergabe der Wohnungen ausreichend beachtet werden. Die dazu schon entwickelten Vergaberichtlinien lassen dies zu und sollen Orientierungsrahmen für alle Wohnungsbaugesellschaften werden.
- Unterstützen werden wir auch das Vorhaben einiger Initiativen zur Realisierung alternativer Wohnformen auf der eigens dafür ausgewiesenen Fläche an der Philosophenhöhe. Sowohl das Mehrgenerationenwohnen als auch inklusive Wohnformen können dort verwirklicht werden. Wir werden darauf achten, dass bei der Vergabe von Baugrundstücken an interessierte Investoren auch Mietwohnbau und nicht nur der Bau von Eigentumswohnungen stattfinden wird.
- Bei der beauftragten Vergabe zur Erarbeitung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) werden wir darauf achten, dass die Belange von mobilitätseingeschränkten und älteren Menschen entsprechend berücksichtigt werden. Das gilt sowohl für die Vertaktung als auch für Gestaltung von Bushaltestellen und die Ausstattung der Busse. Wo immer möglich, müssen an Bushaltestellen Sitzgelegenheiten und Regenschutz vorhanden sein.
- Um vereinsamten und isoliert lebenden älteren Menschen wieder ein Stück Teilhabe zu ermöglichen, wollen wir das Projekt „Dabei bleiben“ weiterentwickeln. Dazu gehört, dass alle ab einem noch festzusetzenden Alter von der Stadt angeschrieben und über dieses Projekt informiert werden. Quartiersbezogene Nachbarschaftsinitiativen basieren auf dem Engagement von Ehrenamtlichen. Den Prozess zur Entwicklung solcher Initiativen werden wir unterstützen, dafür werben und gewährleisten, dass die ehrenamtlich Aktiven vorher geschult und bei ihrem Einsatz begleitet werden.
- Die Volkshochschulen der Stadt und des Landkreises bieten schon seit längerer Zeit Kurse zum Umgang mit Smartphon und Tablet an. Auch andere Einrichtungen bieten solche Kurse, die von Ehrenamtlichen betreut werden, kostenlos an. Um auch Bewohner:innen von Pflegeheimen damit vertraut zu machen, ist zu prüfen, ob die Volkshochschule unserer Stadt ihr Angebot erweitern kann, damit die Einweisung und Schulung vor Ort in den Pflegeheimen erfolgen kann. Voraussetzung ist, dass diese – soweit noch nicht erfolgt- mit WLAN ausgerüstet werden und eine ausreichende Anzahl von Tablets zur Verfügung steht.

Diversität anerkennen und unterstützen

Unter Diversität (diversity) wird Vielfalt, Verschiedenartigkeit, Vielfältigkeit in Bezug auf Ethnie, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, sexuelle Identität, Behinderung, Religion (Weltanschauung) verstanden.

Die unterschiedlichen Formen von sexueller Orientierung bzw. Identität und nonkonformer Geschlechterrollen werden häufig auch mit dem Kürzel LSBTI*Q (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell / transgender, intersexuell und queer) benannt.

Menschen aus dem Spektrum LSBTI*Q stoßen durch ihre Lebensweise, die sich nicht an der vorherrschenden Normierung und Zuordnung als Mann oder Frau orientiert, beispielsweise im Hinblick auf Verhalten, Erleben, Geschlechtsidentität, Erscheinung oder Familienverständnis häufig auf Unverständnis.

Das Wissen um und die Kenntnisnahme von Problemen der zu diesen Gruppen gehörenden Menschen ist erst in den letzten Jahren gewachsen. Für viele junge Menschen ist es mittlerweile leichter geworden, sich zu ihrer Geschlechteridentität oder sexuellen Orientierung bzw. nonkonformem Rollenverständnis zu bekennen, trotz häufig noch vorhandener Ausgrenzung oder Diskriminierung.

Diesen Entwicklungen trägt die Stadt Rechnung, indem beispielsweise die aktuell verabschiedete „Richtlinie zur Förderung von Aktivitäten in der Kinder- und Jugendarbeit der Universitätsstadt Gießen“ nicht mehr nur von Jungen und Mädchen spricht, sondern explizit auch von lesbischen, schwulen, bi- trans-, intersexuellen und queeren jungen Menschen. So sind auch gemischtgeschlechtliche Veranstaltungen durch ein „mit Frauen* und Männern* besetztes Gruppenleitungsteam durchzuführen“.

Auf der Homepage der Stadt Gießen findet sich eine Übersicht mit Beratungsadressen und Hinweisen auf Treffpunkte für LSBTI*Q. Auch das Büro für Frauen und Gleichberechtigungsfragen informiert und berät.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Menschen aus dem queeren Umfeld erleben in ihrem Alltag häufig noch Diskriminierungen und Nichtverständnis, wobei davon auszugehen ist, dass diese Diskriminierung nicht immer bewusst erfolgt, sondern oft mit Unwissenheit verbunden ist. Auch Erzieher:innen und in der Jugendarbeit tätigen Personen fehlt es teilweise noch an Wissen über die Belange dieser Gruppe. Hier muss die Kommune dafür Sorge tragen, dass Diversität als Querschnittsthema in der Jugendarbeit, aber auch in der Fort- und Weiterbildung von Fachkräften dauerhaft verankert wird, damit die besondere Situation dieser Menschen wahrgenommen und darauf adäquat reagiert werden kann. Fachtage, Schulungen und angepasste Fortbildungscurricula sind nötig, um dies zu gewährleisten. Diese zu initiieren sehen wir als unsere Aufgabe.
- Neben Räumen und Treffpunkten für Menschen aus dem LSBTI*Q-Spektrum sind auch für Jugendliche vielfältige Bildungsangebote zur Steigerung der Akzeptanz von Diversität und Antidiskriminierung in diesem Kontext notwendig.
- Für Personen aus dem queeren Spektrum gibt es bereits eine Anlaufstelle im Hans-Peter-Hauschild-Haus (Aids- und trans*-Beratungsstelle). Im unteren Stockwerk finden sie Beratung, Hilfe und Aufenthaltsmöglichkeiten. Die weitere Förderung dieser Arbeit durch die Kommune ist für uns selbstverständlich.
- Auf Initiative der SPD hat das Parlament den Beitritt zu dem Verein „Antidiskriminierung Mittelhessen e.V.“ beschlossen, der das Ziel hat, niedrigschwellige Beratung und Begleitung für von Diskriminierung Betroffene aus den unterschiedlichen Bereichen zu leisten, Akteur:innen und Angebote in

Mittelhessen zu vernetzen und Präventionsarbeit zu leisten. Die Arbeit dieses Vereins und den Ausbau der Beratungsstelle werden wir unterstützen.

Beratung und Hilfe, dort wo sie gebraucht wird

- In Gießen gibt es ein gut ausgebautes Netz von Beratungsstellen, die für eine Vielzahl von Problemen wie Arbeitslosigkeit, Armut und Verschuldung, Obdachlosigkeit, Sucht, Konflikte in den Familien und Gewalt gegen Frauen Beratung und Hilfe anbieten. Mit den meisten Trägern dieser Beratungsstellen gibt es feste Zuwendungsverträge. Es hat sich aber gezeigt, dass die vereinbarten Erhöhungen nicht mehr ausreichen, um die Kosten, besonders die durch Tarifsteigerungen erhöhten Personalkosten, zu decken. Um diese Deckung zu gewährleisten, müssen die bereits begonnenen Verhandlungen der Stadt mit den Beratungsstellen fortgeführt werden.

Gießen-Pass

- Der vor vielen Jahren unter SPD-Verantwortung eingeführte Gießen-Pass ermöglicht Menschen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, soziale und kulturelle Teilhabe. Benutzer:innen dieses Passes bezahlen im öffentlichen Personennahverkehr, in den Hallen- und Freibädern, in der Volkshochschule und der Musikschule nur die Hälfte der Gebühren. Die andere Hälfte wird von der Stadt kompensiert. Gerade für Kinder ist der Pass auch in Verbindung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket die Voraussetzung für die Teilnahme an sportlichen und kulturellen Angeboten.

Obdachlosigkeit

- Auch in unserer Stadt leben Menschen auf der Straße. Für sie gibt es in Gießen Beratungs- und Hilfsangebote. Dazu gehört das Männerwohnheim der AWO im Falkweg und die Tagesaufenthaltsstätte „Die Brücke“ des Diakonischen Werkes. Das DW hat vor 3 Jahren das neue Projekt „Housing First“ gestartet. Während dieses Projekt sich in anderen Ländern längst bewährt hat, gehörte in Deutschland die Gießener Diakonie zu den Pionieren. Das Projekt wird in Kooperation mit der Wohnbau Gießen, der Stadt und dem Landkreis Gießen durchgeführt und finanziell gefördert über den Europäischen Sozialfonds. „
- „Housing First“ heißt: Obdachlose müssen nicht erst ihre "Wohnfähigkeit" beweisen. Sie erhalten ohne Vorbedingungen - etwa abgeschlossene Suchttherapie - eine Wohnung, die als Schutzraum und Basis für die Stabilisierung und weitere Entwicklung Wirkung entfaltet. Dank intensiver Betreuung kann es dann gelingen, die vielfach bestehenden Probleme, die in die Obdachlosigkeit geführt haben, aufzuarbeiten. Nicht alle Wohnungslosen wollen sich in dieser Weise helfen lassen, finden aber in den Mitarbeiter:innen der Straßensozialarbeit bei Bedarf Ansprechpartner:innen.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Trotz des vorhandenen Angebotes an Beratungsstellen zeigt sich immer wieder, dass es Menschen gibt, die den Weg zu diesen Beratungsstellen aus unterschiedlichen Gründen nicht finden. Hier haben sich wie in der Gießener Nordstadt quartiersbezogene (Sozial)beratungsstellen bewährt. Unser Ziel ist es deshalb, solche Stellen – soweit noch nicht vorhanden- in weiteren Quartieren zu etablieren und dafür die Träger solcher Sozialberatungsstellen entsprechend zu fördern. Es gilt: Je niedrighschwelliger der Zugang ist, umso mehr Menschen kann geholfen werden.

- Die Kriterien für den Erhalt des Gießen-Passes werden wir laufend überprüfen und wo nötig erweitern. In Bezug auf die Zunahme von Altersarmut streben wir an, ältere Menschen mit geringen Renten in den Kreis der Berechtigten aufzunehmen.
Wir werden uns dafür einsetzen, Gießen-Pass-Benutzer:innen ab 65 Jahren die kostenlose Benutzung des ÖPNV zu ermöglichen.
- Wie werden den Kreis der Gießen-Pass-Berechtigten erweitern und Schüler:innen, die Bafög, und Auszubildende, die Bundesausbildungsbeihilfe beziehen, die Inanspruchnahme des Gießen-Passes ermöglichen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei dem bestehenden Leihfahrradsystem auch Ermäßigungen für Gießen-Pass-Inhaber:innen vorgesehen werden.
- Wir werden für alle Gießen-Pass-berechtigten Kinder und Jugendlichen die Anschaffung eines Fahrrads mit 100.- € bezuschussen.
- Da die EU-Förderung für das Projekt Housing First nach drei Jahren ausläuft, werden wir prüfen, ob eine Förderung durch die Stadt möglich ist.

Soziale Stadterneuerung / Quartiersentwicklung / Gemeinwesenarbeit

In Gießen ist seit über zwanzig Jahren - initiiert und überwiegend verantwortet durch Sozialdemokrat:innen die soziale Stadtentwicklung wesentlich geprägt worden durch das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“, das 2020 umbenannt wurde und nun den Titel „Sozialer Zusammenhalt“ trägt. Durch dieses Bund- Länderprogramm konnte von 2000 bis 2012 in der Gießener Nordstadt eine deutliche Aufwertung der verschiedenen Quartiere des Stadtteils erfolgen. In vielen Teilen der Nordstadt erfolgte ergänzend zum Bund-Länder-Programm durch die kommunale Wohnbau GmbH eine umfangreiche Sanierung des Wohnungsbestandes. Damit werden gerade auch im öffentlich geförderten Wohnungsbestand nachhaltig Standards gesichert.

Unsere Vorhaben und Ziele

Mit dem Nordstadtzentrum und dem neu gestalteten Umfeld entstand eine soziale und kulturelle Mitte des Stadtteils. Das Nordstadtzentrum hat sich zu einer wichtigen Anlaufstelle für Beratungen unterschiedlichster Art entwickelt, es ist aber auch zentraler Bürger- und Begegnungstreff. Dies wollen wir dauerhaft sichern, dazu wird das Stadtteilmanagement in Trägerschaft des Nordstadtvereins weitergeführt. Mit dem neu geschaffenen Bildungszentrum Gießen-Nord ist eine gemeinsame Einrichtung für schul- und gemeinwesenorientierte Angebote entstanden. Das hier angesiedelte Zentrum für selbstorganisiertes Lernen wollen wir ebenfalls dauerhaft sichern.

Wir wollen auch zukünftig die bestehenden Ansätze der Jugend- und Gemeinwesenarbeit in der Gießener Nordstadt fortsetzen und weiterentwickeln.

Flussstraßenviertel

Im Jahr 2013 wurde das „Flussstraßenviertel“ in der Gießener Nordstadt in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Damit sind die Voraussetzungen für die städtebauliche Aufwertung des Quartiers geschaffen worden. Im ersten Schritt erfolgte eine städtebauliche Rahmenplanung, daran anschließend soll der bestehende Wohnungsbestand saniert bzw. ersetzt werden. Dabei gilt es einen Weg zu gehen, der behutsame Sanierungen vorsieht und für das stadtzentrumnahe Quartier der angestammten Wohnbevölkerung Wohnperspektiven sichert. Wir werden darauf achten, dass die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils auch zukünftig dort leben können.

Investitionen in Bildung und Qualifizierung im Quartier erfolgen durch die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds.

Alle Aktivitäten in den Handlungsfeldern Beteiligung, städtebauliche und Wohnumfeldmaßnahmen, Bildung und Qualifizierung, Entwicklung der sozialen Infrastruktur sowie des Zusammenhalts und des Miteinanders der Quartiersbevölkerung sowie lokale Ökonomie werden in einem integrierten Handlungskonzept regelmäßig fortgeschrieben.

Ziel ist, unter Beteiligung der Bewohner:innen auch zukünftig den Wohnungsbestand zu sichern und das Wohnumfeld aufzuwerten. Gleichzeitig soll es auch darum gehen, die Teilhabemöglichkeiten bei Bildung, Ausbildung und Qualifizierung zu verbessern.

Nördliche Weststadt

Im Jahr 2015 wurde das Gebiet der „Nördlichen Weststadt“ in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Damit können die Handlungsansätze und Erfahrungen, die in der Nordstadt erworben wurden, auf das neue Programmgebiet übertragen werden.

Wir sehen darin die Chance, einen stadtnahen, stadtprägenden Standort zukunftsfähig zu machen und mit den Akteuren, die sich bereits heute engagieren, einen koordinierten und integrierten Stadterneuerungsprozess voranzutreiben. Ein wichtiger Schwerpunkt stellte in den letzten Jahren die Sanierung der Rotklinkersiedlung dar, hier konnte unter Zuhilfenahme der Städtebauförderung die Sanierung beginnen. Hierbei gelingt es, die Sanierung sozialverträglich und mit intensiver Beteiligung der Mieter:innen durchzuführen und so das unter Denkmalschutz stehende Ensemble für die Zukunft zu sichern. Diesen Sanierungsprozess wollen wir in den nächsten Jahren zügig fortsetzen.

Darüber hinaus geht es um Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes in der Nördlichen Weststadt und die Ergänzung der quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur, hier insbesondere um Neubau und Sanierung von Kindertagesstätten.

Eulenkopf

Im Jahr 2017 wurde die Siedlung Eulenkopf in das Bund-Länder-Programm ehemals „Soziale Stadt“ aufgenommen. Ziel ist eine systematische Verbesserung des Wohnumfeldes sowie die Integration der Siedlung in die angrenzenden neu entstandenen Baugebiete. Die Sanierung und Modernisierung der sozialen Infrastruktur in der Siedlung (Familienzentrum, Jugend- und Gemeinwesenarbeit) stellt auch hier einen wichtigen Schwerpunkt dar.

In allen drei Programmgebieten des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ existieren institutionalisierte Gremien der Beteiligung: der „Runde Tisch Flussstraßenviertel“, der Stadteilrat „Nördliche Weststadt“ sowie das Quartiersgremium „Eulenkopf“. Diese Gremien wollen wir erhalten und stärken.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir weitere Quartiere der Universitätsstadt Gießen für das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ beantragen und damit städtebaulich aufwerten, sowie soziale Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt stärken.

Das 2020 begonnene Projekt der Aufarbeitung der historischen Entwicklung der sozialräumlichen Ausgrenzung in der Universitätsstadt Gießen im 20. Jahrhundert und ihrer Gegenstrategien in den letzten 20 Jahren des 20. Jahrhunderts bis heute wollen wir fortsetzen und dafür Sorge tragen, dass diese Ergebnisse an geeigneten Orten der Stadtgeschichte ihren Niederschlag finden.

Gemeinwesenarbeit

Die seit 1985 bis heute unter sozialdemokratischer Verantwortung aufgebauten und entwickelten Gemeinwesenprojekte in der Nordstadt, der Weststadt, dem Eulenkopf und der Margaretenhütte erfüllen eine wichtige Funktion für eine positive Entwicklung des jeweiligen Stadtteils bzw. Stadtquartiers und stellen eine bedeutsame Struktur gerade für Menschen in benachteiligten Lebenslagen dar. Auch hier ist es uns ein zentrales Anliegen, dass die Gemeinwesenzentren und die Gemeinwesenarbeit auch weiterhin finanziell gefördert und gesichert werden und zusammen mit dem Quartiersmanagement im Sinne einer Gießener Gemeinschaftsinitiative Sozialer Zusammenhalt eine starke sozialräumlich orientierte Kooperations- und Unterstützungsstruktur bieten.

Wohnengerecht – Wohnen sozial gestalten

Gießen wächst und investiert in Neubaugebiete

Gießen ist weiterhin eine wachsende und junge Stadt. In den vergangenen 10 Jahren ist die Zahl der Einwohner:innen mit Erstwohnsitz um mindestens 10.000 auf fast 90.000 gestiegen (ohne Berücksichtigung der Zahl der hier temporär lebenden geflüchteten Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung).

Das fordert natürlich auch den Wohnungsmarkt heraus. Wie schon die Jahre davor entstehen viele neue Wohngebiete, die von der Stadt beplant und von privaten Investoren bebaut werden, wie z.B. Rinn´sche Grube, Am Alten Flughafen, Am Güterbahnhof, Kellertheaterquartier, Reichensand/Bahnhofstraße. Auch das Neubaugebiet „Ehrsamer Weg“ in Allendorf und „Im Sporn“ in Lützellinden ist eine Antwort auf die große Nachfrage nach Einfamilienhausbebauung.

Auf diesen Flächen entstehen überwiegend Eigentumswohnungen sowie Mietwohnungen in mittleren und oberen Preissegmenten (siehe unten: Sozialquote). Mit diesen Neubaugebieten schaffen wir neue Angebote nicht nur für Neubürger:innen, sondern auch für Menschen, die als Einheimische schon länger geeigneten Wohnraum für sich bzw. ihre Familien suchen. Damit werden auch Grundlagen geschaffen, dass der Stadt durch die Einnahme höherer Kommunalsteuern weitere Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Wir wollen diesen Weg weitergehen, um den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen Rechnung tragen zu können. Wir wissen aber auch, dass wir einen hohen Bedarf und Engpass an Wohnungen im mittleren und unteren Mietpreissegment haben.

Dabei wollen wir zur Bedarfsdeckung von Wohnraum die städtebauliche Leitlinie „Innen- vor Außenentwicklung“ als Planungsgrundlage nehmen und Siedlungsflächen in freiraumschonender und umweltverträglicher Form entwickeln.

Das neue Quartier „Philosophenhöhe“ wird vielfältigen Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen schaffen: Dazu gehören Wohnraumangebot im Reihenhaus- und Mehrfamilienhaussegment für Schwellenhaushalte -insbesondere junge Familien- sowie Baugruppen für gemeinschaftliche Wohnformen. Auch werden über 100 Einheiten im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus entstehen, die das bereits in Umsetzung befindliche Gießener Programm zur Schaffung von 400 Sozialwohnungen abrunden wird. Im Flussstraßenviertel und in der Henriette-Fürth-Straße sind davon eine Vielzahl fertiggestellt, Am Trieb und am Alten Flughafen sind die Fertigstellungen im Gange oder in Vorbereitung.

Gießen betreibt aktive soziale Wohnungspolitik

Wohnen ist Daseinsvorsorge - das Recht auf eine gute Wohnungsversorgung hat in Gießen einen hohen Stellenwert und gilt als zentrale Aufgabe kommunaler Politik.

Durch eine aktive soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik werden wir sowohl die Zukunftsfähigkeit vorhandener Wohnungsbestände sichern als auch weiter verstärkt in den Neubau von Sozialwohnungen investieren. Nur so kann eine soziale Balance in unserem Gemeinwesen erreicht und erhalten werden.

Als Grundlage dafür haben wir ein Gießener Wohnraumversorgungskonzept verabschiedet, das von Akteuren aus der Wohnungswirtschaft, den Wohlfahrtsverbänden, der Stadtverwaltung und relevanten gesellschaftlichen Partnern erarbeitet wurde.

Auf Grundlage aktueller Daten zur Gießener Bevölkerungsentwicklung und deren sozioökonomischen Lebenslagen ist eine Planungsgrundlage für Handlungskonzepte integrierter Stadtentwicklung und ausgewogener Wohnungsversorgung Gießen geschaffen worden, die kontinuierlich aktualisiert und fortgeschrieben werden soll, um den quantitativen und qualitativen Anforderungen an angemessenem, bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum gerecht werden zu können.

Bereits umgesetzt haben wir bisher folgende Handlungsempfehlungen des Wohnraumversorgungskonzepts:

- Einführung einer Quote für öffentlich geförderte Sozial-Wohnungen auf Neubauf Flächen von ca. 25 % bei Bauvorhaben, die mehr als 50 Wohneinheiten erstellen (z.B. Flughafengelände, Rinn'sche Grube)
- Verlängerung von Belegungsbindungen öffentlich geförderter Wohnungen
- Anwendung von Registrier- und Vergaberichtlinien bei der Vergabe von Sozial-Wohnungen
- Fortführung des Gießener Neubauprogramms von öffentlich geförderten Sozial-Wohnungen (unser Vorhaben: mindestens 400 neue Sozialwohnungen möglichst bis 2025)
- Förderung gemeinschaftlicher neuer Wohnformen (aktuelle Realisierung im Baufeld Philosophenhöhe)
- Entwicklung von Leitlinien für Soziales Wohnen in Gießen.

Mit den (Schlüssel-) Akteuren wurden "Leitlinien für Soziales Wohnen in Gießen" entwickelt, die eine abgestimmte Sicherung der Wohnungsversorgung garantieren. Dazu gehören auch die Weiterentwicklung des Sozialwohnungsbestandes, die sozialverträgliche Mietpreisentwicklung, die soziale Verantwortung für eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung, die zukunftsfähige und energetische Sanierung von Wohnungsbeständen, die Stabilisierung von Nachbarschaften und die Integration von neuen Nachfragegruppen.

Wohnungsversorgung für Zielgruppen und ihre besonderen Bedarfe

Neben quantitativen gilt es auch weitere Kriterien zu berücksichtigen, um die Wohnungsversorgung für Zielgruppen und ihre besonderen Bedarfe zu sichern, z.B. seniorengerechte Wohnungen, Wohnungen für Menschen mit Einschränkungen, für Alleinerziehende und junge Familien, Studierende und für geflüchtete Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen.

Durch die Konzeptvergabe des in den nächsten Jahren zu bebauenden Gebietes Philosophenhöhe (früher Motorpool) im Osten der Stadt ist es möglich geworden, qualitative Vorgaben für die Bebauung zu machen. Ein Baustein dabei ist die vorgesehene Reihenhaussiedlung in einem Preissegment, das jungen Familien den Erwerb eines Eigenheimes möglich macht. Hier sieht die Quartiersentwicklung bewusst auch den Bau einer Kindertagesstätte vor.

Ähnlich wollen wir bei der Erschließung des Baugebiets „Bitzenberg“ in Lützellinden vorgehen, wo wir den Schwerpunkt besonders auf familienfreundliche Bebauung und altersgerechtes Wohnen legen werden.

Gießen ist bundesweit die Stadt mit den meisten Studierenden gemessen an der Einwohnerzahl. Neue Angebote für studentisches Wohnen sind in den letzten Jahren dazugekommen, weitere sind in Planung. Das Studentenwerk ist aufgefordert, erheblich

mehr studentischen Wohnraums zu schaffen. Dabei wird das Studentenwerk im Rahmen der kommunalen Möglichkeit unterstützt, ebenfalls bei seinen Finanzierungsforderungen gegenüber dem Land.

Für die erhebliche Zahl von Menschen, die (befristet) besonders an der Universität arbeiten, ihren Lebensmittelpunkt aber andernorts haben, müssen preisgünstige Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, damit sie nicht mit den Studierenden bzw. den Einwohnenden von Gießen bzw. des Einzugsbereichs um einfachen Wohnraum konkurrieren müssen.

Der Anteil der älteren Menschen in Gießen wird größer- daher hat die seniorengerechte Wohnungsausstattung mit quartiersnaher Infrastruktur (Wohnen plus Pflege) beim Neubau und Bestand einen hohen Stellenwert.

Neben der energetischen Sanierung/Modernisierung gilt es auch, die quartiersbezogene Infrastruktur des Wohnumfeldes - generationengerechte Alltagsversorgung, Stärkung der Netzwerke in Nachbarschafts- und Familienzentren, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Naherholung - in den Blick zu nehmen.

Für Menschen in Wohnungsnot und von Obdachlosigkeit Betroffene werden Zugänge zur dauerhaften Wohnungsversorgung erschlossen. Dabei sind die Zusammenarbeit mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe und die Erfolge von „Housing First“ weiterzuentwickeln.

Für geflüchtete Menschen reichen auf Dauer keine Unterkünfte zur Akutversorgung – hier sind ausreichend und städtebaulich gut integrierte Wohnungsbestände notwendig.

Stärkung des städtischen Fachdienst Wohnen

Der im Rathaus neu geschaffene Fachdienst Wohnen (FDW) nimmt eine wichtige Aufgabe in Zusammenarbeit mit den sozialen Wohnungsunternehmen ein, um alle Vorhaben und Maßnahmen zur Umsetzung und Weiterentwicklung der "Leitlinien für Soziales Wohnen in Gießen" zu koordinieren, mit den relevanten Akteuren abzustimmen und für die Gießener Bevölkerung eine Beratungsfunktion zu übernehmen.

Der FDW setzt die Registrier- und Vergaberichtlinien für Sozialwohnungen um. Diese sollen eine transparente und nach sozialen und Dringlichkeitskriterien ausgerichtete Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen gewährleisten, um aktuelle Engpässe bei der Wohnungsversorgung zu mildern und soziale Härten auszugleichen.

Er steuert alle Vorhaben zur Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzeptes und bündelt die dafür notwendigen Kompetenzen.

Bedeutung der stadteigenen Wohnbau Gießen GmbH

Die Wohnbau Gießen GmbH als 100%-Tochtergesellschaft der Stadt nimmt bei der Gestaltung einer aktiven kommunalen und sozialen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik eine Schlüsselrolle ein und bildet damit eine wichtige Schnittstelle zwischen kommunaler Politik, Wohnungswirtschaft und Gießener Bevölkerung.

Neben ihrem satzungsgemäßen Auftrag, die Gießener Bevölkerung mit sozial verantwortlichem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, ist die Wohnbau GmbH die zentrale Akteurin in lokalen Partnerschaften bei der Quartiersentwicklung. Sie ist die kompetente und verlässliche Partnerin bei der nachhaltigen und sozial verträglichen Stadtentwicklung.

Sie ist für die Stadt Gießen die zentrale Akteurin zur Sicherung der sozialen Wohnungsversorgung und leistet einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Frieden. Sie ist die größte Partnerin bei der sozialen Wohnraumversorgung, insbesondere für Bürger*innen mit niedrigem Einkommen.

Mit ihrem günstigen Mietpreisniveau ist sie die Mietpreisbremse in unserer Stadt. Die „Soziale Miete“ wirkt als Mietpreisdeckel und wird durch neue gesetzliche Grundlagen und Fördermöglichkeiten weiterentwickelt, denn für Menschen mit geringem Einkommen oder ganz besonderen Anforderungen an das Wohnen ist die Wohnbau in besonderem Maße verantwortlich.

Sie stellt sich weiterhin der Herausforderung der Schaffung eines großen Teils der beschlossenen 400 Sozialwohnungen: umgesetzt bereits im Flussstraßenviertel, in der Henriette-Fürth-Straße; im Bau oder in Planung beispielsweise „Am Trieb“, am „Alten Flughafen“ und auf der „Philosophenhöhe“.

Die Wohnbau ist eine zentrale Akteurin und Partnerin auf dem Weg zum klimaneutralen Gießen 2035Null. Nach dem Motto „Häuser heizen, nicht das Klima!“ ist die energetische Sanierung der Gebäudebestände seit vielen Jahren ein Schwerpunkt. Dabei hält sie die Balance zwischen bezahlbaren Mieten und energetischer Sanierung und setzt konsequent die Ziele des Klimabeschlusses „2035 Null klimaneutrales Gießen“ um.

Unsere Ziele und Vorhaben

Wir wollen zukünftig:

- zur Bedarfsdeckung von Wohnraum die städtebauliche Leitlinie „Innen- vor Außenentwicklung“ weiterhin als Planungsgrundlage nehmen und Siedlungsflächen in freiraumschonender und umweltverträglicher Form entwickeln;
- den Bestand durch Verdichtung erweitern;
- den sozialen Mietwohnungsbau sichern, indem wir für Menschen mit niedrigem Einkommen neue Wohnungen bauen;
- den Bestand unter Berücksichtigung der Balance zwischen nachhaltiger Sozialverträglichkeit und umweltpolitischen Erfordernissen sanieren;
- ein städtisches Investitionsprogramm „Soziales Wohnen“ auflegen, das die Errichtung von zusätzlichen 100 sozial geförderten Wohnungen für die Bürger:innen mit dem Wohnberechtigungsschein für mittlere Einkommen in Gießen mit 10.000.- € pro Wohneinheit fördert, um auch dieser Bevölkerungsgruppe den Zugang zu einer Sozialwohnung zu ermöglichen;
- das Gießener Investitionsprogramm „Soziales Wohnen“ weiter anwenden, das einen Zuschuss von 20.000 € pro gebauter Sozialwohnung vorsieht;
- in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft Flächen recyceln und neue Flächen erwerben;
- die Instrumente des sozialen Mietwohnungsbaus, d.h. weiterer Erwerb von Belegungsbindungen mit Unterstützung des Landesprogramms weiterentwickeln;
- die Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe in die Sicherung und Förderung des sozialen Wohnungsbestands (Erweiterung Belegungsbindungen) investieren;
- das kommunale Wohnraumversorgungskonzept mit stärkerer Einbindung des Landkreises Gießen und der Anrainergemeinden fortschreiben;

- den "Runden Tisch Wohnen" und den AK Wohnungswirtschaft fortsetzen;
- die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen (§559 BGB) vornehmen, die nach der Sanierung von Wohnungsbeständen der stadteigenen Wohnbau Gießen Mieterhöhungen deckelt und somit eine Weiterentwicklung der ursprünglich selbstverpflichtenden „sozialen Miete“ bedeutet;
- konsequent die Quote für sozial geförderte Wohnungen auf Neubachflächen für private Investoren umsetzen;
- an Lösungen für die Wohnbedarfe von Studierenden und befristet Beschäftigten der Hochschulen mitarbeiten.
- in (energetische) Instandhaltung und Modernisierung investieren, um die Lebensqualität für die Mieter:innen zu erhöhen, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und Gebäude zu erhalten;
- den Bau oder Umbau von seniorengerechten Wohnungen fördern, um den Bedürfnissen älterer und alter Menschen gerecht zu werden und Angebote im angestammten Quartier ermöglichen;
- In den Stadtteilen, in denen der Zuzug junger Familien stattfindet bzw. stattfinden wird, beispielsweise in Allendorf „Ehrsamer Weg“, Lützellinden „Im Sporn“ oder Rödgen „In der Roos“ dafür sorgen, dass deren Bedürfnisse in die Planungen einbezogen werden. Das gilt für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ebenso wie für die Entwicklung von familiengerechtem Wohnraum.

Migrationsgerecht – Ankommen gestalten, Einleben fördern, Diversität leben

Wie alle modernen Städte zeichnet sich auch Gießen durch gesellschaftliche Diversität aus: Wir leben in einer Gesellschaft der Vielfalt, sei es im Hinblick auf die kulturellen und sozialen Hintergründe, persönlichen Lebensweisen und unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen. Hieraus ergeben sich Chancen, Ressourcen und Potenziale und wir sind gut beraten, unsere Unterschiedlichkeit gezielt zu fördern und zu nutzen.

Gießen ist seit vielen Jahrzehnten auch durch Zuwanderung geprägt: als Hochschulstadt, als Aufnahmestadt und als bedeutsamer Medizinstandort – daraus folgt: im Quartier, in Kita und Schule, im Betrieb oder im Sportverein kommen Menschen aus vielen Nationen und mit unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten zusammen. Einwanderung, Niederlassung und Integration sind in unserer Stadt Normalität.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft und damit auch der kommunalen Selbstverwaltung. Sie adressiert alle Mitglieder der Gesellschaft. Sie erstreckt sich auf alle gesellschaftlichen Handlungsfelder: auf Bildungs-, Sozial-, Kultur-, Wirtschafts-, Stadtentwicklungspolitik und auf viele andere Bereiche. Grundlegende Werte dafür sind oder sollen sein: Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität innerhalb der Rahmenbedingungen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft.

Sozialdemokrat:innen verstehen den Prozess der Integration immer als einen wechselseitigen Prozess, bei dem es nicht um homogene Gruppen oder Gesellschaften geht, die sich gegenüberstehen.

Eine gute kommunale Integrationspolitik schafft es, Vielfalt in einer Gesellschaft positiv zu organisieren: Sie entwickelt, etabliert oder unterstützt Maßnahmen, die dazu führen, dass Ankommen erleichtert, Einleben ermöglicht und Verschiedenheit anerkannt und wertgeschätzt werden. Unter sozialdemokratischer Verantwortung hat die städtische Integrationspolitik der letzten Jahre hier gute Arbeit geleistet – und hat auch Ideen für eine erfolgreiche Fortsetzung.

Ankommen gestalten

Internationale Studierende, Migration durch Familiennachzug oder die Einwanderung von Fachkräften führen jedes Jahr zu Neuankömmlingen aus dem Ausland in unserer Stadt. Zudem hat Gießen in den letzten Jahren vielen Menschen Zuflucht geboten, die vor Krieg und Not fliehen mussten. Ca. 3000 Menschen sind seit 2015 als Geflüchtete und Asylsuchende nach Gießen gekommen und hiergeblieben.

Diejenigen, die erst kurze Zeit in unserer Stadt und in unserem Land leben, benötigen passende unterstützende Strukturen und Angebote, die ihnen eine umfassende Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen. Hier kann an eine Reihe städtischer Vorhaben angeknüpft und können begonnene Maßnahmen weitergeführt werden. Ein paar Beispiele:

- Die Arbeit im Projekt Kita-Einstieg – Brücken in frühe Bildung zielt darauf ab, Familien das Ankommen in der Kindertagesbetreuung zu erleichtern: Es informiert und zeigt Wege zu Kitaplatz und Tagespflege, führt eigene pädagogische Angebote durch und unterstützt Kindertagesstätten bei der Entwicklung einer interkulturellen Pädagogik.

- Die Qualifizierung und Begleitung von ehrenamtlichen Integrationslotsen leistet einen Beitrag dazu, dass sich Neuzugewanderte in der Stadt – v.a. in Institutionen, Verwaltung, Beratungsstrukturen etc. umfassend zurechtfinden.
- Das Laiendolmetscherprogramm unterstützt die Kommunikation in Gesprächen mit Menschen, die noch nicht ausreichend Deutsch sprechen, z.B. bei Terminen in Verwaltung, Beratungsstellen, Schule etc.
- Der regelmäßige Dialog mit und die Förderung von Migrant*innenorganisationen hilft, da diese eine wichtige Brücke im Integrationsprozess bilden und Zugänge in die Stadtgesellschaft ermöglichen.
- Die finanzielle Unterstützung, z.B. von Trägern der Wohlfahrtspflege (Migrationsberatung, Flüchtlingsberatung) und für Vereine (z.B. Beratung, Begleitung und Tandemprojekte bei An.ge.kommen e.V.), leistet einen wichtigen Beitrag für das Bestehen eines städtischen Netzwerkes von Beratungsstrukturen.

Bei der Unterstützung von aktuell oder erst vor kurzem geflüchteten Menschen in unserer Stadt wird – wie so oft in im Themenfeld Integration – die Querschnittlichkeit deutlich: Es geht darum, dass zugewanderte Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen schnell Anschluss finden, dass ausreichend Deutschkurse in der Stadt angeboten werden, dass es genügend bezahlbaren Wohnraum gibt und die Integration in Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen erfolgen kann.

Begegnungen zwischen zugewanderten und schon lange hier lebenden Menschen zu ermöglichen, spielt eine wichtige Rolle für das Ankommen und das hier vertraut Werden. Begegnungen finden statt in den Familienzentren, Schulen, in der **VHS**, in den Quartieren, in Vereinen.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir insbesondere auch die Zugänge von zugewanderten Familien zu den kulturellen Angeboten in der Stadt fördern. Dafür sollen interessierte Familien ein Kulturstipendium erhalten, durch das sie gemeinsam mit anderen Familien regelmäßig kulturelle Veranstaltungen wie Theater, Museen, Ausstellungen u.ä. besuchen können. Eine wichtige Rolle wird dabei auch die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen spielen.

In Zusammenhang mit dem Thema Ankommen haben wir uns auch für ein verändertes Selbstverständnis der Ausländerbehörde eingesetzt: Sie hat sich in den vergangenen Jahren von einer Ordnungsbehörde zu einer Abteilung für Migration gewandelt, in der ausländerrechtliche Fragen, aber auch andere integrationsrelevante Fragestellungen wie Weiterbildung und Zugänge zum Arbeitsmarkt eine Rolle spielen. Diesen Veränderungsprozess wollen wir weiter fördern.

Seit November 2019 ist die Stadt Gießen **Mitglied im Bündnis Sicherer Häfen**. Dieses Bündnis solidarisiert sich mit Geflüchteten in Seenot und der Seenotrettung und macht sich dafür stark, Möglichkeiten und Ressourcen vor Ort einzubeziehen in die Frage nach der Verteilung von neu ankommenden Geflüchteten. Die SPD Gießen unterstützt die Mitgliedschaft im Bündnis und setzt sich ein für eine Fortsetzung der fachlichen Diskussion sowie für weitere Positionierungen und Beschlüsse des Stadtparlaments.

Einleben fördern

Zugewanderte, die bereits etwas länger in Gießen leben, benötigen – wie alle Menschen – je nach individueller Lebenslage Beratung und Unterstützung. Hierfür sind die Institutionen der Regelangebote da – also alle relevanten Verwaltungseinheiten, Beratungsstellen, Bildungsinstitutionen, etc. Zentral ist, dass sich diese Institutionen auf Zuwanderer:innen als Zielgruppe einstellen und sie in ihrem Alltag „mitdenken“. Alle relevanten Institutionen in

dieser Stadt haben langjährig Strategien zur interkulturellen Öffnung ihrer Einrichtungen entwickelt.

Für Sozialdemokrat:innen wird auch zukünftig das Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ einen besonderen Stellenwert einnehmen. Hier wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die darauf zielen, die Verwaltung und ihre Angebote so zu gestalten, dass alle Bewohner:innen dieser Stadt mit ihren Anliegen adäquate Beratung, verständliche Informationen und diversitätssensible Dienstleistungen erhalten. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

Die Zusammenarbeit mit Migrant:innenorganisationen spielt auch im Hinblick auf die Gestaltung der Normalität der vielfältigen Gesellschaft eine wichtige Rolle. Bei Aktivitäten wie der interkulturellen Woche oder zum Tag der Migration präsentieren sie Elemente eines kulturell vielfältigen Alltags unserer Stadt. Sie nehmen aber auch eine wichtige Brückenfunktion für Zuwanderer ein, da sie in ihren Organisationen in besonderer Weise die unterschiedlichen Perspektiven des Ankommens, des Einlebens und des Angekommenseins vereinen.

Diversität leben

Wir haben in Gießen Erfahrung damit, dass Menschen aus mehr als 150 Nationen gut zusammenleben, wir treffen in der Stadt sehr weitgehend auf Toleranz und Weltoffenheit. Es gilt allerdings, hier aufmerksam zu sein: Kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt und Verschiedenheit finden nicht überall ungeteilte Zustimmung.

Eine Schlüsselrolle für gesellschaftlich gelebte, gelingende Diversität spielt der Bereich Bildung – ob in Kitas, Schulen, Weiterbildungsmaßnahmen oder an den Hochschulen. Die Stadt Gießen bietet in allen Bereichen der Bildung beste Möglichkeiten. Entscheidend für uns ist, dass die Antwort auf veränderte gesellschaftliche Realitäten nicht allein in wenigen Förderstunden bzw. zusätzlicher Betreuung bestehen kann, sondern die Bildungs- und Erziehungsstätten ihre Konzeption und ihren Alltag so ausrichten, dass sie dem Ziel der positiven Organisation gesellschaftlicher Vielfalt Rechnung tragen.

Kindertagesstätten und Grundschulen sind die ersten Bildungseinrichtungen, die von Kindern besucht werden. Hier werden die Voraussetzungen für das Gelingen nicht nur der Schulkarriere, sondern weiten Teilen der Partizipation in die Gesellschaft gelegt, deshalb bedarf es in diesem Bereich des größten kommunalen Engagements. Folgende Aktivitäten haben wir mit angestoßen und werden wir fortsetzen:

- Unterstützung von Kindertagesstätten und Schulen bei der Entwicklung diversitätssensibler Konzepte durch das Büro für Integration.
- Unterstützung von Kitas zum Aufbau von Netzwerken der Elternarbeit.
- Förderung der Beschäftigung von Erziehern:innen, Lehrkräften und Sozialarbeiter:innen mit Zuwanderungsgeschichte
- Ausbau und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit an Grundschulen
- Verbesserung der Informationslage für Eltern und Jugendliche über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem in Gießen, Fokus auf das Thema Übergang von Schule in den Beruf für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Teilnahme an Sprachkursen, insbesondere für Migrant:innen, z.B. durch kommunale Zuschüsse für niedrigschwellige Angebote für zugewanderte Frauen, bei denen für eine Kinderbetreuung gesorgt wird.

Gesellschaftliche Diversität muss und wird auch politisch immer wieder neu verhandelt. In diesem Zusammenhang setzt sich die SPD auf Landes- und Bundesebene für das kommunale Wahlrecht für Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit ein. Wir tun dies in der Überzeugung, dass die kommunale Selbstverwaltung die Beteiligung und Teilhabe aller dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen benötigt. Die kommunalen Ausländerbeiräte, der Gießener besteht seit nunmehr 35 Jahren, sind die einzigen direkt gewählten Gremien auf kommunaler Ebene, die das passive Wahlrecht für Nicht-Deutsche ermöglichen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es auch zukünftig in der Universitätsstadt Gießen einen Ausländerbeirat gibt. Das Rede- und Antragsrecht hat das Stadtparlament auf unsere Initiative hin dem Gießener Ausländerbeirat zuerkannt. Der Ausländerbeirat wird für uns auch weiterhin wichtiger Kooperationspartner für die kommunale Integrationspolitik sein.

Diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben, haben wir bereits in den letzten Jahren umfassend unterstützt. Unter anderem haben wir die Einbürgerungsempfänge ins Leben gerufen, um diese sehr persönliche Entscheidung gebührend zu würdigen. Für die SPD ist klar, dass mit diesem Schritt die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität einhergeht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin dafür ein, mehrfache Staatsangehörigkeiten noch umfassender zu ermöglichen.

Diversität erfolgreich zu leben, bedeutet auch, konsequent Antidiskriminierungsarbeit vorzusehen. Diskriminierung ist ein Fakt – und sie betrifft häufig (nicht immer) Migranten:innen oder Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte. Unter sozialdemokratischer Verantwortung hat die Stadt Gießen gemeinsam mit drei anderen mittelhessischen Gebietskörperschaften sowie zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteure:innen den Antidiskriminierungsverein Mittelhessen e.V. gegründet. Ziel der Arbeit des Vereins ist es, eine regionale Beratungsstruktur zum Thema aufzubauen, sowie Dokumentation-, Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu leisten.

Unser Werkzeug: Fortschreibung des „Handlungskonzepts Integration“

Mit dem unter sozialdemokratischer Verantwortung initiierten „Handlungskonzept Integration“ hat sich die Stadt im Jahr 2015 durch Beschluss des Parlaments einen eigenen Rahmen für dieses Handlungsfeld gesetzt: Das Handlungskonzept stellt die Arbeit querschnittlich und nach verschiedenen thematischen Aspekten sortiert dar, trägt bestehende Bedarfe zusammen, legt Maßnahmen fest und ermöglicht, den Fortschritt der Arbeit systematisch und transparent zu kontrollieren. Für uns ist es ein großes Anliegen, dieses Werkzeug weiter zu nutzen und vor allem – anhand neuer Entwicklungen – thematisch bedarfsgerecht fortzuschreiben. Neue, in den letzten Jahren als Bedarfe gesehene Aspekte sind z.B. die Themen internationale Verantwortung/kommunale Entwicklungspolitik und die Arbeit im Bereich (Anti-)Diskriminierung.

Unser Koordinationsstelle: Weiterentwicklung des Büros für Integration

Dem Büro für Integration im Rathaus kommt auch in Zukunft die Aufgabe zu, die integrationsrelevanten Vorhaben und Aufgabenstellungen in der Stadt Gießen konzeptionell und organisatorisch zu entwickeln bzw. zu begleiten. Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurde das Büro für Integration in den letzten Jahren thematisch ausgeweitet und personell gestärkt. Folgende Aufgaben sollen im Schwerpunkt beim Büro für Integration auch zukünftig angesiedelt sein:

- Regie für die Umsetzung des Handlungskonzeptes „Integration für die Stadt Gießen“, das insbesondere Vorhaben in den Feldern „frühkindliche Bildung und

Erziehung“, „Gesundheit und Alter“, „Ausbildung, Wirtschaft, Wissenschaft“ und „Interkulturelle Öffnung in Institutionen“ umfasst;

- Initiierung, Konzeptionierung und Umsetzung von Vorhaben zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung, Umsetzung und Weiterentwicklung der hierzu entstandenen Handlungsempfehlungen;
- Ansprechpartner für Migrantenorganisationen;
- Vermittlung von Kontakten zu zuständigen Stellen;
- Vermittlung von Ansprechpartner:innen für soziale Dienste, Bildungseinrichtungen und Behörden, die in Fragestellungen rund um die Themen Migration, Integration, Diversität und interkulturelles Arbeiten Beratung und Fortbildungen geben können.
- Fortentwicklung und Weiterführung der Initiativen und Projekte der kommunalen Entwicklungspolitik, die aktuell durch die „Servicestelle Kommunen in der einen Welt“ gefördert werden.

Das Ankommen und Einleben in der Stadtgesellschaft steht und fällt auch mit den allgemein für alle vorhandenen Ressourcen. Damit sich die strukturellen Benachteiligungen für zugewanderte Familien nicht verfestigen, wird es verstärkt darauf ankommen, dass

- es genügend Plätze in den Kindertagesstätten gibt,
- ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht,
- Möglichkeiten, Deutsch zu lernen und das Gelernte anzuwenden, vorhanden sind,
- Wege zu Qualifizierung, Anerkennung von Kompetenzen, Weiter- und Ausbildung offen sind,
- Begegnung im Alltag – ob in der Nachbarschaft, im Verein, in der Freizeit – stattfindet,
- Regelinstitutionen sich der diversen Gesellschaft gegenüber strategisch aufstellen,
- Diskriminierung sichtbar gemacht und bekämpft wird,
- spezielle Angebote für Migrantinnen vorhanden sind, weil diese – wie auch in Familien ohne Zuwanderungsgeschichte – den Hauptanteil der Erziehungsarbeit leisten,
- das Ehrenamt gestärkt wird, weil das große Engagement derjenigen, die das Ankommen unterstützen, unschätzbaren Wert für das Zusammenleben darstellt,
- Migrantenorganisationen erfolgreich arbeiten können, um Brücken in die Stadtgesellschaft zu bauen,
- Politik – etwa über den Ausländerbeirat – Bedarfe aber auch Ressourcen von Zugewanderten in unserer Stadt verstärkt thematisiert und passende Maßnahmen erarbeitet.

Globalgerecht – Stadt des fairen Handels

Unter anderem auf Initiative der Gießener SPD trägt die Stadt Gießen seit April 2011 den Titel „Fairtrade-Town“, der ihr auch in Folgeüberprüfungen erneut zuerkannt wurde. Damit ist Gießen Teil der internationalen Fair-Trade-Town-Familie, die gezielt den fairen Handel auf kommunaler Ebene fördert und das Ergebnis einer erfolgreich organisierten Struktur aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft ist, in der sich alle für fairen Handel in ihrer Region und Kommune stark machen.

Die Stadt Gießen setzt an dieser Stelle ein kommunales Zeichen für eine gerechtere Welt, für die Bedeutung des Fairen Handels und gegen weltweite Armut, indem die Stadt in ihrem Zuständigkeitsbereich dazu beiträgt, dass durch faire Handelsbeziehungen den benachteiligten Produzentengruppen des herkömmlichen Handels im Süden zu einem verbesserten Einkommen verholfen wird.

Das öffentliche Beschaffungswesen nimmt als kommunale Stellschraube im Sinne des Fair-Trade-Gedankens bei der Umstellung auf nachhaltige Produktionsweisen eine wichtige Schlüsselfunktion wahr. Wir unterstützen daher nachdrücklich die Umsetzung eines auf Initiative der SPD im Stadtparlament erfolgten Antrages. Ziel dieses Antrages ist es, bei den Beschaffungen der Stadt Gießen grundsätzlich die Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen. Dies soll in Bezug auf den Beschaffungsgegenstand und dessen Auswirkungen auf das ökologische, soziale und wirtschaftliche Gefüge für die Produktgruppen Lebensmittel, Blumen sowie Textilien, Arbeitskleidung, Teppiche geschehen. Darüber hinaus sollen weitere Produktgruppen einbezogen werden.

Wir begrüßen, dass nach einer aktuellen Änderung in der Friedhofssatzung die Verwendung von Naturgrabsteinen und Natursteingrabeinfassungen aus ausbeuterischer Kinderarbeit nun ausdrücklich verboten ist.

Unterschiedliche Ansätze und Initiativen zur Stützung des Fair-Trade-Gedankens wurden auf- und ausgebaut und sollen weiterhin nachhaltig gefördert werden:

- Das kontinuierliche Wirken der Gießener Fairtrade-Town-Steuerungsgruppe zur Koordinierung der Vor-Ort-Aktivitäten.
- Die Aktivitäten von Gießener Einzelhändlern mit gesiegelten Produkten aus fairem Handel und in Cafés und Restaurants, die sich zum Ausschanken von jeweils mindestens zwei gehandelten Produkten verpflichtet haben.
- Die Verwendung von fair gehandelten Produkten in öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Vereinen und Kirchen.
- Die Durchführung von Bildungsaktivitäten zum Thema Fairer Handel von öffentlichen Institutionen.
- Die Angebote des Weltladens mit ausschließlich fair gehandelten Produkten.
- Regelmäßige Aktionen in der Öffentlichkeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den fairen Handel.
- Aktive Berichterstattung über Fair-Trade-Aktivitäten.

Darüber hinaus werden konkrete Initiativen und Projekte sowie deren Fortführung ausdrücklich unterstützt:

- Zur Erhöhung der Aufmerksamkeit in der Stadt Gießen zu den UN-Nachhaltigkeitszielen wird fachliche Kommunikation auf lokaler und internationaler

Ebene zur Entwicklungszusammenarbeit mit ausgesuchten Partnern im Globalen Süden (KEPOL-Projekt) organisiert.

- Nachhaltiger Stadtplan (Wandelkarte) und Neuauflage der Broschüre „Fair einkaufen in Gießen“, dem sogenannte „Einkaufsfairverführer“ mit Anbietern fairer Produkte in Gießen.
- Förderung der Bildungsarbeit des Weltladens, insbesondere Unterstützung von Veranstaltungen der Bildungsgruppe des Weltladens.
- Verschiedene aktuelle Projekte wie etwa die Karikaturenausstellung „Glänzende Aussichten“ von Miserior und das Videoprojekt faire Fußbälle (spielt fair) und faire Schokolade (esst fair).

Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, mit nachhaltigem kommunalem Handeln dazu beizutragen, dem Titel „Fairtrade-Town“ gerecht zu werden und nach der Etablierung dieses Themas in der Stadtgesellschaft Gießen als Stadt des fairen Handels konsequent weiterzuentwickeln.

Sportgerecht - für den Sport in Gießen

Sport hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung, Werte wie Fair Play, Respekt und Toleranz fördern gemeinschaftliches Engagement, wirken völkerverbindend und stärken so den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Die Sportförderung hat dabei für eine Kommune wie Gießen eine eminent wichtige Bedeutung, da der Sport vor Ort durch seine präventive und integrative Arbeit dabei hilft, teure Folgekosten zu vermeiden, die durch gescheiterte Integration oder Bewegungsmangel entstehen können.

Im Übrigen tragen Sport und Bewegung zu mehr Lebensqualität, mehr Lebensfreude und vor allem auch zur Gesundheit der Menschen in unserer Stadt bei.

Bei verschiedenen richtungsweisenden Entscheidungen wurden unter SPD-Verantwortung für den Sport in Gießen in den letzten Jahren wichtige und richtige Signale gesetzt. Eine Neuregelung der Sportförderrichtlinie zum Wohle der Jüngsten im Sport und verschiedene sehr erfolgreiche Sport- Bürgerbeteiligungsprogramme, die die Sportinfrastruktur in Gießen entscheidend aufgewertet haben, sind Beispiele hierfür. Für die folgende Legislaturperiode gilt es an Entstandenes und Bewährtes anzuknüpfen und nun im Sinne der Nachhaltigkeit unter Einbeziehung der Aspekte des Klimaschutzes die Sportangebote und die Sportinfrastruktur Gießens weiterzuentwickeln. Hierfür soll unter anderem auch die geänderte Sportförderrichtlinie unter den Gesichtspunkten Zielrichtung und Verwaltungsaufwand nochmal in den Blick genommen werden.

Sport, Spiel und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen stärken

Die Förderung des Kinder- und Jugendsports soll nach wie vor besondere Priorität genießen, um den Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Entwicklung über den Sport zu ermöglichen. Diesem besonderen Anliegen ist bereits in der letzten Legislaturperiode mit dem erhöhten jährlichen Zuschuss für die Vereine pro Kind und Jugendlichen gesondert Rechnung getragen worden.

Die Förderung bereits der Kleinsten in der Kita mit Spiel, Sport und Bewegung wird von uns als elementare Aufgabe betrachtet, eine Weiterentwicklung von bewegungsfreundlichen Gestaltungen von Pausenhöfen an Schulen wird ausdrücklich befürwortet. Neue Kooperationsformen zwischen Schulen und Sportvereinen, die das Ziel verfolgen, Kinder und Jugendliche an das örtliche Sportangebot heranzuführen und räumliche Engpässe zu überwinden, werden nachhaltig unterstützt. Die Bereitstellung der notwendigen Sportstätten für bereits bestehende Projekte wie verschiedene Schul-AGs, Pakt für den Nachmittag, das Regionale Talentförderzentrum und das Förderprogramm „Schule und Verein“ des Landessportbundes Hessen sollen fortgeführt werden.

Integration und gesellschaftliche Teilhabe gezielt über den Sport und Vereine fördern

Sport gelingt es über seine besondere Strahlkraft, Menschen über den Sport – ganz unabhängig von Geschlecht, Ethnie, Alter, Behinderung, Religion oder sexueller Orientierung - zu gemeinschaftlichen sportlichen Aktivitäten zusammenführen und auf diese Weise einen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Allgemeinen und damit auch in Gießen zu leisten.

Es bleibt auch für die Zukunft unsere Aufgabe, uns bei den Sportvereinen für eine stärkere Öffnung für benachteiligte und im Sport bisher unterrepräsentierten Gruppen einzusetzen.

Insbesondere für die Zielgruppen der Menschen mit Einschränkungen, älteren Menschen, Menschen mit besonderen sozialen Problemen und Menschen aus sozial benachteiligten Quartieren, die bisher noch keine Angebote des Vereinssports wahrgenommen haben, sollen bessere Teilhabechancen eröffnet werden. Hierfür ist vorgesehen, gezielte Angebote in diesen Quartieren zu initiieren, die den Organisationsgrad an Sport-Vereins-Mitgliedern in bestimmten Zielgruppen positiv verändern hilft.

Förderprogramme für spezielle Bevölkerungsgruppen (wie etwa das Landesförderprogramm „Sport und Flüchtlinge“) sollen, wenn möglich, genutzt werden.

Vereine als prägende Struktur des Sports

Die Sportvereine bilden mit den aufgebauten Strukturen und dem riesengroßen Engagement der zumeist ehrenamtlichen Akteure in all seinen Facetten generationenübergreifend und über soziale Grenzen hinweg für den organisierten Sport in Gießen das Herzstück. Daher gilt der intensiven Unterstützung unserer Vereine auch zukünftig unsere besondere Aufmerksamkeit. Unter den Vorgaben der Gießener Sportförderrichtlinie soll den Gießener Sportvereinen auch weiterhin so unbürokratisch wie möglich Unterstützungen für Zuschüsse für vereinseigene Investitionsvorhaben, für Jugendsportförderung, für Betriebskosten bzw. Instandsetzungsarbeiten, für Mieten und Pachten, für Sportveranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung, zum Kauf von langlebigen Sportgeräten oder für Fahrten zu Meisterschaften gewährt werden. Aktuell haben wir mit dem Sonderprogramm zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise und der Einrichtung eines allgemeinen Hilfsfonds eine niedrigschwellige Hilfe für heimische in Not geratene Vereine geschaffen.

In Gießen ansässigen Sportvereinen garantieren wir wie bisher, dass es keine Gebührenerhebung für die Nutzung der städtischen Sportanlagen geben wird.

Gute Infrastruktur und nachhaltige Sportentwicklung

Bei den Sport- und Freizeitangeboten verfügt Gießen über eine solide Infrastruktur, die ein funktionsfähiges, ansprechendes Fundament für den heimischen Breiten- und Leistungssport bietet.

Für die nachhaltige Weiterentwicklung von Sportanlagen ist vorgesehen, bei Bedarf bei bestimmten Projekten wie bereits bei den Projekten „Mountainbikestrecke Schiffenberg“, „Skate-Plaza Ringallee“ und bei der „Streetworkoutanlage“ im Stadtpark Wieseckau die erfolgreich umgesetzte Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen zu realisieren.

Bei Förderzusagen des Landes Hessen zum Projekt „Pumptrack“, einer geplanten speziell gestalteten Mountainbike-Strecke im Stadtpark Wieseckau soll die Bürgerbeteiligung hierfür als Nächstes durchgeführt werden.

In Fortentwicklung des Gießener Sportwegweisers ist nun ein Sportstättenserviceangebot entstanden, das es potentiellen Nutzer:innen von Gießener Sportstätten unproblematisch ermöglicht, die passenden Sportstätten aufzufinden.

Diese dynamische Online-Datenbank (www.sport-service.org) ist in Kooperation mit dem Landkreis Gießen, dem Sportkreis Gießen und dem Geographischen Institut der Universität Gießen entwickelt worden und erfasst über 400 Sportstätten und rund 600 Sportanlagen in Stadt und Landkreis Gießen. Der Ausbau dieses Projekts soll unterstützt werden.

Zum Erhalt und zur nachhaltigen Sicherung der sportlichen Infrastruktur Gießens wird es zukünftig noch stärker darauf ankommen, Synergien zwischen unterschiedlichen Akteuren in

Vereinen und Verbänden, Schulen und Hochschulen, der Stadt Gießen sowie den angrenzenden Kommunen und dem Landkreis zur Fortentwicklung unserer Sportstätten unter den Gesichtspunkten multifunktional und unter Einbeziehung von gemeinsamen Nutzungskonzepten zu nutzen.

Förderkulissen in entsprechenden Programmen von Bund und dem Land Hessen sollen in Anspruch genommen werden.

Sportliche Großveranstaltungen mit repräsentativem Charakter, die in die Stadtgesellschaft nachhaltig wirken, wie etwa die Gießener Pfingstregatta, die Veranstaltung „Gießen TANZT!“, das Radrennen „Rund um das Stadttheater“ und die Veranstaltungen „Run and Roll for Help“ sowie „Sport in der City“ sollen auch zukünftig unbürokratisch unterstützt werden.

Förderung des Leistungssports

Zusätzlich zur Förderung des Breitensports hat auch die Förderung des Leistungssports für uns in einer Stadt wie Gießen mit seinen oberzentralen Aufgaben eine besondere Bedeutung. Unabhängig von Förderinstrumenten von Bund und Land fördert die Stadt Gießen die Partnervereine des Leistungssports. Diese haben eine besondere Aufgabe, denn erfolgreiche Gießener Sportler:innen, die Sport als Leistungssport betreiben, sind würdige Aushängeschilder für unsere Stadt und nehmen eine Vorbildfunktion für jugendliche Sportler:innen wahr. Ein besonderer Imageträger für unsere Stadt ist dabei nach wie vor der Gießener Bundesliga-Basketball, dessen beispielgebendes Wirken weiterhin gefördert werden soll.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung des Basketballstandortes Gießen wird die Auswertung der Machbarkeitsstudie für eine Multifunktionsarena sowie andere Optionen geprüft.

Für eine nachhaltige Zielperspektive sind hierfür zunächst Fragen zur Größe der Halle, der Finanzierung, des Betriebs- und Vermarktungskonzepts sowie der zukünftigen Nutzer zu beantworten. Auch das Engagement der überregional erfolgreichen Fußballvereine mit der Jugendabteilung der TSG Wieseck und dem FC Gießen nach seinem aus Gießener Sicht erfreulichen Liga-Verbleib bei seinem Regionalliga-Engagement im Waldstadion soll weiterhin gefördert werden. In anderen Sportsparten wird von Gießener Sportvereinen ebenfalls erfolgreich Leistungssport betrieben (beispielsweise in den Sportarten Tanzen, Power Lifting, Radsport, American Football, Kegeln, Bowling und Rudern). In diesen Bereichen sollen auch in Zukunft notwendige Beiträge hierfür geleistet werden.

Bildungsgerecht - Bildung heißt Zusammenhalt

Bildung bedeutet Beteiligung. Alle Bildungsangebote unterstützen Gießener:innen dabei, sich einzubringen, sich weiterzuentwickeln und dafür Sorge zu tragen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Gießen ist Bildungsstadt. In den letzten Jahren ist es gut gelungen, Bildungsangebote zu verknüpfen. Wir haben erreicht, dass Übergänge für die meisten Menschen keine Hürde mehr sind. Gießene:rinnen handeln für sich, in der Familie und in der Gemeinschaft demokratisch.

Bildung bedeutet, Menschen zu befähigen, ihr Leben mit anderen gelingend zu gestalten. Bildung bedeutet, den Fokus auf Gemeinsames zu richten und Trennendes ins Gespräch zu bringen. Bildung bedeutet, gleiche Chancen für alle Menschen zu ermöglichen.

Gießens Bildungseinrichtungen stellen sicher, dass aus gemeinsamem Spiel und Lernen gemeinsame Sprache, Verstehen und gegenseitige Wertschätzung entstehen. Gießens Bildungseinrichtungen stellen sicher, dass Förderung die Begabung aller unterstützt und Schwächen kompensieren hilft. Gießens Bildungseinrichtungen stellen sicher, dass Nachteile reduziert und Talente entdeckt und unterstützt werden. Gießens Bildungseinrichtungen stellen sicher, dass Kinder lernen, während Eltern ihrem Beruf nachgehen oder sich qualifizieren.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht, worauf wir stolz sein können. Mit maßgeblicher Unterstützung der Universitätsstadt Gießen als Schulträger haben die Schulen ihre ganztägigen Angebote maßgeblich erweitert und zwei weitere Grundschulen haben sich zu gebundenen Ganztagschulen entwickelt. Wir haben in die Ganztagsinfrastruktur investiert. Neue Mensen und Bibliotheken sind an einer Reihe von Grundschulen neu gebaut worden. Wir bringen die Sanierungen von Schulen voran und beteiligen die Schulen umfassend über die Planungsphase Null sowie in Abstimmungsprozessen in jeder Phase der Umsetzung. Wir haben kommunale Schulsozialarbeit ausgebaut. Wir haben gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt Maßnahmen zur Förderung multiprofessioneller Teams ergriffen und die Kooperation zwischen Schulen und Gemeinwesenarbeit gestärkt. Die Universitätsstadt Gießen wurde unter Beteiligung des Schulträgers in das Landesprogramm „Inklusive Schulbündnisse“ aufgenommen. Damit verfolgen wir das Ziel, dass gemeinsames Leben und Lernen aller Menschen verwirklicht wird.

Auf den hier erreichten Fortschritten werden wir in den kommenden fünf Jahren aufbauen.

Bildung in Zeiten gesellschaftlichen Wandels – schulische Bildung bleibt zentrale Zukunftsaufgabe

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem sich beschleunigenden Wandel. Vernetzung, Digitalisierung und Globalisierung bestimmen mehr und mehr unseren privaten und beruflichen Alltag. Die Demokratie ist herausgefordert. Menschen müssen neue Kompetenzen entwickeln, um ökonomische und soziale Anforderungen erfüllen zu können.

Bildung befähigt Menschen, die neuen Herausforderungen an- und als Chance wahrzunehmen und ihre Risiken einschätzen zu können. Sie befähigt Menschen, Veränderungsprozesse zu gestalten. Unsere kommunale Bildungs- und Schulpolitik fokussiert sich deshalb vor allem auf die Aspekte: Gleiche Chancen von Anfang an, Vielfalt als Chance, gelingende Übergänge und Digitalisierung. Diese Aspekte greifen ineinander, bedingen einander und beeinflussen maßgeblich das Gelingen von Bildungsbiographien.

Gleiche Chancen von Anfang an

Nach wie vor gilt in Deutschland, dass der sozioökonomische Status der Eltern und deren eigener Bildungshintergrund in hohem Maße entscheidend für den Bildungserfolg ihrer Kinder sind. Das ist für uns nicht hinnehmbar, und auch in der Vergangenheit war es unser zentrales bildungspolitisches Ziel, auch auf kommunaler Ebene Strategien für mehr Bildungsgerechtigkeit zu entwickeln.

In Gießen sind überdurchschnittlich viele Kinder einem Armutsrisiko ausgesetzt. Jedes vierte Kind in dieser Stadt lebt in Familien, die Transferleistungen nach dem SGB II erhalten.

Kommunale Verantwortung kann diese Bedingungen ohne Unterstützung des Landes und des Bundes nicht alleine verändern, Folgen jedoch abfedernd gestalten. Deshalb haben wir in unseren Bildungseinrichtungen umfassend Rahmenbedingungen geschaffen, um die Teilhabe an Bildung zu gewährleisten. Stichworte sind hier Gebührenstaffelung nach Einkommen im Bereich der Kindertagesstätten, Ausbau der ganztägig arbeitenden Schulen und gebührenfreie Teilnahme an Ganztagsangeboten der Grundschulen, Ausbau der ganztägig arbeitenden weiterführenden Schulen, Gießen-Pass für Bildungsangebote der Volkshoch- und Musikschule. Dies werden wir weiterführen.

Die gute Arbeit der Kitas, Sprache und Bildung zu fördern, wird auch zukünftig unterstützt.

Dem Netzwerk Gelingender Übergang zwischen Kindertagesstätten und Schulen als Schnittstelle zwischen frühkindlicher Bildung und Pädagogik und Grundschulen kommt eine wichtige Bedeutung zu, die wir auch zukünftig fördern wollen. Somit erfolgen Übergänge am einzelnen Kind orientiert und bei Bedarf können Förderkonzepte frühzeitig abgestimmt und umgesetzt werden.

Ganztägig arbeitende Grundschulen

Schulen sind für Kinder und Jugendliche zentraler Lern- und Lebensort, dem ganztägig arbeitende Schulen gerecht werden müssen. Das erfordert eine Rhythmisierung des Schulalltags mit kindgerechten Phasen aus Lernen und Spielen, Anspannung und Entspannung, Stillarbeit und Bewegung. Schulisch verantwortetes Lernen kann im Ganztag durch Kooperationen mit Vereinen und Partnern der Zivilgesellschaft ergänzt werden. Gleichzeitig gilt es, Maßnahmen der Jugendhilfe nach SGB VIII bedarfsgerecht in den schulischen Kontext zu integrieren sowie die Kooperationen zwischen Schulen und Gemeinwesenarbeit weiterzuentwickeln.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung werden wir in der nächsten Legislaturperiode an dem Erreichten anknüpfen und neue Schwerpunkte setzen:

- Wir werden den Ausbau der ganztägig arbeitenden Grundschulen an allen Grundschulen weiter fördern, auch zukünftig mit kommunalen Ressourcen unterstützen, die Gebührenfreiheit bis 16.00 h beibehalten und an den Grundschulen den von Bundesebene avisierten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern realisieren.
- Wir werden die Sozialraumorientierung der Grundschulen weiter fördern und Kooperationen mit Gemeinwesenarbeit, Vereinen und Stadtteilinitiativen stärken.
- Wir werden die Schulsozialarbeit an den Grundschulen weiter ausweiten und Schulen bei der Entwicklung von multiprofessionellen Teams unterstützen.
- Wir werden weiter in Grundschulen investieren, damit die baulichen Voraussetzungen für die Schulen als Lern- und Lebensort auch gegeben sind. Das erfordert zum Teil neue Raumkonzepte und andere Lernumgebungen,

Mensen, Bibliotheken, Bewegungs- und Rückzugsräume, aber auch angemessene Ausstattungen, um den Anforderungen an die Umsetzung der inklusiven Bildung gerecht zu werden.

- Wir werden weitere Familienklassen als Modell einer guten Partnerschaft zwischen Schule und Elternhaus in den Gießener Grundschulen ermöglichen.
- Wir werden in der nächsten Legislaturperiode Grundschulen ermöglichen, Familienzentren an Grundschulen zu bilden. Familienzentren an Grundschulen führen die erfolgreiche Arbeit der Kindertagesstätten fort. Dabei geht es um die Stärkung der Eltern, um in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Schule Kinder zu fördern und Bildungsbenachteiligungen abzubauen. Es geht um ein sozialraumorientiertes Angebot von Familienbildung und –beratung und einen niederschweligen Zugang zu unterschiedlichen Unterstützungsleistungen. Evaluationen bereits bestehender Projekte in Deutschland zeigen, dass dieses Konzept Potenziale für den Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung bietet, weil es sowohl am schulischen als auch am familiären Kontext ansetzt. Die Einführung von Familienzentren erfolgt schrittweise, zunächst werden drei Grundschulen als Pilotschulen ausgewählt und durch kommunale Stellen in der Konzeptentwicklung begleitet. Die Arbeit des Grundschulfamilienzentrums wird mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet.
- Wir werden Schulen unterstützen, die Modelle des flexiblen Schulanfangs umsetzen.
- Wir werden die Angebote der pädagogischen Ferienprojekte für Grundschul Kinder ausweiten.

Umfassende Bildungsangebote an den weiterführenden Schulen sichern

Die Angebote der Sekundarstufen sind breit gefächert, in der Universitätsstadt Gießen werden praktisch alle durch das hessische Schulgesetz gegebenen Schulformen vorgehalten. Dies soll auch weiterhin gesichert bleiben. In der Schulentwicklungsplanung wird es auch zukünftig darum gehen, dass alle Schulen die Rahmenbedingungen erhalten, die sie für ihre Entwicklung benötigen, um Qualität zu garantieren, Profile weiterzuentwickeln und die Akzeptanz bei Jugendlichen und ihren Eltern zu erhalten.

Unser Ziel bleibt, schulische Entwicklungsvorhaben zu fördern, die auf inklusive Bildung, individuelle Förderung, gemeinsames Lernen und soziale Entwicklung abzielen, durch die alle Kinder und Jugendliche ihre Talente bestmöglich entwickeln können und Brüche in der Bildungsbiographie vermieden werden.

Deshalb wollen wir:

- den Ausbau der ganztägig arbeitenden Schulen im Bereich der Sekundarstufe I weiter fördern sowie die Entwicklung von gebundenen Systemen an einzelnen Standorten maßgeblich unterstützen;
- die Schulsozialarbeit an den Schulen sichern und stärken;
- Kooperationen mit Vereinen, Jugendarbeit, aber auch der kommunalen Musikschule weiter unterstützen;
- Familienklassen als Modell einer guten Partnerschaft zwischen Schule und Elternhaus auch in den Klassen 5 und 6 ermöglichen;
- weiter in Schulen investieren, damit die baulichen Voraussetzungen für die Schulen als Orte des Lernens und Entdeckens gegeben sind und Raum vorhanden ist für selbständiges, kooperierendes Lernen. Das erfordert zum Teil

neue Raumkonzepte und andere Lernumgebungen, Mensen, Bibliotheken und Bühnen für Präsentationen;

- die vielfältigen studienqualifizierenden Oberstufenangebote – Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien, Abendschule und gymnasiale Oberstufen – in ihrem Bestand sichern;

Inklusive Bildung abgestimmt entwickeln und die Qualität der Förderschulen sichern

Die Wahlfreiheit für Eltern, die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben, ist in der Universitätsstadt Gießen in hohem Maße gewährleistet. Neben der Umsetzung der inklusiven Bildung an allen Standorten der allgemeinen Schulen gibt es in der Stadt zwei Förderschulen, deren Förderschwerpunkte sich ergänzen.

Seit dem Schuljahr 2017/18 bilden die Schulen unter Regie des Staatlichen Schulamtes und unter Beteiligung des Schulträgers ein inklusives Schulbündnis, in dem die Zuständigkeiten für Förderbedarfe und die Verteilung von Ressourcen abgestimmt werden. Darüber sind alle Schulen in die Entwicklung der inklusiven Bildung in der Stadt beteiligt und können ihre eigenen Konzepte entsprechend ausrichten.

Die zwei Förderschulen sollen im Bestand gesichert werden. Insbesondere am Standort der Albert-Schweitzer-Schule geht es zukünftig um Investitionen, um die baulichen Voraussetzungen für die Entwicklung der Schule und den Ausbau zur Ganztagschule zu schaffen. Um den Bildungserfolg insbesondere in der Hauptstufe zu verbessern, wird die Schule bei der Konzipierung neuer Unterrichtsvorhaben und Kooperationsprojekte unterstützt.

Vielfalt als Chance

In Gießen kommen seit langer Zeit Menschen aus verschiedenen Kontinenten, Ländern und Regionen zusammen. Eine Vielzahl an Erfahrungen, Erstsprachen, Religionen und Perspektiven bildet eine Gemeinschaft. Gießens Gemeinsamkeit wächst aus der Vielfalt und der Fähigkeit, diese Vielfalt zu einer Gemeinsamkeit zu machen. Gleichheit in Diversität ist unser Leitbild, echte Integration zu schaffen, die in der Entwicklung einer sozialen Stadtgesellschaft aus den Perspektiven aller Menschen besteht. Kindertagesstätten und Schulen sind bei diesem Ziel Begegnungsstätten, in denen Integration gelebt wird. In Familienzentren erwächst die Chance, Menschen unterschiedlicher Erfahrungen zusammenzubringen. In den Grundschulen lernen alle Kinder gemeinsam und Eltern finden zusammen. Durch die Weiterentwicklung der Familienzentren und die Entwicklung der Grundschulen zu Familienzentren oder Begegnungsstätten fördern wir die Chancen aller Kinder.

An allen Schulen gilt es, den Anforderungen an interkulturelle Öffnung und individuelle Förderung gerecht zu werden und Vielfaltskonzepte und Strategien zum Abbau von Bildungsbenachteiligungen als Schulentwicklungsaufgabe zu begreifen. Diesen Prozess wollen wir als Schulträger unterstützen.

Allen Schulen in der Universitätsstadt Gießen kommt in besonderer Weise die Aufgabe zu, durch geeignete Konzepte zur Integration der zugewanderten Kinder und ihrer Eltern beizutragen und der jeweils spezifischen Situation und Bildungsbiographie dieser Kinder gerecht zu werden.

Als Schulträger wollen wir eigene Beiträge zur Unterstützung der Schulen leisten, indem

- wo möglich Vorlaufkurse in Kindertagesstätten stattfinden, damit die sprachliche Kompetenz der Kinder in ihrem Regelsystem gestärkt wird,
- wir ermöglichen, dass zugewanderte Kinder mit Aufnahme in die Schule Ganztagsangebote wahrnehmen,
- es geeignete Informationen zur Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets bspw. für die Finanzierung des Mittagessens gibt,
- Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung interkulturell ausgerichtet ist,
- über das Büro für Integration der Universitätsstadt Gießen Integrationslotsen und Laiendolmetscher zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Lehrkräften und Eltern zur Verfügung gestellt werden,
- das Projekt „Deutschsommer“ zur Förderung der sprachlichen Kompetenz sowie weitere Projekte der kulturellen Bildung in Kooperation mit Grundschulen durchgeführt werden.

Übergänge transparent und abgestimmt gestalten

Übergänge zwischen Bildungsinstitutionen bzw. zwischen Schule und Beruf stellen wichtige Zäsuren in der Bildungsbiographie dar und erfordern konzeptionelle und organisatorische Brücken sowie ein abgestimmtes Übergangsmanagement, damit Brüche vermieden werden und die Wege beim Übergang geebnet sind. Dies gilt für den Übergang von der Kita in die Grundschule, bei Schulwechseln innerhalb des schulischen Systems sowie im Übergang Schule – Beruf gleichermaßen. Um der Bedeutung der Übergänge gerecht zu werden, braucht es kommunale Initiativen. Dafür haben wir in der Vergangenheit gesorgt und werden dies auch zukünftig tun.

Im Einzelnen geht es um

- die Unterstützung des Netzwerkes Gelingender Übergang sowie der Kooperationsbeziehungen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen;
- umfassende Informationen für Eltern im Übergang von Klasse 4 nach 5 sowie im Übergang nach Klasse 9 oder 10 in Berufliche Schulen oder gymnasiale Oberstufen;
- ein regionales Bildungssystem, das jederzeit Übergänge zwischen Schulformen ermöglicht.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Übergang von der Schule in den Beruf zu. Hier gilt es für jeden Schüler und jede Schülerin, für sich geeignete und tragfähige Anschlussperspektiven zu entwickeln. Ein Scheitern an dieser Stelle kann zu langandauernden individuellen und beruflichen Desintegrationsprozessen führen.

- Vor diesem Hintergrund gibt es in der Universitätsstadt Gießen langjährig in allen Hauptschulklassen ab Klasse 7 Angebote zur vertieften Berufsorientierung. Damit wird sichergestellt, dass alle Hauptschüler:innen bei der Suche nach Anschlussperspektiven unterstützt werden. Dies wollen wir fortführen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass es auch im Rahmen der Realschulbildung entsprechende Begleitmaßnahmen gibt und werden hier kommunale Initiativen entwickeln, damit auch diese Klassen vertiefte Angebote der Berufsorientierung erhalten und Unterstützung bei der Entwicklung von Anschlussperspektiven erhalten können.
- Zur Koordination der einzelnen schulischen und außerschulischen Angebote ist beim Schulträger eine Koordinierungsstelle Jugend und Beruf angesiedelt. Alle

Aktivitäten sind in das Netzwerk OLoV (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf) eingebunden. Dies wollen wir fortführen.

- Das Projekt „Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Schule und Beruf“, das Jugendliche in Ausbildung unterstützt, wollen wir fortsetzen.
- Im Rahmen der Bildungsberichterstattung soll der Bereich Schule – Beruf einen besonderen Stellenwert erhalten und die Übergänge sollen nach ausgewählten Indikatoren untersucht werden.
- Die Kooperation mit arbeits- und ausbildungsmarktrelevanten Akteuren in der Stadt ist von besonderer Bedeutung. Deshalb soll der regelmäßige Austausch zwischen Kommune, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und weiteren Akteuren institutionalisiert werden.
- Wir streben die engere Kooperation mit einschlägigen Fachzusammenhängen der Justus-Liebig-Universität an, mit dem Ziel, die Ergebnisse der Forschung besser zu nutzen, kommunale Initiativen zu evaluieren sowie Studierenden Felderfahrungen zu ermöglichen.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Angebote der Berufsorientierung und –beratung auch Jugendlichen ermöglicht werden, die studienqualifizierende Abschlüsse anstreben. Dies gilt sowohl für akademische Berufe als auch für Ausbildungsberufe, die mit Fachoberschulabschluss oder Abitur angestrebt werden.
- Unterstützend wirken könnte ein durch die Kommune initiiertes Netzwerk als „Wissensnetz Berufseinstieg“ aus Menschen mit langjähriger Berufserfahrung (ehrenamtlich) und Menschen mit pädagogischer Expertise (hauptamtlich), das jungen Menschen dabei helfen kann, ihre eigenen Erwartungen und Interessen mit beruflichen Anforderungen und Karrieremöglichkeiten übereinzubringen. Dabei können die erfahrenen Berufler:innen Jugendlichen zur Seite stehen, den Orientierungs- und Bewerbungsprozess in den letzten zwei Schuljahren sowie den Einstieg in den Beruf oder das Studium begleiten und mit ihnen reflektieren. Firmen und weitere Institutionen sollen an diesem Netz beteiligt sein, um sowohl Praktikumsplätze als auch Wissen über berufsbezogene Karrieremöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Chancen der Digitalisierung nutzen und Risiken erkennen

Der Begriff Digitalisierung bildet tiefgreifende Veränderungen unter anderem in den Bereichen Technik, Wirtschaft, Medien, Politik und Bildungswesen ab. Ziel unserer Bildungseinrichtungen ist, dass Menschen diese Veränderungen für sich erkennen, gestalten und nutzen können.

Dem Erwerb von digitalen Kompetenzen in der Schule kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Dabei geht es immer sowohl um Zusammenhangswissen, Anwendungs- und Gestaltungskompetenzen als auch um die Fähigkeit, digitale Prozesse zu analysieren und zu hinterfragen.

Die Universitätsstadt Gießen ist als Schulträger gefordert, die baulichen, technischen und sächlichen Voraussetzungen für Schulen (IT-Infrastruktur, Server, Hard- und Software sowie Präsentationstechnik u.a.) zur Verfügung zu stellen, die Finanzierung und Beschaffung von Lernmitteln (bspw. Tablets oder mobile Endgeräte, die Schüler:innen zur Verfügung gestellt werden), Ausstattung für Lehrkräfte und Fort- und Weiterbildung sowie die Befassung mit curricularen Fragen ist Aufgabe des Landes.

Der Prozess der digitalen Ausstattung der Schulen erfolgt in der Universitätsstadt Gießen systematisch und mit umfassender Beteiligung der Schulen. Es existiert ein beschlossener Medienentwicklungsplan, der im Rahmen des Digitalpaktes von Bund, Land und Kommunen umgesetzt wird. Darüber hinaus werden weitere Förderprogramme genutzt.

Dabei geht es um

- die Anbindung aller Schulen an das Glasfasernetz;
- die flächendeckende Installation der IT-Infrastruktur;
- die Verfügbarkeit von Servern einschließlich der einschlägigen Kommunikationsplattformen und Kommunikationsverbindungen an allen Schulen,
- die Ausstattung aller Unterrichtsbereiche mit digitalen Medien.

Wir wollen, dass

- die Umsetzung dieser Maßnahmen zügig erfolgt;
- Schulen bei allen Entscheidungen umfassend beteiligt sind;
- weitere Personalstellen für IT-Support beim Schulträger geschaffen werden, denn Einrichten, Warten und Administrieren erfordern entsprechende Ressourcen;
- alle Beteiligten geeignete Bedingungen erhalten, um ihre Medienkompetenz zu stärken;
- Kinder und Jugendliche in der Schule oder im Stadtteil Orte für digitales Lernen außerhalb von Unterricht nutzen können, insbesondere auch dann, wenn die notwendigen technischen Voraussetzungen im häuslichen Umfeld nicht vorhanden sind.

Die Universitätsstadt Gießen trägt gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und dem Staatlichen Schulamt Gießen/Vogelsberg Verantwortung für das regionale Medienzentrum, dies wollen wir weiter stärken, damit es wachsenden Aufgaben im unten genannten Sinne gerecht werden kann.

- In regionalen Medienzentren entwickeln Lehrkräfte ihre (fächer-)spezifische Medienkompetenz weiter.
- Dort können Netzwerke organisiert und am Laufen gehalten werden, in denen sich professionelle und ehrenamtlichen Akteure zur eigenen Kompetenzentwicklung, zur Konzeptentwicklung, zum Wissensaustausch und für kooperative Formate zusammenfinden. In Kompetenznetzwerken lassen sich unterschiedliche Akteure aus Schule, Kultur, Erwachsenenbildung, Vereinen, Fördereinrichtungen zusammenbringen.
- Das regionale Medienzentrum bietet den Ort dafür, dass Medienpädagog:innen regelmäßige Workshops, Events (Hackerthons, Thementage, Wettbewerbe etc.) und andere Austauschformate für unterschiedliche Zielgruppen organisieren können. Dabei soll auf heterogene Zusammensetzungen geachtet werden, Erfahrungen und Wissen können alle Altersgruppen einbringen.
- Das regionale Medienzentrum soll Partner für die Jugendarbeit sein. Dort können Konzepte zur Förderung der Medienkompetenz in der außerschulischen Jugend(bildungs)arbeit entwickelt bzw. adaptiert werden.
- Schulische und außerschulische Lernorte, die niedrigschwellig zugänglich sind, (z.B. Makerspace) sollen durch die regionalen Medienzentren begleitet werden.

Berufliche Bildung als Instrument der Fachkräftesicherung

Investitionen in Berufliche Schulen sind Investitionen in Bildung, sie sind aber immer auch ein Beitrag zu Wirtschaftsförderung und Standortpolitik und zu einem starken Ausbildungsstandort. Eine qualifizierte berufliche Erstausbildung ist unabdingbare Voraussetzung für eine kontinuierliche und Existenz sichernde Erwerbsbiografie.

Investitionen in Berufliche Schulen sind also in hohem Maße bedeutsam für die Sicherung von Fachkräften in der Region und damit für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsraumes.

Heute bestimmt Arbeit 4.0 den Handlungsbedarf für alle Beruflichen Schulen, es geht um eine geeignete digitale Infrastruktur, um neue Lernumgebungen und einen hohen technischen Ausstattungsbedarf. Hier geht es nicht nur um Glasfaseranschluss, WLAN, Präsentationstechniken und mobile Endgeräte. Es geht z.B. im KFZ-Bereich um Themen wie autonomes Fahren oder Elektromobilität, im Baubereich um verschiedenste Gebäudetechnologien (Heizung, Klima, Gebäudeschutz etc.), die über Smart Home vernetzt werden oder in den Holz- und Metall- verarbeitenden Berufen um komplexe über CAM-Programme angesteuerte Fertigungsmaschinen und in den kaufmännischen Berufen um komplexe Prozessketten in virtuellen Firmen, z.B. um Simulationen über Warenwirtschaftssysteme.

Dazu braucht es geeignete Labore, multifunktionale Werkstätten und flexible Lernumgebungen, die auszustatten sind. Angesichts der digitalen Transformation stellen sich sehr grundsätzliche Fragen nach zukunftssträchtigen Konzepten und der zukünftigen Ausrichtung der Beruflichen Bildung, und dies muss sich dann auch niederschlagen in veränderten Lernumgebungen, in denen sich 4.0-Prozesse abbilden lassen und die dem Anspruch gerecht werden, dass zukünftige Fachkräfte in Industrie und Handwerk in hohem Maße selbständig, kreativ und flexibel arbeiten müssen. Internationalität, Diversität und Digitalisierung sind heute Schwerpunkte in allen Berufsfeldern.

Den Schulträger sehen wir in der Pflicht, die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklungen sicherzustellen, Veränderungen im regionalen Berufs- und Ausbildungsbereich frühzeitig bei der Fortschreibung der Schulentwicklungspläne zu berücksichtigen, sich in der Region entsprechend zu verständigen und neue Kooperationsbeziehungen zu initiieren. Die Stärkung der beruflichen Schulen sichert Ausbildungsplätze in der Region und stärkt die regionale Wirtschaft, ermöglicht Schülerinnen und Schülern im Rahmen der beruflichen Vollzeitschulformen den Erwerb von berufs- und studien-qualifizierenden Abschlüssen entsprechend ihrer berufsbezogenen Interessen und bietet Jugendlichen in der Phase der Berufsvorbereitung geeignete Bildungsgänge sowie zugewanderten Jugendlichen bedarfsgerechte Bildungsangebote.

Die SPD wird im Bereich der beruflichen Schulen auch zukünftig

- (und hoffentlich unterstützt durch weitere Sonderprogramme des Landes) die Modernisierung und Innovationsfähigkeit der Schulen durch eine entsprechende Ausstattung sicherstellen;
- die Finanzierung weiterer Maßnahmen zur Schulbausanierung und zum Neubau sicherstellen;
- die Bildungsgänge der Vollzeitschulformen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sichern.

Auch wenn inzwischen in vielen Bereichen wieder ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, bedarf es weiterer Anstrengungen, um alle Jugendliche in eine Ausbildung zu vermitteln.

Dieser Entwicklung will die SPD auch zukünftig Rechnung tragen

- durch die organisatorische und finanzielle Förderung von produktions- und projektorientiertem Lernen;
- durch die weitere Förderung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen;
- durch die weitere Förderung der Produktionsschule.

Sanierung der Schulen konsequent fortsetzen und ausweiten

Die Sanierung der Gießener Schulen hat für uns eine hohe Priorität. Dabei geht es um die Sicherung der Bausubstanz, um energetische Sanierung, um die brandschutztechnische Ertüchtigung, aber es geht immer auch um die Anpassung der räumlichen Bedingungen an veränderte pädagogische Konzepte, veränderte Anforderungen an Schule und Unterricht und veränderte Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Der Raum als dritter Pädagoge ist für uns eine wichtige Bedingung für Schulentwicklung und die Qualität von Schulen.

Deshalb geht es bei der Sanierung und dem Bau von Schulen in besonderer Weise darum, dass die Projekte in enger Abstimmung zwischen den Fachabteilungen der Kommune, den Architekt:innen und Fachplaner:innen und den Gremien der Schule erfolgen. Die Beteiligung der Schulgemeinden in allen Bauvorhaben wurde in der Vergangenheit gewährleistet und soll auch zukünftig sichergestellt werden.

Wir wollen die Investitionen in die Sanierung und den Bau von Schulen in der nächsten Legislaturperiode deutlich erhöhen und setzen uns dafür ein, dass in einem Investitionsprogramm der Kommune jährlich 15 Millionen für Schulbau zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wollen wir Investitionsprogramme des Bundes und des Landes offensiv nutzen.

Beteiligung der Eltern- und Schülervvertretungen

Eltern- und Schülervvertretungen sind für die Entwicklung von Schulen wichtige Beteiligungsgremien, mit denen in der Vergangenheit eine intensive Kommunikation zwischen Schulträger und den Gliederungen auf Stadtebene stattgefunden hat. Die Vorhaben von Stadtelternbeirat und –schulerrat werden wir auch zukünftig finanziell fördern und organisatorisch unterstützen.

Musikschule

Die Einrichtung und Sicherung der Kommunalen Musikschule sind Erfolge sozialdemokratischer Politik. Das Angebot der kommunalen Musikschule gewährleistet ein kontinuierliches Angebot musikalischer Breitenbildung für alle Gießener:innen zu verträglichen Gebühren.

Die Musikschule ist Kooperationspartnerin für schulische und außerschulische Aktivitäten aller Art. In den vergangenen fünf Jahren konnten durch die Schaffung weiterer Stellen wichtige Bereiche wie etwa die musikalische Früherziehung gestärkt werden. Wir werden in den kommenden fünf Jahren das Angebot der Musikschule sichern und die Arbeit der Musikschule und der Lehrenden qualitativ und quantitativ verbessern. Wir wollen auch zukünftig weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnissen für unterrichtende Dozent:innen der Musikschule schaffen.

Schulentwicklungsprojekte

Neue gesellschaftliche Herausforderungen finden ihren Niederschlag immer auch im Bildungssystem und in den Schulen. Von daher werden die Diskussionen um Klimawandel und Nachhaltigkeit in den Schulen und von Schüler:innen engagiert und intensiv geführt.

Dies wollen wir unterstützen, indem wir ein Schulentwicklungsprogramm zu den Themen des Klimawandels und der Klimaneutralität auf den Weg bringen, das potenziell allen Schulen offensteht und Schulen nach Bewerbung mit Mitteln ausstattet, die ihnen die Umsetzung von projekt- und handlungsorientierten Projekten in allen Lernbereichen ermöglicht.

Weiterbildungsgerecht - Bildung als lebensbegleitender Prozess – Sicherung einer eigenständigen kommunalen Volkshochschule

Der Volkshochschule der Universitätsstadt Gießen kommt im Bereich der Fort- und Weiterbildung eine sehr bedeutsame Rolle zu. In den letzten fünf Jahren haben wir die Volkshochschule personell gestärkt. Die Kooperation zwischen den Volkshochschulen der Universitätsstadt Gießen und des Landkreises Gießen haben wir gemäß Kooperationsvertrag weiterentwickelt, sodass die jeweiligen Profile gestärkt wurden, abgestimmte Veranstaltungsangebote vorgehalten und auch gemeinsame Vorhaben durchgeführt werden.

Wir haben insbesondere die Angebote im Bereich Deutsch als Zweitsprache gestärkt. Die Volkshochschule übernimmt damit einen wichtigen Beitrag zur Integration neuer Gießener:innen.

Wir wollen dafür sorgen,

- dass die Volkshochschule der Universitätsstadt Gießen auch zukünftig eigenständig bleibt und für unterschiedliche Zielgruppen ein ganzheitliches und qualitativ hochwertiges Angebot vorhalten kann;
- dass gerade auch zugewanderte Personen das umfangreiche Angebot der Volkshochschule über das Sprachenlernen hinaus nutzen;
- dass digitales Lernen, online-Formate, interaktive Lernplattformen und ein Mix aus Präsenz- und online-Angeboten verstärkt in das Programm aufgenommen werden, die technischen Möglichkeiten vorhanden sind und Fort- und Weiterbildungsangebote für Dozent:innen zur Verfügung stehen;
- dass die Arbeitsbedingungen für die Dozent:innen verbessert werden;
- dass die Volkshochschule bedeutsamer Partner für Diskussionen und Debatten von aktuellen (stadt)politischen Themen sein kann und ein Forum für Beteiligung darstellt.

Kulturgerecht - Gießen als kulturelles Zentrum

Kultur ist Lebensmittel

Wir sehen Kunst und Kultur nicht als Sahnehäubchen auf dem Kuchen, sondern als Hefe im Teig. Für uns ist Kultur kein Luxus für Wenige, sondern Basis für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft. Kulturpolitik muss unserer Ansicht nach, gesellschaftspolitisch begründet, von klaren Prinzipien getragen sein: Teilhabegerechtigkeit, Inklusion, Vielfalt und Subsidiarität.

Insbesondere die Corona- bedingten Krisenzeiten haben verstärkt deutlich und fühlbar gemacht, welchen essentiellen Beitrag die Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet und wie schmerzlich sie im gesellschaftlichen Leben für die Produzent:innen und die Rezipient:innen fehlt.

Wir sehen Kunst und Kultur als wichtigen Impulsgeber für die Stadtentwicklung im Sinne einer gelingenden humanen Stadtgesellschaft und hoffen auf ihren Beitrag zur interkulturellen Orientierung, die Gießen aufgrund seiner speziellen Struktur in besonderem Maße auszeichnet.

Wir sehen Kunst und Kultur ebenso als Wirtschaftsfaktor, Standortfaktor und Bildungsfundament – Gießen als Stadt der Schulen und Hochschulen, der vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft in allen Bereichen ist im besonderen Maße aufgerufen, hier einen politischen Schwerpunkt zu setzen.

In Gießen ist und bleibt die Förderung der Kultur eine öffentliche Aufgabe, Kulturförderung verstehen wir als Zukunftsinvestition.

Unser Ziel ist, dass Gießen als kulturelles (Ober-)Zentrum in der Region auch weiterhin gesichert und weiterentwickelt wird, die Vielfalt und Vielzahl der kulturellen Initiativen, Projekte, Institutionen und Formate und das differenzierte Angebot auch zukünftig bestehen und die kommunalen Aktivitäten und Förderungen ausgebaut werden.

Unsere Kulturpolitik schafft und erhält daher insbesondere alle Aktivitäten im Bereich von Kunst und Kultur, die sich diesen Prinzipien verpflichtet fühlen und auf diesem Fundament auch die Freiheit der Kunst garantieren. Nur ein konstruktives Zusammenwirken der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure kann die pluralistische Gesellschaft mitgestalten.

Kulturpolitik braucht Struktur und Raum

Kultur braucht Institutionen ebenso wie freie Formen für die Vielfalt an Projekten, Initiativen und Einrichtungen und Kultur braucht Räume.

Wir schaffen, pflegen, unterstützen und erhalten Strukturen und Räume für Kunst und Kultur.

Gießen ist in diesem Bereich - für eine Stadt dieser Größenordnung – recht gut versorgt: Dreispartentheater mit Studiobühne(taT), Kulturrathaus mit Kunsthalle, Hermann-Levi-Konzertsaal und Stadtbibliothek, Altem Schloss, KIZ (Kultur im Zentrum), LZG (Literaturzentrum Gießen), Mathematikum, Liebig-Museum, Kunstkiosk, ZiBB (Zentrum für interkulturelle Bildung und Begegnung), Frauenkulturzentrum, Oberhessischem Museum, Schulen, Hochschulen, Schiffenberg, KIG, MUK (Musik und Kultur), Gießkannenmuseum, Tinko-Theater, Kellertheater, Alte Kupferschmiede, vielfältige Stadträume – überall finden Begegnungen zwischen „Kulturakteuren“ und Stadtgesellschaft statt.

Wir haben

- ein Stadttheater - das Theater für die gesamte Region Mittelhessen, das ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Identität von Stadt und der Region ist und dessen Finanzierung durch die Stadt Gießen, den Landkreis und dem Land Hessen auf der Grundlage des Theatervertrags verlässlich gesichert ist und bleiben soll,
- das Museum und die Kunsthalle personell und strukturell gestärkt und die Kunsthalle und andere Ausstellungsbereiche regional und national verankert,
- die Kreativwirtschaft durch die Einrichtung und Unterstützung der „Urbanautik“ nachhaltig gefördert, das Projekt Prototyp der raumstation e.G. als Blaupause eines Kulturgewerbehofs unterstützt und eine Machbarkeitsstudie „Nachnutzung der Alten Feuerwache“ für einen Kulturgewerbehof in Auftrag gegeben,
- erfolgreiche Off – Kunsträume durch Zuschüsse, Verträge wie auch durch vielfältige Kooperationen gefördert,
- neue Angebote von „Kunst im öffentlichen Raum“ unterstützt,
- ein neues Depot für das Museum geschaffen, um Sammlungen und Objekte adäquat unterzubringen und zu sichern.

Wir werden

- das Stadttheater mit seinen drei Sparten weiter – gemäß Theatervertrag – sichern und nicht nur als künstlerische Produktionsstätte mit Bildungs- und Innovationsauftrag, sondern auch als Ort des Diskurses der Stadtgesellschaft, als Theater für die Stadt und mit der Stadt verstehen,
- für die Umnutzung der Alten Feuerwache als Kulturgewerbehof und damit als Wirkungsstätte für die vielfältige Szene von Künstler:innen, Kreativunternehmen und Akteuren im Bereich der social entrepreneurship die nächsten Schritte einleiten, die ein Nutzungskonzept, ein Raumprogramm, die Wirtschaftlichkeit sowie mögliche Trägermodelle auf Umsetzbarkeit untersuchen. Wir werden ein solches Zentrum, das durch seine Mischung aus kreativen, unternehmerischen und sozialen Ansätzen wesentliche Impulse für die Stadtentwicklung leistet und das kreative Potenzial mobilisieren kann, unterstützen und die raumstation3539e.G. als wesentlichen Akteur mit einbeziehen,
- die Urbanautik mit dem Leerstandsmanagement weiter unterstützen,
- weiterhin Partner, Ermöglicher und Berater für Kultur-Akteure sein, die Präsentationsmöglichkeiten und/oder Räume suchen, unterstützen bei der Raumsuche für – die für unsere junge Stadt wichtigen - Ausgeh-, Musik- und Clubkultur,
- weitere Maßnahmen aus dem Kulturentwicklungsplan in einem partizipativen Prozess regelmäßig überprüfen und umsetzen.

Kultur braucht unterschiedliche Veranstaltungsformate

In den letzten Jahren hat sich in Gießen ein sehr breites Angebot an Events, Festivals, Reihen oder Projekten entwickelt, das sowohl von seiner Vielfalt, von seinen jeweiligen Trägerschaften als auch von seinen Zielgruppen her unterschiedlichen Bedürfnissen einer hoch differenzierten Stadtgesellschaft entspricht und mit seiner profilbildenden Rolle in die Region und darüber hinaus ausstrahlt.

Wir haben

- sowohl traditionelle Formen der Kunst (z.B. Theater, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Kultursommer Mittelhessen) in Produktion und Präsentation gefördert, als auch innovative oder experimentelle Formate und neue Akteure (z.B. Musik im Pausenraum, Diskurs-Festival, Seriale, O-tone-Konzerte, Alte Kupferschmiede) initiiert, gefördert oder beraten,
- Veranstaltungsreihen der Stadt zum Teil konzeptionell überarbeitet.

Wir werden

- weiterhin an der Verstetigung und Sicherung einer breiten und qualitätvollen Angebotsstruktur arbeiten,
- die bestehenden Formate stets überprüfen und ggf. verbessern und offen sein für neue Ideen und Projekte,
- im Bereich der Koordination unsere Anstrengungen verstärken,
- beim Gießener Stadtfest, dem festen Bestandteil des städtischen Kulturlebens, Musik-, Performance- und Theaterdarbietungen noch stärker in den Vordergrund rücken und uns dafür einsetzen, dass das musikalische Angebot abends länger ermöglicht wird,
- das „Stadt-ohne-Meer-Festival“ in Kooperation mit OK KID zu einem Festival für Engagement weiterentwickeln.

Kultur ist Bildungssenz

Ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik liegt in der Pflege, dem Ausbau und der Initiierung von Angeboten der Kunst- und Kulturvermittlung.

Wir haben

- einen Förderschwerpunkt gelegt auf Projekte, die sich am Kulturverständnis der jüngeren Generation orientieren oder den kulturellen/künstlerischen Nachwuchs unterstützen,
- den Musikalischen Sommer auf dem Schiffenberg in diesem Sinne neugestaltet und für den Nachwuchs geöffnet,
- die Verbesserung der Kunstvermittlung insgesamt in Angriff genommen z.B. durch den Ausbau des „Museum“ im „Alten Schloss“,
- Ausstellungs- und Präsentationsmöglichkeiten für „junge“ Produktionen im musikalischen, literarischen und bildnerischen Bereich bereitgestellt,
- die Stadtbibliothek im Kulturrathaus zu einem kulturellen Zentrum Gießens entwickelt, und die Zusammenarbeit von Stadtbibliothek und Schulen fortgesetzt,
- einen „Leseführerschein“ und einen „Museums-Führerschein“ für Grundschulkinder eingerichtet,
- wir haben darüber hinaus neue Vermittlungsformate in Kunsthalle (z.B. „Kunst und Demenz“) und Museum (z.B. „Hereinspaziert“) entwickelt.

Wir werden

- die Kooperation des Oberhessischen Museums und der Kunsthalle mit Schulen und die Vermittlungsformate in den städtischen Einrichtungen ausbauen,
- weiterhin Angebote der Kunstvermittlung fördern, die sich der Heranführung an Kunst, insbesondere des jungen Publikums, widmen,

- die Kooperation zwischen Stadt und Hochschulen ausbauen im Sinne einer „Stadt als Campus“.

Kultur braucht Dialog

Wir setzen auf kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Kulturpolitik im Dialog mit allen Beteiligten.

Wir haben

- die Zusammenarbeit mit den vielfältigen Kulturvereinen ausgebaut und durch Verträge mit einzelnen Vereinen Planungssicherheit gewährleistet,
- das Kulturforum institutionalisiert, das in regelmäßigen Abständen (halbjährlich) den Dialog von Repräsentanten der Stadtpolitik und der Kulturverwaltung mit Akteuren im Bereich der Kultur ermöglicht,
- partizipative Formate insbesondere im Museum einbezogen (z.B. Das kleine Filmbüro) und Ausstellungen mit Partnern in der Stadt (z.B. 3Steps) entwickelt,
- die Hochschulen stärker als Partner im kulturellen Bereich auf vielfältigen Ebenen eingebunden.

Wir werden

- kulturelle Themen zunehmend mit breiter öffentlicher Beteiligung in Angriff nehmen,
- verstärkt die fachkundige Bürgerschaft in Projekte und Aktionsfelder wie Museum, Schule und Museum, Kunst im öffentlichen Raum, Erinnerungskultur u.a.m. einbeziehen,
- für Gießen das Projekt „Nachtbürgermeister“ prüfen, das in anderen Städten bereits erfolgreich umgesetzt wurde und darauf abzielt, in der Stadt Impulse für neue Projekte im Nachtleben zu geben und dafür zu sorgen, dass sich alle wichtigen Akteure berücksichtigt fühlen: Kulturschaffende, Anwohner, Sicherheits- und Ordnungskräfte wie die Polizei, der öffentliche Nahverkehr sowie Stadt und Stadtverwaltung.

Kultur braucht Förderung

In Gießen ist es Tradition, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Kultur auch selbst in die Hand nehmen. Wir brauchen das bürgerschaftliche Engagement wie auch die privaten Sponsoren, ohne die die Vielfalt der Kulturarbeit nicht möglich wäre – auch wenn dies nicht Ersatz für öffentliche Förderung sein kann.

Wir haben

- viele private Initiativen, die sich mit Ideen und finanziell einbringen,
- eine neue Förderrichtlinie auf den Weg gebracht, die flexibles und transparentes Fördern ermöglicht, die Beratung ausgeweitet (z.B. Förderfibel) und die Einwerbung von Fördermitteln deutlich ausgeweitet.

Wir werden

- die Mitarbeit der Ehrenamtlichen ausbauen,
- die Vielfalt des Gießener Kulturlebens stärker sichtbar machen (z.B. durch einen Kulturatlas),
- Kultur – Einrichtungen und Künstler:innen – auch in den kommenden schwierigen Zeiten mit und nach Corona als gemeinschafts- und identitätsstiftend fördern,

- weiterhin an der Einwerbung von Fördermitteln aus Stiftungen, Fonds etc. arbeiten und Akteure bei der Mittelakquise intensiv beraten.

Kultur braucht Identität, Integration und Teilhabe

Wir halten es für unabdingbar, dass kulturelle Angebote für alle Menschen zugänglich sind.

Wir haben

- durch die Einrichtung des Gießen-Passes und die Förderung der Kulturloge die Teilhabe aller sozialer Schichten am kulturellen Leben der Stadt ermöglicht,
- freie Eintritte in Museen, Kunsthalle, dem Musikalischen Sommer auf dem Schiffenberg und bei anderen städtischen Veranstaltungen beibehalten,
- das Projekt „hochdrei“ der Kulturstiftung des Bundes zur Erschließung eines neuen Lesepublikums begonnen,
- ein Multiplikatorentreffen für das Programm „Kultur macht stark“ organisiert
- soziokulturelle Projekte wie die Werkstattkirche unterstützt.

Wir werden

- diese Angebote weiter aufrechterhalten und wo möglich ausbauen und damit einen niedrighschwelligigen Zugang erhalten,
- gemeinsam mit dem Land und interessierten Bürger:innen das ehemalige Notaufnahmelager als Lern- und Gedenkort entwickeln,
- auch weiterhin die Liebiggesellschaft in ihrem Engagement für die Anerkennung des Liebigmuseums als Weltkulturerbe unterstützen.

Teilhabe hat für uns aber auch eine inhaltliche Komponente. Kulturpolitik in einer multikulturellen Stadtgesellschaft erfordert neue Schwerpunktsetzungen, die die Grenzen der kulturellen Parallelgesellschaften durchbrechen. Große Themenbereiche sind etwa „Urbane Prozesse“, „Flucht – Vertreibung – Migration“ oder „Wege der Inklusion“. Alle alteingesessenen und neuen Gruppen der Stadtgesellschaft sollen an der Ausprägung unserer kulturellen Identität teilhaben, sowohl das „kulturelle Gedächtnis“ der Stadt betreffend als auch dessen Fortschreibung in die Zukunft.

Wir haben

- Projekte und Ausstellungen angestoßen und gefördert, die u.a. die Migrationsbewegungen der letzten 60 Jahre zum Gegenstand hatten (z.B. Notaufnahmelager, Mauerdenkmal, Ausstellung „Zuhause Hier und Dort“, Portraitfotos von Frauen aus Gießen mit ausländischer Herkunft)) und die kulturelle Vielfalt unserer Stadt spiegeln,
- Den „Tag der Kulturen“ als Teil des Stadtfestes etabliert.

Wir werden

- zunehmend partizipative Projekte sowie inter- und transkulturelle Projekte in unserer Stadt anstoßen,
- die Initiative für ein Psychiatriemuseum unterstützen,
- den partizipativen Ansatz des Stadtlabors weiterführen.

Kultur braucht Geschichte und Erinnerung

Wir sehen historische Kenntnisse als unverzichtbare Basis an, um eine stadtgesellschaftliche Entwicklung und Zukunft gestalten zu können.

Wir fördern die Aufarbeitung der Gießener Vergangenheit in Ausstellungen, Publikationen und Gedenkstrukturen als bedeutenden Teil unserer städtischen Identität. Wir kümmern uns um Baudenkmäler. Wir haben die Neukonzeption des Oberhessischen Museums mit seiner Sammlervielfalt und überregionalen Bedeutung initiiert, begleiten sie und stehen dafür, dass diese identitätsstiftenden Einrichtungen die Geschichte der Stadt und all ihrer Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bewahren, widerspiegeln und den Bezug zur Gegenwart herstellen.

Wir haben

- die historische Bahnhofstreppe erhalten und einen Investor beim Erhalt und der Sanierung der Alten Post unterstützt,
- die Basilika auf dem Schiffenberg saniert,
- vielfältige Publikationen und Ausstellungen zur Gießener Geschichte angestoßen oder gefördert,
- einen Denkmalpreis ausgelobt, der Privatinitiativen zur Erhaltung des historischen Stadtbildes würdigen soll,
- eine umfassende Neukonzeption des Oberhessischen Museums in Angriff genommen und Mittel dafür bereitgestellt; dazu haben wir – nach einem partizipativen Stadtlaborprozess - eine Machbarkeitsstudie zur Gestaltung der Dauerausstellung in Auftrag gegeben; ebenso für die bauliche Sanierung der beiden Häuser Leib´isches und Wallenfels´isches Haus.

Wir werden

- den Gestaltungsauftrag der Neukonzeption der Dauerausstellung zügig umsetzen, um das Oberhessische Museum zu einem zeitgemäßen und offenen Ort zu entwickeln, der nicht nur die Auseinandersetzung mit Geschichte, sondern auch die Öffnung für aktuelle Diskurse der Stadtgesellschaft zu seinem Selbstverständnis zählt; mit der baulichen Sanierung werden wir Barrierefreiheit herstellen und die zeitgemäßen Präsentations- und Vermittlungsformen der Sammlungen ermöglichen,
- uns dafür einsetzen, dass durch Mittelbereitstellung die Sanierung und Neukonzeptionierung im Alten Schloss fortgesetzt werden kann,
- gemeinsam mit dem Land, Expert:innen und interessierten Bürger:innen das ehemalige Notaufnahmelager aufgrund seiner historischen und erinnerungskulturellen Bedeutung für unsere Stadt und weit darüber hinaus als Lern- und Gedenkort entwickeln,
- den Schiffenberg als wichtigen Bestandteil der Gießener Identität unter Bürgerbeteiligung weiterentwickeln,
- das Stadtarchiv als Serviceeinrichtung und stadtgeschichtliches Kompetenzzentrum festigen,
- uns mit unserer Erinnerungskultur und ihren Orten und Formaten weiter auseinandersetzen und dabei auch die „Gießener Köpfe“ mit einbeziehen,
- die Geschichte des Manischen erforschen und ins Bewusstsein rufen,
- einen Beirat ins Leben rufen, der sich aus Vertreter:innen der Politik, Expert:innen und Akteur:innen der Stadtgesellschaft zusammensetzt, und der breit angelegte Dialoge zu erinnerungskulturellen Themen anstoßen soll.

Kulturelle Erfahrungen für Kinder und Jugendliche

Die Universitätsstadt Gießen bietet zahlreiche Projekte der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche, sowohl schulisch als auch außerschulisch etwa über die kommunale Jugendförderung, das Stadttheater, freie Theatergruppen oder das ZIBB. Im Gegensatz zu anderen Segmenten der Kulturarbeit besteht hier relativ wenig Austausch und Vernetzung. Vor dem Hintergrund, dass kulturelle Erfahrungen für eine ganzheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine hohe Bedeutung haben und die Teilhabe an kulturellen Erfahrungen stark durch die soziale Lage von Familien geprägt ist, kommt der kommunalen Initiative in diesem Bereich eine bedeutsame Rolle zu, nicht zuletzt im Hinblick auf die Schaffung von gleichen Bildungschancen. Deshalb wird die Gießener SPD in der nächsten Legislaturperiode für eine Stärkung dieses Bereichs sorgen.

Das bedeutet:

- wir wollen Strukturen der Koordination und Vernetzung schaffen;
- wir wollen die Angebote für Kinder und Jugendliche deutlich ausweiten;
- wir wollen die Förderprogramme des Landes und des Bundes wie etwa Kulturkoffer und „Kultur macht stark“ durch ein in der Stadt abgestimmtes Vorgehen intensiv nutzen und dafür Sorge tragen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche, die bislang keinen Zugang zu kulturellen Aktivitäten haben, an diesen Angeboten teilhaben können;
- wir wollen die einschlägigen Institutionen wie Stadttheater, Kommunale Musikschule, Museen, Kunsthalle und Stadtbibliothek bei den Vorhaben, die sich an Kinder und Jugendliche richten, nachhaltig unterstützen;
- wir wollen dazu beitragen, dass schulische und außerschulische Projekte stärker miteinander verzahnt werden;
- wir wollen einen für Kinder- und Jugendtheater geeigneten Raum schaffen;
- wir wollen Eltern dabei unterstützen, dass sie die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets auch für die kulturelle Bildung ihrer Kinder nutzen;
- wir wollen in den Kindertagesstätten die musikalische Früherziehung stärken;
- wir werden auch zukünftig Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“ und die damit verbundene Kooperation von Grundschulen und Musikschulen fördern und ausbauen;
- wir halten daran fest, dass am Ende der Grundschulzeit jedes Kind das Stadttheater und das Mathematikum besucht sowie den Bibliotheks- und Museumsführerschein erworben hat;
- darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des Selbsttuns von Kindern und Jugendlichen durch geeignete Projekte im Bereich des Theaters, der Musik, der Bildenden Kunst und des kreativen Gestaltens ausweiten.

Kunst und Kultur bieten die Möglichkeit, die Vielfältigkeit der Welt zu begreifen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendliche Zugang zu verschiedenen Welten erhalten, damit sie wählen können und sich bewusst für das eine oder andere entscheiden können.

Wirtschaftsgerecht - Die SPD steht für nachhaltiges Wirtschaften und zukunftsfähige Arbeit

Gießen hat sich unter sozialdemokratischer Verantwortung zum Wachstumsmotor der Region entwickelt

In den letzten zehn Jahren ist in Gießen nicht nur die Wohnbevölkerung deutlich gewachsen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist von knapp 44.000 im Jahr 2010 auf ca. 50.000 im Jahr 2019 um fast 14% gestiegen. Die Arbeitslosenquote in der Stadt Gießen sank von 11,3% (1. HJ 2010) auf knapp 8 % Ende 2019. Auffällig ist dabei, dass es nach wie vor einen überproportional hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen unter den Erwerbslosen gibt.

In Gießen gibt es in der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen hohen und überdurchschnittlichen Anteil Hochqualifizierter mit Wohn- und Arbeitsort Gießen (über 25%). Gießen ist Hochschulstadt mit der größten Studierendendichte Deutschlands, das Klinikum Gießen - Marburg ist der mit Abstand größte Arbeitgeber in der Stadt, Gießen ist Handelsstadt, aber nahezu 70% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfallen auf die Bereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen und der Unternehmensdienstleistungen. Gießen hat früher als andere Städte den wirtschaftlichen Strukturwandel (Rückgang der Unternehmen im industriellen Bereich, und Abzug der US-Streitkräfte) in vielerlei Hinsicht zu spüren bekommen und ihn zum Teil bereits bewältigt.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung sind nachhaltige Erfolge bei der Konversion der ehemaligen militärischen Flächen in Gießen erzielt worden, bspw. das Europaviertel, die so genannte Automeile, die Umwandlung der Pendleton-Baracks, die Entwicklung der Flächen am alten Flughafen oder aktuell die Entwicklung der Philosophenhöhe mit Wohn- und Gewerbeflächen.

Damit wurden und werden umfassend die Chancen für die Universitätsstadt Gießen genutzt, die durch das Vorhandensein zahlreicher Konversionsflächen nach dem Rückzug von US-Army und Bundeswehr entstanden sind.

Dynamische Entwicklungen zeichnen sich im Technologiepark Leihgesterner Weg bedingt durch die Ansiedlung des Fraunhofer Instituts ab, weitere Ansiedlungen im Europaviertel und am alten Flughafen zeugen ebenfalls von hoher Dynamik und belegen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Gießen. Es ist gelungen, neue Perspektiven für Gießener Unternehmen zu schaffen, aber auch zahlreiche neue Unternehmen für die Stadt zu werben

Gießen ist zudem ein herausragender Standort von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen und bietet als Wirtschafts- und Verwaltungszentrum der Region für eine solche Entwicklung gute Voraussetzungen. Gerade in den letzten Jahren sind eine Vielzahl von Forschungseinrichtungen in der Stadt neu entstanden.

Auch zukünftig kommt der Ansiedlung neuer Unternehmen als auch der Bestandspflege eine wichtige Rolle im Rahmen unserer Wirtschaftsförderungsaktivitäten zu.

Die SPD Gießen steht für ein Gießen mit qualifiziertem Wachstum, das nachhaltig, klimafreundlich und innovativ ist und gleichzeitig faire Arbeitsbedingungen schafft.

Kommunale Politik, die den Herausforderungen der zwanziger Jahre des einundzwanzigsten Jahrhunderts in Gießen und für Gießen gerecht werden will, muss gerade auch die aktuellen

gesellschaftlichen Transformationsprozesse in den Blick nehmen. Wir erleben aktuell Transformationsprozesse in einer Vielzahl von Lebensbereichen. Auf allen Ebenen durchschlagend sein werden sind sicher die Fragen des Klimaschutzes sowie die digitale Transformation.

Daraus folgt zum einen, in allen Entscheidungen dafür Sorge zu tragen, dass der Klimawandel wirkungsvoll bekämpft wird und Klimaneutralität integraler Bewertungsmaßstab für politisches Handeln darstellt. Zum anderen gilt es, Digitalisierung politisch zu gestalten und dafür Sorge zu tragen, dass nicht einzelne Gruppen der Gesellschaft ins Abseits gedrängt werden. Dem gilt es in allen Politikbereichen, aber insbesondere auch in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gerecht zu werden.

Das Jahr 2020 war weltweit durch wirtschaftliche Einbrüche in einzelnen Segmenten und Branchen geprägt. Welche Auswirkungen die Covid-19-Pandemie im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Universitätsstadt Gießen haben wird, lässt sich aktuell noch nicht einschätzen. Sicher wird sich das rasante Wachstum des letzten Jahrzehnts in den kommenden Jahren verlangsamen. Gerade vor diesem Hintergrund erfordert die Bestandspflege der heimischen Wirtschaftsstruktur in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit, gleichzeitig gilt es, durch eine gezielte und systematisch entwickelte Anwerbestrategie vor allem Unternehmen für den Standort Gießen zu interessieren, die nachhaltig wirtschaften, wenig Flächen verbrauchen, Arbeitsplätze in relevantem Umfang schaffen und innovative und zukunftssträchtige Produkte und Dienstleistungen bieten. Das heißt, qualitatives Wachstum, das auf Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und faire Arbeitsbedingungen setzt, muss Handlungsmaxime für die kommunale und regionale Wirtschaftspolitik sein.

Die Gießener SPD wie die SPD insgesamt ist überzeugt davon, dass Arbeit und Umwelt, Ökonomie und Ökologie, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam das Fundament einer zukunftssicheren und mehrheitsfähigen Politik ist. Und zu Recht erwartet eine große Mehrheit der Bevölkerung Antworten dazu, wie Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft so umgestaltet werden können, dass die natürlichen Ressourcen erhalten werden, der Klimawandel bekämpft, das Entstehen von Ängsten vermieden und die Gesellschaft zusammengehalten wird.

Alle Initiativen, Vorhaben und Maßnahmen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik müssen der Erkenntnis Rechnung tragen, dass Strukturwandel einen permanenten Prozess darstellt, der sozialverträglich gestaltet werden kann und muss, und dass lokal und regional vorhandene Kernkompetenzen die Basis jeder Erfolg versprechenden Wirtschaftsentwicklung sind.

Verantwortungsbewusste Kommunalpolitik – und in dieser Tradition steht die SPD - muss zudem das ihr Mögliche tun, um

- bei allen politischen Entscheidungen das Beschäftigungsziel zu berücksichtigen,
- dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen frühzeitig entgegen zu wirken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch aktive Wirtschaftsförderung zu unterstützen,
- die Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterqualifizierung für Arbeitsuchende zu verbessern, sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte zu initiieren und durchzuführen und
- für Frauen und Männer die gleichen Chancen beim Arbeitsmarktzugang zu schaffen, bzw. den Benachteiligten eine besondere Unterstützung zuteilwerden zu lassen.

Ein attraktiver Wirtschafts- und Gewerbestandort braucht eine gute technologische Infrastruktur, er zeichnet sich aber auch aus durch ein gut ausgebautes Angebot im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung, durch qualitativ hochwertige Schulen, durch ein vielfältiges kulturelles Angebot sowie durch ein soziales Miteinander in der Stadt, das durch Toleranz und Teilhabe geprägt ist. Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist es der Gießener SPD ein besonderes Anliegen, gerade auch diese so genannten weichen Standortfaktoren zu stärken.

Die Erschließung ausreichender Gewerbeansiedlungsmöglichkeiten

Mit der Erschließung der Areale „Am alten Flughafen“, „Leihgesterner Weg“, „Katzenfeld“ in der Gießener Weststadt, „Gießener Brauhaus“ u. a. verfügt Gießen über Gewerbeflächen, die für die Ansiedlung von Unternehmen unterschiedlicher Größenordnungen geeignet sind. Aufgrund der begrenzten Flächen, die in der Stadt Gießen vorhanden sind, gilt es auch verstärkt kleinere Flächen – wie etwa das Gailsche Gelände - in den Blick zu nehmen, die bislang untergenutzt oder unterentwickelt sind.

Die Entwicklung der bislang im Regionalplan ausgewiesenen Vorratsfläche für eine Gewerbegebietserweiterung im Stadtteil Lützellinden werden wir nicht mehr verfolgen.

Interkommunale Projekte mit Nachbarkommunen bieten weitere Möglichkeiten, die Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken. Zukünftig wird es verstärkt darauf ankommen, dass Gewerbeansiedlung, Flächen und Siedlungsmanagement sowie Standortmarketing in Strukturen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen. Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bietet hierfür eine gute Grundlage, die es weiter zu nutzen gilt. Gleichzeitig muss sich Gießen seiner besonderen Rolle in der Region bewusst sein und gemeinsam mit den anderen beiden Oberzentren Wetzlar und Marburg kooperieren, um die Bedarfe Mittelhessens gegenüber Land und Bund verstärkt vorbringen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region stärken zu können.

Unser Engagement im Bund der Metropolregion Rhein-Main werden wir konsequent fortsetzen.

Unser Ziel bleibt es auch in Zukunft, ein attraktives Angebot für Neuansiedlungen bereit zu halten und gleichzeitig den heimischen Unternehmen weitere Wachstumsmöglichkeiten zu bieten.

Attraktive Gewerbegebiete für nachhaltiges Wirtschaften erfordern auch Festlegungen für die Bebauung, die den Anforderungen an nachhaltiges Handeln gerecht werden. Bebauungspläne, städtebauliche Verträge und Konzeptvergaben ermöglichen Rahmensetzungen für Energiekonzepte, den Anschluss an Fernwärme, die Nutzung von Photovoltaik bzw. Solarthermie, Gründächer, Regenwassernutzung u. a. Diese Möglichkeiten wollen wir offensiv nutzen und wir sind davon überzeugt, dass nachhaltig wirtschaftende Unternehmen auch Ansiedlungsflächen suchen, die im Sinne von Nachhaltigkeit profiliert sind.

Gewerbesteuerhebesatz stabil halten

Gießen hat mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 420 im Vergleich zu den Umlandgemeinden und den mittelhessischen Städten wie Wetzlar (390) und Marburg (400) einen relativ hohen Satz. Diesen Hebesatz werden wir stabil halten.

Die Förderung des Technologietransfers aus den Hochschulen

Das technologieorientierte Gewerbegebiet „Europaviertel“ und das „Technologie und Innovationszentrum Gießen“ haben den Technologietransfer zwischen Hochschule und

Wirtschaft maßgeblich beeinflusst und gleichzeitig attraktive Ansiedlungsmöglichkeiten für technologieorientierte Unternehmen geschaffen.

In unmittelbarer Nähe zum „Fraunhofer Institut für Molekularbiologie und angewandte Ökologie“ entsteht der neu geplante Technologie- und Gewerbepark „Leihgesterner Weg“. Dieser Standort bietet besonderes Potenzial für Synergien zwischen Universität, Forschungsinstitut und Unternehmen.

Zwischen den Hochschulen, insbesondere der Technischen Hochschule Mittelhessen, und den Stadtwerken Gießen existieren zahlreiche Kooperationsprojekte, die im Bereich von Forschung und Entwicklung angesiedelt sind und innovative und zukunftsfähige Energiekonzepte zum Ziel haben. Beispielhaft zu nennen sind das Projekt Flex-Quartier – hier geht es um Konzept und Realisierung eines hochflexiblen Hybridspeichers mit Sektorkopplung für die energieeffiziente Versorgung des Neubauquartiers „Philosophenhöhe“ – oder das Projekt Kommun:E, das unter anderem das Potenzial von Photovoltaik im Zuge der Transformation kommunaler Energieversorgungs-Infrastrukturen untersucht.

Wir wollen, um derartige Kooperationen zu stärken und auszubauen und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ein Zentrum für angewandte Forschung und Wissenschaft initiieren, durch das Hochschulen, Stadtwerke AG, Unternehmen u.a. Impulse für die Technologieentwicklung in der Region geben.

Wir stehen für eine kommunale Ausbildungs- Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik – damit alle an Erwerbsarbeit teilhaben können.

Hauptziel einer kommunalen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik ist und bleibt die Bekämpfung der nach wie vor hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in Gießen. Die Schaffung von qualitativ hochwertigen zukunftsorientierten und zukunftssicheren Arbeitsplätzen bleibt dabei der wichtigste Ansatz. Daneben geht es auch darum, einfach strukturierte Arbeitsplätze und Arbeitsgelegenheiten für weniger qualifizierte Menschen zu schaffen.

Gleichzeitig gilt es auch, einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Konkret bedeutet dies für kommunales Handeln, dafür Sorge zu tragen, dass in den Schulen alle Schüler:innen ihre Potenziale bestmöglich entfalten können, dass bildungsbenachteiligte Gruppen in besonderer Weise gefördert werden, indem passformige Angebote der Qualifizierung und Nachqualifizierung bestehen und dass Arbeitnehmer:innen im Prozess der digitalen Transformation der Arbeitswelt geeignete Fort- und Weiterbildungsangebote erhalten, um Veränderungen mitgehen zu können.

Deshalb fließen unsere Aktivitäten in ein Gesamtkonzept kommunaler Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik ein, durch das Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen konsequent gefördert und die kommunale Qualifizierungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik weiter ausgebaut wird.

Justus-Liebig-Universität und Technische Hochschule Mittelhessen, die Beruflichen Schulen in Gießen und die Volkshochschulen, aber auch IHK, Gewerkschaften, ZAUG gGmbH sowie andere Träger von Ausbildung und Qualifizierung tragen dazu bei, dass in Gießen ein umfangreiches und vielgestaltiges Angebot vorgehalten wird. Wir wollen dafür sorgen, dass dieses Potenzial weiterentwickelt wird und durch Verzahnung und Vernetzung optimiert werden kann, um den rasanten Veränderungen des Technologie- und Arbeitsweltwandels zukunftsgerecht zu begegnen.

In diesem Sinne ist das Hessen Campus – Konzept ein wichtiger Ansatzpunkt, den wir sichern wollen. Wir wollen die Programme der Europäischen Union, des Landes und des Bundes nutzen, um die Angebote der beruflichen Bildung in Gießen systematisch auszuwerten und auszuweiten.

Wir werden die Beruflichen Schulen in Gießen stärken und weiter ausbauen, denn für einen starken Ausbildungsstandort im dualen System braucht es sowohl die ausgeprägte Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und öffentlichen Arbeitgeber als auch eine gute Ausstattung der Beruflichen Schulen. Hierbei geht es gerade auch darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Ausbildung den Anforderungen der Arbeit 4.0 gerecht wird und digitalisierte Prozesse im Unterricht erfasst und erfahren werden können.

Die Ausbildungsmöglichkeiten in der Stadtverwaltung werden wir auf hohem Niveau weiterführen.

Wir werden die kommunal verantworteten Bildungsträger der außerschulischen Qualifizierung und Weiterbildung wie die ZAUGgGmbH und die Volkshochschule auch zukünftig so ausstatten, dass sie ihrem Auftrag gerecht werden können.

Und wir werden dafür sorgen, dass es in Gießen Grundbildungszentren für digitale Bildung und offene Werkstätten für digitale Produktionen gibt, damit Aneignungen von digitalen Kompetenzen und Erfahrungen barrierefrei möglich sind.

Chancen für langzeitarbeitslose Menschen

Trotz gut Konjunktur- und Arbeitsmarktlage weist die Stadt Gießen nach wie vor eine hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen auf. Damit finden wir uns nicht ab, deshalb gilt auch zukünftig bei der Konzeption der kommunalen Beschäftigungspolitik dieser Gruppe unsere besondere Aufmerksamkeit und wir wollen alle vorhandenen Instrumente der Arbeitsmarktförderung offensiv nutzen, um Langzeitarbeitslosen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Deshalb sorgen wir u. a. dafür, dass das Teilhabechancengesetz in Gießen wirksam umgesetzt wird. Dabei nimmt die Universitätsstadt Gießen und ihre Gesellschaften bei der Zurverfügungstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten eine Vorbildfunktion ein.

Erfolge der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ausbauen

Für weniger Qualifizierte setzen wir sowohl auf die Chancen durch neue gewerbliche Ansiedlungen als auch weiterhin auf die erfolgreiche Arbeit der Träger von Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung wie ZAUG, IJB und Jugendwerkstatt. Wir wollen, dass die Stadt Gießen weiterhin Gesellschafterin der ZAUG gGmbH ist, dass der Gesellschafterzuschuss erhalten bleibt und dass die Stadt die Ausbildungs- und Beschäftigungsträger entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgaben finanziell fördert.

Auftrag hierbei ist die passgenaue und nachhaltige Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt. Besondere Bedeutung haben dabei für uns Angebote der Qualifizierung und Nachqualifizierung, die als Teil der sozialen Stadtentwicklung konzipiert sind. Ziele der integrierten Stadt(teil)entwicklung ist es, mittels gebietsbezogener Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik die soziale Situation der Menschen zu verbessern, ihre Chancen auf soziale Teilhabe zu erhöhen und einer sozialen und räumlichen Polarisierung entgegenzuwirken. Dabei müssen die Ziele der Arbeitsmarktpolitik der Stadt Gießen, Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und sie bei der Integration in das Erwerbsleben zu fördern, auch die besonderen Bedürfnisse der Quartiere berücksichtigen. Die Strategie zu diesem Handlungsfeld soll daher zukünftig sozialraumbezogenen analysiert, geplant und umgesetzt werden.

Grundsätzlich trägt die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung dazu bei, berufliche Übergänge zu erleichtern: von der Schule zur Ausbildung und Beschäftigung, von der Ausbildung in den Beruf, von der Qualifizierung zu einem geeigneten Arbeitsplatz, von der bisherigen Stelle zu einem neuen, passenden Arbeitsplatz. Hier gibt es vielfältige Angebote in unserer Stadt, die wir weiter ausbauen wollen. Erwerbsarbeit spielt eine zentrale Rolle für die Einbindung in gesellschaftliche Strukturen und die eigene Wertschätzung. Und ganz besonders Jugendliche verlieren ihre Lebensperspektiven, wenn es nicht gelingt, den Übergang Schule in Ausbildung und Beruf wirkungsvoll zu organisieren. Deshalb gilt unser besonderes Augenmerk den ausbildungs- und arbeitslosen Jugendlichen in der Stadt Gießen. Jugendliche, die im Jahr 2021 und ggf. auch danach die Schule beenden und in Ausbildung einmünden wollen, sind aufgrund der aktuellen Pandemielage vor besondere Herausforderungen gestellt. Schulische Abschlüsse, Berufsorientierung und -vorbereitung und Praktikumserfahrungen in Betrieben finden unter erschwerten Bedingungen statt, unter Umständen geht die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zurück. Daher wollen wir mit einem „Lokalen Bündnis für Ausbildung“ mit allen an Ausbildung Beteiligten geeignete Vorschläge entwickeln, um allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen eine Anschlussperspektive nach der Schule zu ermöglichen.

Gießen bleibt mit uns die Einkaufstadt der Region, dafür braucht es mehr innovative Konzepte im Einzelhandel und die Stärkung des Einkaufserlebnisses Innenstadt.

Wir halten die seit Jahren bewährte Strategie der Business Improvement Districts (kurz BID) für den Schlüssel des Erfolges am Einzelhandelsstandort Gießen. Gemeinsam mit den BIDs wollen wir den Einzelhandelsstandort stärken. Dabei spielen für das kommende Jahrzehnt Antworten auf den zunehmenden Onlinehandel, die Klimaorientierung des Innenstadtverkehrs, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und innovative Restaurant- und Ladenkonzepte eine dominierende Rolle.

Gießen hat mit dem Einkaufsquartier Seltersweg und den angrenzenden Quartieren eine starke, überregional bedeutende Einkaufslandschaft. Wir halten daran fest, dass die innerstädtischen Einzelhandelsansiedlungen gestärkt und priorisiert werden und im Gegenzug ein weitgehendes Ansiedlungsverbot von Einzelhandelsunternehmen mit Sortimenten des Innenstadthandels in der Stadtperipherie besteht.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich in Gießen Bausteine des online - Handels mit dem stationären Handel verbinden. Längst geht es in der Bedienung der „Kanäle“ nicht mehr um „online gegen offline“, sondern um die intelligente Verknüpfung beider Systeme, dem Multi-Channel-Handel.

Dazu gehören ebenso die Unterstützung und Bewerbung der Online Plattform des lokalen Handels im Rahmen städtischer Möglichkeiten.

Eine attraktive Innenstadt bietet Raum für Fußgänger und Radverkehr, ist gut an den ÖPNV angebunden und bietet Parkflächen am Rand und in Parkhäusern. Hochwertige Aufenthaltsflächen sollen frei von Parken und Parksuchverkehr werden. Wir sind davon überzeugt, dass dies der Einkaufsstadt Gießen nutzen wird und den Einzelhandel stärken kann.

Erste Ideen dazu sind: Dem stetig zunehmenden Lieferverkehr in den Städten wollen wir mit Konzepten für eine neue urbane Logistik begegnen, die zum Ziel haben, auf der so genannten letzten Meile den Transport und die Anlieferung effizienter und umweltschonender zu gestalten, z. B. indem Flächen für Mikro-Depots geschaffen werden und die Anlieferung und Auslieferung von Waren verstärkt mit Lastenfahrrädern und E-Fahrzeugen erfolgt.

Gerade der stationäre Handel braucht attraktive und erlebnisreiche Umgebungen, um wettbewerbsfähig zu sein. Deshalb wollen wir in der Innenstadt die Fußgängerzonen stärken und ausbauen, Grün- und Erholungsflächen durch städtebauliche Maßnahmen besser für Besucher:innen sichtbar machen und durch gut erreichbare vielfältige kulturelle Angebote im Innenstadtbereich dafür sorgen, dass Besucher:innen in einem Mix von Einkaufen, Entspannen, Gastronomie und Kultur Gießen als attraktives Ziel erleben, das für alle Gruppen viel zu bieten hat.

Wir wollen einen städtebaulichen Wettbewerb starten, der hierzu Vorschläge hervorbringt.

Dabei geht es auch darum, auszuloten, inwiefern die (nicht nur durch Corona angestoßenen) Entwicklungen in der Innenstadt (online-Handel, Leerstände, sinkende Besucher:innenzahlen) positiv gewendet werden durch eine Verzahnung von Innenstadt- und Kulturförderung zum beiderseitigen Nutzen. Dabei sollen auch Anstöße der Interessenvertretung der freien Kulturszene einbezogen werden und neue Orte für Musikkonzerte aller Art gefunden werden.

Diese Prozesse sollen in enger Zusammenarbeit auch mit den BIDs erfolgen.

Corona wird den Innenstadthandel treffen – wir halten dagegen.

Die Auswirkungen der Corona –Krise treffen den innerstädtischen Handel und die Gastronomie und führen jetzt schon zu Geschäftsschließungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Wir helfen daher über die Bundes- und Landeshilfen hinaus mit einem städtischen Hilfsprogramm durch den Winter zu kommen.

Gemeinsam mit den BIDs wird eine überregionale Werbeaktion gestartet, weitere Aktionen sollen in Partnerschaft mit Einzelhandel, BIDs und Gießen-Marketing, aber auch Gastronomen und Kulturschaffenden entwickelt werden.

Gemeinsam mit Vermieter:innenn und BIDs ist es in der Vergangenheit häufig gelungen, Leerstände, die leider entstehen, für attraktive temporäre Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, Übergangskonzepte und Pop-up-Stores zu nutzen.

Wir wollen die Marke Gießen im Tourismus gemeinsam mit dem Landkreis Gießen auszubauen

Durch die Landesgartenschau hat Gießen seinen touristischen Stellenwert erheblich steigern können. Die Verlagerung der Tourist-Info direkt in die Innenstadt hat die Erreichbarkeit und Wahrnehmbarkeit der städtischen Tourismusangebote wesentlich gesteigert.

Mit einem weiteren konsequenten Ausbau der Tourismusaktivitäten, gemeinsam mit dem Landkreis, können weitere attraktive Arbeitsplätze in Gastronomie und Übernachtungsgewerbe entstehen. Dabei geht es auch um neue Angebote eines sanften Tourismus und um eine verstärkte überregionale Werbung für besondere Sehenswürdigkeiten und kulturelle Orte der Stadt wie beispielsweise die Basilika auf dem Schiffenberg, die Kunsthalle, das Mathematikum und die Museen oder die Erlebnisräume an der Lahn.

Tourismusförderung heißt auch, etwa die weit über Gießen hinausreichenden Festivals wie „Stadt ohne Meer“, der „Gießener Kultursommer“, aber auch die Programme des Stadttheaters oder der Kunsthalle mit weiteren touristischen Angeboten wie etwa dem Wassersport auf der Lahn oder Fahrradtouren und Wanderungen zu verbinden, um Gießen überregional zu positionieren.

Deshalb wollen wir weitere Wohnmobilstellplätze zentrumsnah schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch zukünftig in Gießen eine Jugendherberge gibt.

Gießen als Stadt der Veranstaltungshallen und Bürgerhäuser

Die Kongresshalle und die Hessenhallen bieten einen attraktiven Rahmen für Messen und Konferenzen. Die Kongresshalle soll auch zukünftig als Bürgerhaus, Konferenzzentrum und Ort für Veranstaltungen aller Art gestärkt werden. Wir werden den Sanierungs- und Modernisierungsprozess gemäß den Planungen, die aus dem Architektenwettbewerb entstanden sind, zügig fortsetzen und dabei die besondere Architektur, die durch den international renommierten Architekten Sven Markelius für Gießen geschaffen wurde, bewahren und gleichzeitig die Funktionalität der Halle stärken.

Wir wollen die Bürgerhäuser in den Stadtteilen erhalten, abschnittsweise sanieren und energetisch ertüchtigen.

Tierschutzgerecht – Tierschutz als gesellschaftliche Verantwortung

Verantwortung für das Leben von Haus- und Nutztieren zu übernehmen ist grundlegende Verantwortung gesellschaftlichen und politischen Handelns. Die Rechte der Tiere sind wesentlicher Teil demokratischer Gesellschaften. In der Stadt Gießen gibt es innerhalb dieses Bereichs Entwicklungspotenzial. Deshalb sorgt die SPD Gießen nachdrücklich und kontinuierlich für die Umsetzung der Belange des Tierschutzes. Die Rechte der Tiere rücken über die Partizipation der haupt- und ehrenamtlich engagierten Tierschützer:innen in den Mittelpunkt der Stadtpolitik.

Über die bereits durch die Stadt gegebenen Beiträge für das Tierheim hinaus wird die zumeist ehrenamtlich geleistete Arbeit im Tierschutz größerer Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Unterstützung der Stadtgesellschaft gewürdigt.

Tierheim – Tierschutzvereine. Tierschutz im Ehrenamt

Tierschutzprojekte und Tierschutzvereine erhalten feste Ansprechpartner:innen. In Stadtverordnetenversammlung und Magistrat werden Tierschutzbeauftragte benannt, die in einem Forum allen Initiativen Gehör geben und an die demokratisch gewählten Gremien verbindlich Bericht erstatten.

Tierschutz wird in Gießen überwiegend ehrenamtlich gestaltet. Für diese wichtige öffentliche Aufgabe wird die Stadt Gießen auch in Zukunft auf die vorbildliche ehrenamtliche Arbeit engagierter Bürger:innen angewiesen sein. Die hier arbeitenden Menschen und Initiativen bedürfen bedarfsgerechter Unterstützung. Der Zustand, dass diese Initiativen und das Tierheim das Gefühl haben, als Bittstellende aufzutreten und in ungesicherter Finanzierung arbeiten müssen, reflektiert weder die gesellschaftliche Bedeutung des Tierschutzes, noch das wichtige Engagement der hier tätigen Menschen. Die finanzielle Situation des Tierheims muss grundlegend verbessert und auf solide Beine gestellt werden.

Sowohl Stadt als auch Landkreis Gießen sind in der Verantwortung, langfristig eine solide Finanzierung sicherzustellen.

Katzenschutzverordnung

Eine Mammutaufgabe für Tierschutzvereine in Gießen sind die vielen freilebenden Katzen und das daraus resultierende Katzenelend. Häufig sind diese Tiere krank, verletzt und leiden unter extremen Mangelerscheinungen. Zudem spitzt sich das Problem durch die unkontrollierte Vermehrung dieser Katzen weiter zu. Wir sorgen dafür, dass für die Stadt Gießen eine Katzenschutzverordnung erlassen wird, die die notwendigen finanziellen Ressourcen dafür bereitstellt, die Vermehrung freilebender Katzen zu verhindern und die Situation freilebender Katzen zu verbessern.

Stadttauben

Stadttauben stellen für viele Passanten ein Ärgernis dar. Tauben sind häufig Nachfahren gestrandeter Brief- oder Zuchttauben. Die Situation der Tauben geht auf menschlichen Einfluss zurück. Deshalb ist es auch Aufgabe der Menschen, sich dieser Tiere anzunehmen. Die Stadt Gießen setzt in anderen Kommunen erprobte Konzepte um, die Zahl der Tauben zu reduzieren, ohne sie zu jagen. Darüber hinaus sorgt die Stadt Gießen dafür, dass die vorhandenen Tauben veterinär behandelt werden, um ein würdiges Leben zu ermöglichen. Projekte wie beispielsweise „#RespektTaube“, das in Kooperation zwischen der Wohnbau

GmbH und dem Tierschutzverein Gießen entstand, können als Modelle dienen und sind zu unterstützen.

Tierschutz und Bildung

Die Stadt Gießen fördert die Zusammenarbeit zwischen Tierschutzprojekten und Bildungseinrichtungen. Ziel der Stadt Gießen ist, dass in mindestens je drei Kitas und Schulen Kooperationen wie jährliche Projekttag mit einer Tierschutzeinrichtung stattfinden. Die Sensibilisierung von Kindergartenkindern und Schulkindern für den Tierschutz trägt zur Fortführung der wichtigen ehrenamtlichen Arbeit im Tierschutz bei. Darüber hinaus wird ein Beitrag zum Bewusstsein von Kindern und Jugendlichen geleistet, dass Tierschutz elementarer Teil demokratischer Gesellschaften ist.

Klimagerecht – Klimaschutz nachhaltig vorantreiben – Klimaneutralität bis 2035 schaffen – Energiewende gestalten

Gießen hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein. Mit diesem Beschluss – eingebracht in Form eines Bürgerantrags – hat sich die Stadt einer zentralen Menschheitsfrage angenommen: Die Wissenschaft ist sich einig darüber, dass der Klimawandel auch menschengemacht ist und der steigende Anteil von CO₂ in der Atmosphäre zu höheren Temperaturen führt, die wiederum zur Erderwärmung führen

Die Folgen – von Überflutungen, Waldbränden, Dürren, Ernteaufällen, Artensterben bis hin zu dadurch forcierten Konflikten und Kriegen sowie Fluchtbewegungen – bedrohen unsere Welt auf existentielle Weise.

Mit dem Pariser Klimaabkommen 2016 hat sich die Weltgemeinschaft zum Klimaschutz verpflichtet, und darauf, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen (wobei seit der vorindustriellen Zeit die Temperatur bereits um 1 Grad Celsius gestiegen ist). Zur Umsetzung dieser sehr ambitionierten Ziele bedarf es weltweit großer Anstrengungen auf allen Ebenen. Gerade auch auf der kommunalen Ebene können wir wichtige Beiträge leisten.

In kaum einem Politikfeld steckt eine solche Dynamik wie beim Thema Klimaschutz: rechtliche Vorgaben von EU, Bund und Land, die Gestaltung von Förderprogrammen und Steuern, die technologische Entwicklung sowie ihre Produkte, das (Konsum-)Verhalten von uns allen – all das „zahlt ein“. Dazu kommt die Querschnittlichkeit des Themas, auch auf kommunaler Ebene: Von Bauen und Wohnen über die Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme und das Thema Mobilität/Verkehr bis hin zur Stadtentwicklung mit Aspekten wie Grünflächenmanagement oder Gewerbeansiedlung sind unterschiedliche kommunal verantwortete Bereiche einzubeziehen – und wenn man es ganzheitlich angehen möchte, darf auch Bildungs-, Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit nicht fehlen.

Wichtig ist: Maßnahmen zum Klimaschutz werden auch in Gießen bereits seit vielen Jahren umgesetzt. Das zeigt auch der Bericht „Klimaneutrales Gießen 2035 – Analysen und Szenarien einer klimaneutralen Stadt“ des Magistrats, der – ebenfalls auf Beschluss des Parlaments – im September 2020 vorgelegt wurde. Gerade in den letzten zehn Jahren ist die Anzahl von Maßnahmen deutlich angestiegen. Sie zielen ab auf Energieeinsparung/-effizienz, die Verdrängung von Treibhausgasquellen, helfen mit Datensammlung/-aufbereitung oder Öffentlichkeitsarbeit bei der Steuerung oder Mobilisierung und schaffen bzw. bauen lokale Senken aus. Beispiele sind etwa die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, die energetischen Sanierung von Wohnungen der Wohnbau und von öffentlichen Liegenschaften, die Umstellung der Busse auf Biogas oder die Baumförsersatzung. Was der Bericht auch zeigt: Es wird nicht reichen, den eingeschlagenen Weg einfach fortzusetzen. Deutlich mehr Anstrengungen, Veränderungen, Investitionen etc. sind nötig. Die im Bericht zentrale Trendanalyse zeigt aber auch, dass die Klimaneutralität prinzipiell machbar ist. Dabei sind von außen wirkende, dynamische Rahmenbedingungen (Vorgaben von Bund und Land wie Kohleausstiegsgesetz, CO₂-Preissteuerentwicklung, Förderprogramme aber auch neue Technologien und Produkte) einerseits zwingend erforderliche Bedingung aber auch bereits vorhanden und damit einzukalkulieren.

Bei der Vorstellung des Berichts in der Stadtverordnetenversammlung wurden auch Maßnahmen beschlossen, die das Vorhaben „Klimaneutralität im Jahr 2035“ strukturiert in die Wege leiten. Gerade die SPD hatte sich dafür stark gemacht, solche „Werkzeuge“ zur Verfügung zu stellen: Einerseits gilt es, alle Maßnahmen – bestehende wie neue – einem fachlichen Controlling zu unterziehen, das die Wirksamkeit misst und mit den bestehenden

Bedarfen (Stichwort dynamische Entwicklungen, viele Handlungsfelder und Akteure) abgleicht. Ein solcher „Qualitätszyklus Klima“ wird aktuell etabliert. Daneben wurde auch beschlossen, die stadtspezifische Datenbasis zu Emissionsverursachern oder Einsparpotenzialen zu verbessern, um passende Maßnahmen auf den Weg bringen zu können. Um die – wie im Beschluss vorgesehene – Bürger:innenbeteiligung zu gewährleisten, wurde eine Reihe von Instrumenten beschlossen: z.B. eine transparente regelmäßige Berichterstattung sowie ein Klimabeirat mit thematischen Arbeitsgruppen.

Die Energiewende als gesellschaftliche Gesamtleistung

Das Vorhaben erfordert einen engen Austausch zwischen der gesamten Stadtgesellschaft, Wissenschaft und Maßnahmenträger:innen. Der neu gebildete Klimabeirat ist der Ort, wo wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens über Strategien und Maßnahmen für die Gießener Energiewende schaffen wollen. Probleme müssen benannt und Lösungen gemeinschaftlich entwickelt werden, bevor wir sie entschlossen und schnellstmöglich in städtische Politik umsetzen.

Die Stadt Gießen hat mit den kommunalen Unternehmen SWG und Wohnbau sowie mit den Gießener Hochschulen starke Partnerinnen, die bereits seit Jahren ihren Beitrag zum ökologischen Fortschritt in unserer Stadt leisten. Wir werden diese Anstrengungen in den kommenden Jahren gemeinsam weiter intensivieren und dies mit Rückendeckung aus der breiten Stadtgesellschaft.

Nur wenn wir alle Ressourcen und Kompetenzen in unserer Stadt bündeln und Gesellschaft und Politik gemeinsam handeln, werden wir das ambitionierte Ziel „Klimaneutrales Gießen 2035“ erreichen.

Die Stromwende schaffen

Wir wollen alle zur Verfügung stehenden Technologien nutzen, um Gießener Strom CO₂-neutral zu machen. Von Photovoltaik über Windkraft bis hin zur energetischen Verwertung von Klärschlamm und der Erzeugung von Strom und Wärme durch die thermische Verwertung von Abfall unter strikter Einhaltung emissionsrechtlicher Bedingungen.

Bereits jetzt besteht der Gießener Haushaltsstrom der stadteigenen SWG zu 80% aus Grünstrom und zu 20% aus weniger klimaschädlichem Erdgas, das zudem unter gleichzeitiger Nutzung der entstehenden Wärme in Kraftwärmekopplungsanlagen besonders effizient verstromt wird. Auch beim Gewerbestrom liegen die Stadtwerke weit über dem sonst üblichen Grünstromanteil. Diese starke Leistung wollen wir weiter verbessern:

- Wir wollen, dass die SWG auch in den nächsten Jahren die Produktionskapazitäten für Biogas weiter ausbauen und damit den fossilen Erdgasanteil weiter reduzieren. Unser Ziel sind **100% grüner Haushaltsstrom**.
- Wir wollen zudem die Möglichkeiten nutzen, die die vom Bund eingeführte CO₂-Steuer bietet, um auch im SWG-Gewerbestrom den Grünstromanteil weiter zu steigern. Hierbei müssen wir jedoch die Konkurrenzfähigkeit des SWG-Gewerbestroms im Auge behalten. Ein Gewerbestromangebot mit einem Grünstromanteil von 70%, das am bundesweiten Markt tatsächlich angenommen wird, bringt mehr für unser Klima als ein Gewerbestromangebot, das zwar formell einen Grünstromanteil von 100% ausweist, dafür jedoch aufgrund des Preises am Markt nicht mehr nachgefragt wird. Unser Ziel bleibt jedoch ein Grünstromanteil von 100% im SWG-Gewerbestrom. Mit dem geplanten CO₂-Preisfad ist auch als realistisch anzusehen, dieses Ziel in den kommenden Jahren zu erreichen.

Ein besonderes Potenzial für die Erzeugung von Grünstrom im städtischen Raum liegt in der Photovoltaik. Hier haben die SWG bereits in den vergangenen Jahren mit dem „E-Revolution“-Programm attraktive Serviceleistungen für private Hauseigentümer geschaffen, damit diese einen zusätzlichen Anreiz haben, sich eine Photovoltaik-Anlage auf das Dach zu setzen. Auch die Wohnbau Gießen nutzt ihre Dachflächen bereits intensiv durch Photovoltaik-Anlagen und wurde dafür mit dem Deutschen Solarpreis ausgezeichnet. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und dabei in den kommenden Jahren verstärkt die kommunalen als auch die privaten Dachflächen in den Blick nehmen. Die Grundlagenermittlung hierfür erfolgt bereits in einem Kooperationsprojekt zwischen der Stadtwerke Gießen AG und der Technischen Hochschule Mittelhessen.

- Wir wollen noch nicht genutzte stadteigene Dachflächen (inklusive Eigenbetriebe) weiter mit Photovoltaik-Anlagen ausrüsten. Der hier erzeugte Strom soll maximal für die Eigenstromnutzung eingesetzt werden.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das „E-Revolution“-Programm der SWG ausgebaut und um ein Dachflächen-Pachtangebot erweitert wird. Ergänzend zu der Möglichkeit, von den SWG eine Photovoltaik-Anlage zu pachten, soll damit künftig umgekehrt die Möglichkeit geschaffen werden, private Dachflächen an die SWG zu verpachten, damit diese darauf eine Photovoltaik-Anlage betreiben können. Damit hätten Hauseigentümer:innen ein sicher planbares Pachteinkommen ohne aufwendige Bürokratie. Das Angebot soll für alle Dachflächen gelten, egal ob privat oder gewerblich. Dabei ist zu prüfen, ob neben den Einnahmen durch die Pacht optional andere klimafreundliche Anreize das Programm weiter unterstützen könnten, etwa die kostenfreie Nutzung des von uns geforderten E-Carsharing-Angebots oder die kostenfreie zur Verfügungstellung eines E-Bikes.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das „E-Revolution“-Programm um ein Pachtangebot für Betreiber:innen großer PKW-Stellplatzanlagen erweitert wird. Die Stadtwerke würden die PKW-Stellplätze pachten, um diese mit Photovoltaik-Anlagen zu überdachen. So würde die Fläche als Parkraum und zur Stromerzeugung doppelt genutzt werden. Auch könnten die SWG solche Bauarbeiten nutzen, um in diesem Rahmen den Aufbau einer städtischen Ladesäuleninfrastruktur für Elektroautos voranzutreiben.
- Wir wollen über die Bauleitplanung und über städtebauliche Verträge an geeigneten Stellen eine solare Dachflächennutzungspflicht festschreiben.

Um künftige Leistungsspitzen in der erneuerbaren Stromerzeugung abfangen zu können, wollen wir, neben einer städtischen Ladesäuleninfrastruktur, verschiedene Speichertechnologien nutzen. Auch hier werden wir zielorientiert handeln und, wie bereits bei der Speicheranlage im neuen Wohngebiet Philosophenhöhe, auch neue Technologien praktisch testen. Die sehr erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Stadt, SWG und THM in diesem Bereich werden wir fortsetzen und intensivieren.

Die Wärmewende schaffen

Die SWG haben in den vergangenen Jahren das Nah- und Fernwärmenetz in Gießen weiträumig ausgebaut. Mittels der Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologie (KWK) wird seit vielen Jahrzehnten Strom und Wärme optimal genutzt. Diesen Weg wollen wir weiter fortsetzen:

- Wir wollen das Nah- und Fernwärmenetz, sowie CO₂-neutral betriebene Blockheizkraftwerke (BHKW) weiter ausbauen. Wir lehnen jedoch einen Hausanschlusszwang an das Wärmenetz ab. Wer für sein Haus eine andere klimaneutrale Lösung für eine Heizanlage verwirklichen möchte, soll dies auch tun

können. Das Wärmenetz ist auch ohne Hausanschlusszwang wirtschaftlich effizient. Dies wird sich durch die zunehmende CO₂-Besteuerung weiter verbessern.

- Wo ein Anschluss an das bestehende Fernwärmenetz wirtschaftlich nicht sinnvoll erscheint, wollen wir den Aufbau von Quartierslösungen fördern.
- Wir wollen einen stärkeren Einsatz der Wärmepumpentechnologie zu Heizzwecken. Dies gilt insbesondere für Quartierslösungen. Außerdem wird so, neben der Gewinnung von grüner Heizenergie, auch eine Sektorenkopplung zwischen Stromsektor, Wärmesektor und Photovoltaik erreicht, die zum Abfangen von Leistungsspitzen im Stromnetz genutzt werden kann.
- Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob und wo der Einsatz von Geothermie in Gießen in Frage kommt, und ob ihr Einsatz wirtschaftlich und geologisch gefahrlos möglich ist.
- Im Bereich der Wärmespeichertechnologien wollen wir auch in Zukunft technologieoffen neue Ansätze praktisch testen.
- Hohes Einsparpotenzial besteht insbesondere auch durch Effizienzsteigerungen in den Bereichen Strom und Wärme. Die Grundlagen haben wir dafür in der Vergangenheit mit dem kommunalen Energiemonitoring geschaffen. Hier konnte in den letzten Jahren jährlich ein zweistelliger Prozentbereich insbesondere durch Schwachstellenanalyse und den Einbau effizienzsteigernder Technik eingespart werden. Eine wichtige Bedeutung kommt auch dem Nutzerverhalten zu, hier wurden Beratungs- und Fortbildungsangebote entwickelt. Das Energiemonitoring mit den unterschiedlichen Handlungsansätzen wollen wir weiter schärfen und auch zukünftig im Rahmen des kommunalen Energiemanagements in Kooperation mit den Stadtwerken regelhaft in allen kommunalen Liegenschaften vorsehen.

Die Verkehrswende schaffen

Wie wir sicherstellen wollen, dass der Verkehrssektor seine originäre Aufgabe erfüllt, Menschen von A nach B zu bringen, und wie wir die E-Mobilität fördern wollen, beschreiben wir im Schwerpunktteil Verkehr. Der Verkehrssektor stellt jedoch auch einen bedeutenden Energiesektor dar. Diesel und Benzin müssen durch regenerative Energieträger ersetzt werden.

Die SWG kommen bei diesem Thema bereits seit Jahren ihrer Verantwortung nach und haben die gesamte Stadtbusflotte auf Biogas umgestellt. Beim derzeitigen Strommix ist Biogas klimafreundlicher als Strom. Bei der künftigen Anschaffung von Fahrzeugen ist immer wieder zu prüfen, welche Antriebstechnologie zur gegebenen Zeit die klimafreundlichste ist. Daran ist, neben der Wirtschaftlichkeit, die Anschaffungsentscheidung auszurichten. Wir sind technologieoffen - auch Wasserstoff kann dabei eine Rolle spielen.

Neben dem Nahverkehr muss jedoch auch der Individualverkehr klimaneutral gestaltet werden. Hier liegt der Handlungsspielraum der Stadt unter anderem in der Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Elektromobilität. Dies wollen wir vor Allem durch den Aufbau einer Ladesäuleninfrastruktur in der Stadt erreichen, möglichst betrieben durch die SWG. Wir werden zudem den (weiteren) Aufbau eines quartiersnahen E-Carsharing-Angebots durch geeignete Anbieter prüfen.

Der Verkehrssektor kann so auch zu einem großen Energiespeicher für den Stromsektor werden.

Dem Beitrag Gießens zum Klimawandel entgegenwirken

Für uns hört der Kampf gegen den Klimawandel nicht mit der Klimaneutralität auf, die wir hoffentlich bis 2035 erreichen werden. Nachdem die klimapolitische Notbremse gewirkt hat, wollen wir den Rückwärtsgang einlegen. Wir wollen der Atmosphäre CO₂ wieder entziehen und in Kohlenstoffsinken binden. Dies wollen wir wie folgt erreichen:

- Wir wollen vorhandene Instrumente der Planung nutzen, um den Anteil von Kohlenstoff-bindenden Baustoffen, wie z.B. Holz, bei Neubauten zu erhöhen.
- Wir wollen den Prinzipien der Nachhaltigkeit bei kommunalen Neubauten im Hinblick auf Materialität, Energiekonzepte, Gesamtenergiebilanz u.a. in hohem Maße Rechnung tragen.
- Wir wollen weitere experimentelle Technologien nutzen, die helfen können, freigesetztes CO₂ wieder zu binden. So werden wir beispielsweise prüfen, inwieweit die neuartige Methanpyrolyse-Technologie für einen Einsatz in den Biogasanlagen der SWG geeignet ist. Mit Hilfe dieser Technologie kann Methan in elementaren Kohlenstoff und Wasserstoff aufgespalten werden. Während der Wasserstoff weiterhin als Energieträger genutzt werden kann, könnte der elementare Kohlenstoff als hochreiner Graphitersatzstoff in der High-Tech-Industrie Verwendung finden und so die hohe Abhängigkeit von Rohstoffimporten bspw. aus China reduzieren.
- Eine der effektivsten Formen der Atmosphäre wieder CO₂ zu entziehen, ist eine gezielte Aufforstung. Wir wollen daher alle Möglichkeiten zur Aufforstung nutzen, z.B. durch eine sinnvolle Nutzung städtischer, ökologischer Ausgleichsflächen, durch Aufforstung bestehender Grünflächen unter Nutzung klimaresistenter Baumarten und schließlich durch Wiederaufforstung von Streuobstwiesen.

Ökologischgerecht - Mut für Mehr – Die ökologisch gerechte Stadt fördern und ausbauen

Den Klimawandel aufzuhalten und die Natur schützen, sind Ziele, die wir nur gemeinsam erreichen können. Wir begrüßen daher, dass seit vielen Jahren in Gießen viele Projekte, Organisationen und gesellschaftliche Gruppen aktiv sind, die mit viel Know-how und guten Ideen an dem Ziel arbeiten, eine nachhaltige und ökologische Stadt zu schaffen. Als SPD möchten wir gemeinsam mit allen Gießener Bürger:Innen zu dem Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit in den aktiven Dialog treten. Dabei ist für uns zentral, Niemanden zurückzulassen und auch die Interessen, Fragen und Kompetenzen von Menschen mit kleinen Einkommen einzubinden. Nachhaltiges Leben darf keine Frage des Geldbeutels sein,

Schutz und Ausbau von städtischen Grünflächen

Innerstädtische Grünflächen sind - ökologisch sinnvoll gestaltet - wichtig für das Stadtklima und urbane Ökosysteme. Wir wollen, dass der Natur in der Stadt mehr Raum eingeräumt wird, um somit Pflanzen- und Insektenarten besser schützen zu können. Dazu wollen wir, da wo es möglich ist vermehrt Grünflächen in zukünftige Bauprojekte einbeziehen. An den öffentlichen Plätzen der Stadt wollen wir neue Grünflächen anlegen, die durch gesteuertes Grünflächenmanagement nicht nur die Aufenthaltsqualität erhöhen, sondern auch einen Beitrag zum Naturschutz im städtischen Raum leisten.

Wir sehen Dach- und Wandflächen als wichtige Wirtschaftsflächen, die wir vorrangig für Photovoltaik nutzen möchten. Dort wo dies jedoch nicht möglich oder sinnvoll erscheint, wollen wir diese Flächen verstärkt als Grünflächen nutzen. Dies ist nicht nur wichtig für ein angenehmes Stadtklima. Durch ihre kühlende Wirkung können Pflanzen auch gezielt als natürliche Klimaanlage die Gebäudetechnik ergänzen und gerade im Sommer Energie sparen helfen.

Unterstützung von Urban Gardening Projekten

Neben dem anhaltenden Trend zum klassischen Schrebergarten gibt es auch vermehrt eine Nachfrage nach gemeinschaftlich genutzten Flächen zum Gärtnern. Urban Gardening fördert das soziale Miteinander, schafft kreativen Gestaltungsraum und Aufenthaltsqualität im Quartier, bietet Freizeitmöglichkeiten und hilft dem Naturschutz. Bestehende Projekte wollen wir weiter fördern und ausbauen. Wir wollen, dass neue Projekte geschaffen und unterstützt und als niedrigschwellige Begegnungsstätten genutzt werden. Hierunter verstehen wir die Verknüpfung von Urban Gardening mit bestehenden Stadtteilprojekten, Vereinen und Bildungseinrichtungen. Die Nutzung von Gartengrundstücken muss kein Luxus für Eigentümer:innen sein. Deswegen wollen wir möglichst vielen Gießener:Innen den Zugang zu Urban Gardening Projekten kostengünstig ermöglichen.

Lebensqualität in einer klimaangepassten Stadt

Auch wenn wir erfolgreich sind in unserer Erreichung des Ziels, bis 2035 klimaneutral zu sein: Unser (Stadt-)Klima wird sich dennoch verändern. Wir wollen auch einen Fokus darauflegen, wie wir in einer Stadt leben wollen, in der der Klimawandel sich immer stärker bemerkbar macht. Hier brauchen wir eine Perspektivenerweiterung in die Denkrichtung Lebensqualität in einer klimaangepassten Stadt. Zu einer Klimaanpassungsstrategie für das Stadtgebiet gehört etwa, langfristig angelegte Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, die Nachteile von Klimaveränderungen und deren Folgen mindern sowie Vorteile nutzen. Eine solche Strategie umfasst z.B. die Planung von Retentionsräumen für Starkregen, plant eine klimaangepasste Bepflanzung, sorgt für Beschattung im öffentlichen Raum des Stadtbereichs, schützt oder schafft ausreichend Wind-/Frischluftschneiden, bringt mit

Wasseradern und hellen Baumaterialien Kühlung in den Innenstadtbereich. Als SPD wollen wir zu diesem Thema verstärkt arbeiten und Konzepte vorlegen.

Um Hausgärten ökologisch aufzuwerten (Blühflächen statt englischem Rasen, fruchttragende Gehölze statt Nadelgehölzen, Stauden statt Steinen usw.) sollen die von den Flächeneigentümern vielfach noch nicht gesehenen ökologische Funktionen von Hausgärten durch Beratungsangebote ins Bewusstsein gebracht werden.

Abfallvermeidung: Orientierung an EU Richtlinien zur Abfallvermeidung

Wir begrüßen ausdrücklich das europaweite Verbot von Einwegprodukten aus Plastik, das am 3. Juli 2021 in Kraft treten wird. Dies betrifft beispielsweise Coffee-to-Go-Becher, Rührstäbchen, Essbesteck oder Fastfood-Verpackungen.

Wir wollen jedoch nicht, dass mit Plastik beschichtete Coffee-to-Go-Becher einfach durch Einwegbecher aus anderen Materialien ersetzt werden, die dann weiterhin zur Vermüllung unserer Straßen und Parks beitragen. Vielmehr wollen wir die Gelegenheit nutzen, Einwegverpackungen in der Gastronomie weiter zu reduzieren.

Wir wollen daher mit den Gießener Bäckereien, Cafés und Gastronomiebetrieben ins Gespräch kommen und in Gießen den Aufbau einheitlicher Mehrwegsysteme, etwa für Kaffeebecher, aber auch anderer in Frage kommender Verpackungen, zu beraten und diese zu etablieren bzw. vorhandene Systeme, wie das städtischerseits erfolgreich initiierte RECUP-System, weiter ausbauen.

Verkehrsgerecht - Die Verkehrswende schaffen_

Gießen hat seit Jahren ein immer größer werdendes Verkehrsaufkommen zu bewältigen, das zunehmend die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt durch Lärm und Abgase mindert. Hinzu kommt die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel, zu dessen Abwehr auch der Verkehrssektor seinen Beitrag leisten muss.

Diesen Herausforderungen wollen wir durch eine Abkehr von der „autogerechten Stadt“ hin zu einer intelligenten Verbindung von (Elektro-)PKW, Bus, Bahn und Fahrrad begegnen. Im Ergebnis bedeutet das, den bestehenden Verkehrsraum neu zu verteilen: Zugunsten von Rad- und Fußverkehr sowie dem ÖPNV.

Eine solche Verkehrswende ist auch für Gießen als Einzelhandelsstandort überlebenswichtig. Denn der Innenstadthandel wird gegen die zunehmende Konkurrenz des Onlinehandels nur bestehen, wenn die Innenstadt durch ihre Aufenthaltsqualität attraktiv bleibt und die Menschen aus dem Gießener Umland die Innenstadt gut erreichen.

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Regio-S-Bahn, der Einleitung des Verkehrsentwicklungsplans als ganzheitliche Verkehrsplanung für die Stadt, sowie der Beauftragung eines neuen grundlegend überarbeiteten Nahverkehrsplans sind maßgebliche Programmpunkte der Gießener SPD in der ablaufenden Wahlzeit durch unsere Fraktion im Sinne der Verkehrswende initiiert worden. Mit Nachdruck haben wir bereits deutliche Verbesserungen für den Radverkehr erreicht. Zahlreiche neue Fahrradwege, Fahrradstraßen und Verbesserungen an den Ampeln zu Gunsten des Radverkehrs und der Fußgänger:innen sind umgesetzt oder konkret geplant (z.B. Frankfurter Straße, Grünberger Straße, Neue Bäume etc.). Dies werden wir mit Nachdruck weiterverfolgen und vor allem den maßgeblichen innerstädtischen Verkehrsbereich, den Anlagenring, für Fuß-/ und Radverkehr sowie den ÖPNV verbessern.

Eine sozialdemokratische Verkehrspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie gerechte und damit mehrheitsfähige Lösungen für die verkehrspolitischen Herausforderungen unserer Zeit findet. Das bedeutet insbesondere, Mobilität in der Stadt für alle Menschen sicherzustellen. Egal ob Rollstuhlfahrer:innen, Senior:innen oder junge Familien mit Kinderwagen. Alle Menschen müssen sich in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Raums barrierefrei bewegen können. Mobilität darf zudem nicht von den individuellen Einkommensverhältnissen abhängig sein.

Deshalb wollen wir weiterhin konsequent die Umgestaltung von Wegen, Plätzen und Bushaltestellen im Hinblick auf die Barrierefreiheit fortführen.

Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt erhöhen Mehr Raum für den Fußverkehr

Wir wollen dem Fußverkehr im gesamten Stadtgebiet mehr Raum geben. Wo notwendig, wollen wir Gehwege verbreitern, falls nötig auch auf Kosten des motorisierten Verkehrs. Auch wollen wir an ausgewählten Standorten Fußgängerzonen ausweiten. Durch einen schwerpunktmäßigen Einsatz des Ordnungsamts an Engstellen von Fußwegen wollen wir zudem sicherstellen, dass Fußwege nicht durch illegal abgestellte Fahrzeuge blockiert werden.

An Querungsstellen wollen wir die Ampelanlagen für den Fußverkehr verbessern:

- Wir wollen, wo dies nötig ist, Grünphasen für Fußgänger:innen verlängern, um eine gefahrlose Querung der Straße auch für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen zu ermöglichen.
- Wir werden prüfen, ob an stark frequentierten Kreuzungen eine neue Ampelphase zu einer höheren Verkehrssicherheit von Fußgänger:innen und einem freieren Verkehrsfluss beitragen kann. In dieser Ampelphase sollen die Ampeln für die Straßenfahrzeuge Rot zeigen, sodass alle Fußgänger:innen gleichzeitig die Straßenseite wechseln oder die Kreuzung queren können. Hier möchten wir zunächst einen Verkehrsversuch auf der Kreuzung am Berliner Platz zu den Stoßzeiten durchführen, um die Auswirkungen auf den Verkehr und die Verkehrssicherheit zu analysieren.
- Durch eine weitere Fußgängerampel am Oswaldsgarten wollen wir das direkte Queren der Rodheimer Straße ermöglichen. Neben der Schaffung neuen Möglichkeiten für den Rad- und Fußgängerverkehr würde damit auch die Verkehrssicherheit erhöht, da unerlaubte Querungen nicht mehr nötig sind, um die Straßenseite schnell zu wechseln.

Barrierefreie Stadt

Um die Lebensqualität in unserer Stadt für alle Menschen zu erhöhen, wollen wir auch weiterhin die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ausbauen und sicherstellen. Treppen, hohe Bordsteine und Stufen behindern Menschen im Rollstuhl, mit Rollator oder Kinderwagen. Freie und weite Flächen ohne Begrenzungen und Blindenleitsysteme sind hingegen für blinde Menschen problematisch. Hinzu kommen die zunehmenden Starkregenereignisse, die eine Kanalisierung der Wassermassen erfordern, um den Gebäudeschutz zu gewährleisten.

Diese unterschiedlichen Ansprüche sind oftmals nur schwer miteinander zu vereinbaren. Wir wollen daher bei künftigen Sanierungsmaßnahmen von Straßen und Plätzen regelhaft vorgehen und im jeweiligen Einzelfall Konzepte entwickeln, die diese unterschiedlichen Anforderungen in Ausgleich bringen. Hierbei muss nicht nur der Straßenraum selbst, sondern auch der Zugang zu Geschäften, Restaurants, Veranstaltungsräumen und Hauseingängen bei entsprechenden Planungen mitgedacht werden (bspw. hinsichtlich Rollstuhlrampen). Ggf. müssen Anlieger:innen beraten und gemeinsam geeignete Lösungen entwickelt werden. Betroffenenverbände und Beiräte wollen wir hierbei aktiv einbeziehen.

Wir werden zudem alle bauordnungsrechtlichen Spielräume prüfen und anwenden, um eine barrierefreie Ausgestaltung von Hauseingängen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen oder Neubauten rechtsverbindlich vorzuschreiben.

Wo dies ohne größere Eingriffe in die Bausubstanz möglich ist, werden wir auch unterhalb von Sanierungsmaßnahmen auf die Beseitigung von Barrieren hinwirken.

Denn der Gedanke der Inklusion, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, ist ein Anliegen, das unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unmittelbar entspringt.

Unsere Innenstadt – lebenswert und attraktiv

Wir wollen eine attraktive und lebenswerte Innenstadt, in der Menschen gerne leben und die gerne besucht wird. Sei es, um mit Freund:innen ein Eis zu essen, einen Kaffee zu trinken oder zum Einkaufen. Abgase, Verkehrslärm und zugeparkte Straßen senken jedoch die Aufenthaltsqualität, schädigen das Ambiente, und sind damit schädlich für die Lebensqualität und auch den Innenstadthandel.

In der Konkurrenz mit dem Onlinehandel ist der stationäre Handel auf mehr angewiesen als auf gute Preise. Die Menschen kommen wegen des Einkaufserlebnisses in die Innenstadt, bei dem sie sich nicht nur mit Waren versorgen, sondern sich entspannen und etwas gemeinsam mit ihren Freund:innen und der Familie unternehmen wollen.

Die Aufenthaltsqualität wird daher der Maßstab für unsere Maßnahmen zur Gestaltung der Innenstadt sein:

- Wir wollen durch Umnutzung und Umgestaltung von innerstädtischen Stellplatzflächen die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen. Hierbei werden wir darauf achten, dass Möglichkeiten für Kurzzeit- und Anwohnerparken, sowie Behindertenparkplätze erhalten bleiben oder bei Bedarf auch neu geschaffen werden. Am Beispiel der Plockstraße wird deutlich, in welchem Maße eine Umgestaltung ehemaliger Parkflächen eine ganze Straße aufwerten kann.
- Wir werden eine perspektivische Umgestaltung des Marktplatzes prüfen, um diesen wieder zu einem ansprechenden, urbanen Platz zu machen. Dabei sind wir für neue Formen der Verkehrsraumnutzung zwischen Bus-, Fahrrad- und Fußverkehr offen. Die aktuellen Fahrgastunterstände wollen wir durch optisch ansprechende, jedoch vor allem zweckdienliche Modelle ersetzen.
- Den innerhalb des Anlagenrings gelegene Abschnitt der Bahnhofstraße wollen wir zu einer Fußgängerzone umgestalten. Dies wird zu einer Aufwertung der gesamten Innenstadt beitragen.
- Eine behutsame Umgestaltung des Brandplatzes zu Gunsten einer höheren Aufenthaltsqualität, einer einhergehenden Aufwertung der Ansicht von altem und neuem Schloss sowie einer Erhöhung des Grünanteils sehen wir nicht nur für die Nutzer:innen, sondern auch für den ansässigen Handel, die Anwohner:innen sowie den Gießener Wochenmarkt positiv. Eine Tiefgarage unter dem Platz lehnen wir jedoch eindeutig ab, weil sie nicht finanzierbar ist, bautechnisch aufgrund der historischen Umgebung und des angrenzenden Botanischen Gartens hoch komplex ist und einer modernen Verkehrspolitik widerspricht. Wir wollen stattdessen durch ein verbessertes Parkleitsystem zu unseren vielen vorhandenen innerstädtischen Parkhäusern und durch eine Verstärkung von Park- and-Ride-Angeboten moderne und nutzerfreundliche Alternativen schaffen (siehe unten).

Verkehr beruhigen

Wir wollen in der Stadt einen flüssigeren und ruhigeren Verkehr, um die Menschen vor Verkehrslärm zu schützen und Gefahrenstellen zu reduzieren. In diesem Rahmen setzen wir uns für ein vermehrtes Einrichten von Tempo-30-Zonen ein. Auch wollen wir vermehrt an vielbefahrenen Straßen Tempo-30-Beschränkungen ausweisen, wenn dies für die Erhöhung der Verkehrssicherheit nötig erscheint.

Dies wollen wir insbesondere an den folgenden Standorten prüfen:

- in der Krofdorfer Straße,
- in der Rodheimer Straße,
- in der Ludwigstraße,
- in der gesamten Rheinfelser Straße (in Lützellinden,
- in der Gießener Straße(in Wieseck)durchgehend,

- in der Frankfurter Straße in Kleinlinden nachts von der Einmündung der Lahnstraße bis zu Wetzlarer Straße,
- in der Wetzlarer Straße in Kleinlinden durchgehend,
- in der gesamten Ortsdurchfahrt im Zuge der L 3126 in Rödgen durchgehend (Friedrich-Ebert- / Großen-Buseckerstraße und Straße „Zum Bahnhof“),
- Untergasse in Allendorf.

Im Wißmarer Weg in Höhe des Übergangs zum Christoph-Rübsamen-Steg haben wir bewirkt, dass nun ein Verkehrsversuch mit einem Tempo-30-Abschnitt zur Sicherung des Fußgänger- und Radverkehrs stattfindet. Wir wollen nun die dauerhafte Einrichtung des Tempo 30-Abschnitts umsetzen und diesen bis zur Einmündung Sandfeld verlängern.

An der umgestalteten Rathenaustraße ist zudem ein Geschwindigkeitstrichter von Tempo 30 auf Tempo 10 umzusetzen. Nur so kann der sogenannte „shared space“, also der von Fußgänger:innen, Radfahrenden, Bussen und PKWs gemeinsam genutzte Verkehrsraum sicher von allen Verkehrsteilnehmenden genutzt werden und dem städtebaulich gewünschten Campus-Charakter Rechnung getragen werden.

Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden möchten wir uns außerdem dafür einsetzen, dass die rechtlichen Hürden zur Ausweisung von Tempo-30-Zonen oder verkehrsberuhigten Bereichen gesenkt werden.

Bei der Verkehrsberuhigung berücksichtigen wir besonders die Ergebnisse der Lärmaktionspläne Straße und Schiene und werden die dort vorgeschlagenen Maßnahmen zügig umsetzen.

Wir werden uns zudem bei Land und Bund dafür einsetzen, dass am Autobahnring verstärkt Tempo 100 eingerichtet wird, um die Lärmbelastung für Anwohner:innen zu senken.

Verkehrsmittel intelligent vernetzen

Im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch auf absehbare Zeit einer der Hauptverkehrsträger bleiben. Auch wenn wir, beispielsweise durch die Reaktivierung von Bahnstrecken und die von uns seit Jahren geforderte Regio-S-Bahn, eine bessere Nahverkehrsanbindung des Umlands an Gießen anstreben.

Im städtischen Raum wird hingegen das Fahrrad und der öffentliche Nahverkehr an Bedeutung gewinnen, da aufgrund der zunehmenden Verdichtung der begrenzte Verkehrsraum effizienter genutzt werden muss. Dies gilt auch für den ruhenden Verkehr. So kann die Verkehrswende nur gelingen, wenn der flächenzehrende, innerstädtische PKW-Verkehr reduziert und der begrenzte Parkraum vorrangig für Anwohner-, Kurzzeit- und Behindertenparken genutzt wird. Der übrige Pendelverkehr muss auf öffentliche Verkehrsmittel und den Radverkehr umgelenkt werden.

Ausbau von Park and Ride-Angeboten (P&R)

Um diesen unterschiedlichen Mobilitätsanforderungen des ländlichen und städtischen Raums Rechnung zu tragen ist ein umfassender Ausbau von P&R-Angeboten erforderlich. Wir werden daher zunächst prüfen, an welchen Standorten P&R-Möglichkeiten sinnvoll umsetzbar sind und an diesen Standorten versuchsweise einrichten. Dies gilt insbesondere an allen Ein- und Ausfallstraßen in Stadtrandlage oder, in Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen, außerhalb des Stadtgebiets. Standorte, die sich bewähren, wollen wir ausbauen.

Langfristig sollen diese Parkplätze als Knotenpunkte den Umstieg zwischen dem (Elektro-)PKW, dem Bus, dem Leihfahrrad oder der von uns geforderten Regio-S-Bahn ermöglichen. Die P&R-Parkplätze und die dortigen Leihfahrradstationen wollen wir an das Gießener Radwegenetz anbinden.

Um die Energiewende auch im Individualverkehr zu fördern, wollen wir die P&R-Parkplätze flächendeckend mit E-Ladesäulen ausstatten und die Parkflächen durch eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen zusätzlich zur Stromerzeugung nutzen. Um die Nutzung des P&R-Angebots zusätzlich attraktiv zu machen, sollen Inhaber:innen von Nahverkehrsdauerkarten hier kostenfrei parken können. Und umgekehrt sollen Parktickets als Nahverkehrstickets genutzt werden können. Das Parken für Elektroautos wollen wir hier von Parkgebühren befreien und über die E-Ladesäulen das Tanken zum Selbstkostenpreis der SWG ermöglichen.

Wir wollen die Stadtbuslinien und die Überlandlinien an den P&R-Parkplätzen so aufeinander abstimmen, dass einige Buslinien als Schnellbuslinien in die Innenstadt fahren können, und damit ein schnelles Einpendeln in die Innenstadt ermöglichen. Auch deswegen werden wir uns für eine stärkere Kopplung der Nahverkehrsplanung von Stadt und Kreis einsetzen.

Zudem wollen wir zusammen mit dem RMV verstärkt unterschiedliche Mobilitätsangebote digital miteinander vernetzen.

Regio-S-Bahn

Wir wollen die Einbeziehung des bereits vorhandenen innerstädtischen Schienennetzes in den städtischen Personennahverkehr. So wollen wir die Region über die Schiene besser erschließen, damit individueller Einpendlerverkehr in die Stadt reduziert werden kann. Mit der Anmeldung der Regio-S-Bahn zum regionalen Nahverkehrsentwicklungsplan ist ein erster Schritt getan. Es muss nun mit großem Nachdruck auf die Landesregierung und den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) eingewirkt werden, damit es zu weiteren Fortschritten kommt. Ziel ist, eine Art Regio-S-Bahn (ähnlich dem Kasseler Vorbild „Regio-Tram“) zu schaffen, die durch eine gezielte Verbindung der Oberzentren Gießen, Marburg und Wetzlar zu einer nachhaltigen Stärkung der Region Mittelhessen und einer Verknüpfung des lokalen Nahverkehrs mit dem regionalen Bahnverkehr führen soll. Neue Haltepunkte in der Stadt sind insbesondere am Ulner Dreieck (Schiffenberger Tal / Aulweg) und am Wohn- und Gewerbegebiet „Alter Flughafen“ zu prüfen. Dabei sind auch die Strecken nach Hungen und nach Grünberg ebenso wie eine reaktivierte Lumdatalbahn zu berücksichtigen, bzw. einzubeziehen. Eine sinnvolle Vertaktung mit dem Stadtbusverkehr ist ebenfalls zu berücksichtigen.

Busverkehr ausbauen

Wir wollen eine stärkere Kopplung der Nahverkehrsplanung von Stadt und Landkreis, um die städtischen und ländlichen Verkehre besser aufeinander abzustimmen und die Anbindung des Umlandes an Gießener weiter zu verbessern.

Die auf unsere Initiative im städtischen Haushalt bereitgestellten hohen Finanzmittel für eine grundlegende Überarbeitung des Nahverkehrsplans sollen den ÖPNV in Gießen auf eine neue Qualitätsstufe bringen und den Stadtbusverkehr zukunftssicher und für viele Menschen attraktiver machen.

Kurzfristig haben wir bereits auf der sehr stark frequentierten Linie 5 engere Vertaktungen vorgenommen und erstmals in den Kernzeiten einen 6-Minuten-Takt eingeführt, sowie das neue Wohn- und Gewerbegebiet durch die neue Linie 17 angebunden. Digitale Anzeigetafeln

und neue digitale Erfassungssysteme in den Bussen sorgen für mehr Benutzerfreundlichkeit. Dies wollen wir stringent fortführen.

Wir wollen den Gießener Busverkehr schrittweise weiter ausbauen und kurzfristig Optimierungspotenziale nutzen:

- Wir wollen den Beginn des Schulunterrichts und den Beginn der Lehrveranstaltungen an den Hochschulen wieder zeitlich entzerren. So könnten bestehende Nahverkehrskapazitäten effizienter genutzt werden. Hierfür werden wir gemeinsame Gespräche mit den Schulen und Hochschulen führen.
- Wir wollen die Buslinie 2 in Richtung Lich ausweiten, um so die Automeile und die Kreisverwaltung sowie das Gewerbe- und Dienstleistungsgebiet „Europaviertel“ an den städtischen Busverkehr anzuschließen.
- Wir wollen die Linie 1, die zwischen den Stadtteilen Lützellinden und Rödgen verkehrt, teilen und die Linienführung teilweise ergänzen.

Mit knapp 40.000 Studierenden sind diese eine bedeutende Nutzer:innengruppe des Gießener Nahverkehrs und die Hochschulen wichtige Start- und Zielorte. So nutzen viele Studierende neben dem Rad auch den öffentlichen Nahverkehr, um Campusbereiche zu wechseln oder den Weg zwischen Wohnort und Hochschule zurückzulegen. Deshalb möchten wir neben dem Ausbau des Fahrradverleihsystems und den Veränderungen im Radverkehr auch die Anbindung der Campusbereiche an den städtischen Busverkehr verbessern:

- Wir wollen eine Expresslinie vom Gießener Bahnhof zu den Philosophika I und II schaffen, um den Studierenden und Mitarbeitenden der Universität eine schnelle und attraktive Anbindung an den Bahnverkehr zu ermöglichen.
- Wir wollen die Anbindung zwischen den Philosophika und dem Naturwissenschaften-Campus besser takten und ausbauen.
- Wir wollen während der gesamten Öffnungszeiten der Universitätsbibliothek einen Busverkehr in hoher Frequenz zwischen Bibliothek und Innenstadt, sowie dem Gießener Bahnhof einrichten, um auch abends oder am Wochenende eine gute Anbindung an die Universität zu gewährleisten.

Vorrang für den Radverkehr / Anlagenring

Bei geeigneter Witterung ist das Fahrrad das ideale Verkehrsmittel für die Nah- und Mittelstrecke. Dies gilt insbesondere für den städtischen Raum. Fahrräder benötigen weniger Platz als PKWs, sind emissionsfrei und zudem auch noch gut für die Gesundheit. Daher werden wir dem Radverkehr, neben dem öffentlichen Nahverkehr, einen klaren Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr einräumen.

- Wir setzen uns auf sämtlichen Hauptverkehrsadern der Stadt für durchgehende und sichere Fahrradwege ein: auf dem Anlagenring, der Marburger, Grünberger, Ludwig-, Frankfurter und Licher Straße, dem Schifftenberger Tal, Aul- und Ohlebergsweg. Dies ist auch aus Gründen der Verkehrssicherheit geboten. Denn dort wo Radfahre:innen und Autos gezwungen sind, sich Verkehrsraum zu teilen, kommt es erfahrungsgemäß immer wieder zu gefährlichen Situationen. Dass dies auch anders möglich ist, hat bereits die entsprechende Veränderung der Frankfurter Straße gezeigt.
- Wir wollen verstärkt Fahrradstraßen ausweisen, in denen der Radverkehr Vorrang genießt.

- Die Verkehrsachse vom Neustädter Tor über den Marktplatz und die Neuen Bäume zum Berliner Platz wollen wir weiter umgestalten, um hier den Rad- und Busverkehr zu beschleunigen. Hiermit wäre auch eine schnelle und sichere Querung für Radfahrer:innen durch die Innenstadt realisierbar.
- Den seit vielen Jahren vom Ortsbeirat Wieseck geforderte Radweg entlang des Philosophenstraße wollen wir jetzt zügig umsetzen
- In Lützellinden wollen wir den Radweg entlang der K20 nach Linden ausbauen und diesen an den bestehenden Radweg nach Kleinlinden anschließen und mit dem Radweg aus Allendorf/Lahn verbinden und einen sicheren Überweg über die Rheinfelder Straße an der Einmündung Hüttenberger Straße. aus Allendorf/Lahn kommend errichten.
- Für Rödgen wollen wir durch einen Radweg entlang der L 3126 und der Udersbergstraße eine direkte Verbindung zum Gewerbegebiet „Am alten Flughafen“ und zur Innenstadt erreichen.

Pläne der politischen Mitbewerber, den Radverkehr runter vom Anlagenring und stattdessen auf einen „zweiten Ring“ von Nebenstraßen zu leiten, lehnen wir entschieden ab. Radverkehr braucht kurze Wege. Wir wollen mehr Raum für Fußgänger:innen, Radverkehr und ÖPNV auf dem Anlagenring schaffen. Um etwaige Befürchtungen abzubauen und die Bevölkerung mitzunehmen, wollen wir als die verbindende politische Kraft in der Stadt einen fachlich begleiteten Verkehrsversuch mit breiter Bürgerbeteiligung initiieren. Dabei wird zunächst fachlich zu bewerten sein, ob ein Einbahnstraßensystem oder die Umwidmung je einer Fahrtrichtungsspur zu Gunsten von mehr Raum für die genannten Verkehrsarten anzustreben ist.

Auch durch kleinere Maßnahmen wollen wir den Radverkehr in Gießen beschleunigen und sicherer machen:

- Wir wollen, dass Ampelschaltungen Radfahrer:innen priorisieren und diesen eine „grüne Welle“ schalten.
- Wo es räumlich möglich ist, werden wir die Radwege baulich von den Straßen trennen, um auch hier eine höhere Verkehrssicherheit zu gewährleisten.
- Radfahrer:innen, die entlang der Alicestraße fahren, werden wir das Queren der Frankfurter Straße am Elefantenklo durch eine Umgestaltung der Fahrbahnabtrennung ermöglichen. Hierzu wollen wir die Verlegung der Fußgänger:innenampel in Richtung Elefantenklo vorantreiben.
- Auch auf der Licher Straße wollen wir die Fahrbahnabtrennung umgestalten, damit Radfahrende in den Nahrungsberg und umgekehrt abbiegen können.

Auch für den ruhenden Radverkehr wollen wir gute Voraussetzungen schaffen:

- Wir werden auch zukünftig den Ausbau neuer Fahrradstellplätze vorantreiben, sowie die vorhandenen Standorte bedarfsgerecht weiter ausbauen. Hier sehen wir vor allem am Bahnhof, an den Bahnhaltstellen und an den Eingängen zum Seltersweg Nachholbedarf.
- Wir werden auch versuchen, eine Erhöhung der Anzahl an Fahrradstellplätzen auf nicht-städtischem Gelände (z.B. dem der Hochschulen, am Bahnhof) zu erreichen.

Alle Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs wollen wir eng mit Verbänden wie dem ADFC und VCD abstimmen, um die (Alltags-)Expertise unserer Zivilgesellschaft zu nutzen. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf Fragen der Verkehrssicherheit.

Fahrradverleihsystem - Grenzenlos die Stadt erkunden

Das Leihradsystem ist in den letzten zwei Jahren zu einem wichtigen Bestandteil im Gießener Stadtverkehr geworden und ermöglicht, auch längere Strecken durch die Stadt schnell zurückzulegen. Es wurde somit eine gute Möglichkeit für Berufspendelnde und Studierende geschaffen, die zu den Hauptverkehrszeiten, flexiblere Verkehrsmittel nutzen möchten. Das Fahrradverleihsystem verstehen wir als eine sinnvolle Ergänzung zu dem in Gießen bestehenden Nahverkehrsnetz. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gießener Bürger:innen auf diese Alternative zurückgreifen können. Die Nutzung wollen wir dabei in Zusammenarbeit mit dem Anbieter möglichst niedrigschwellig gestalten. Darunter verstehen wir transparente und nachvollziehbare Anmeldemodalitäten sowie eine Anpassung des Systems an örtliche Gegebenheiten.

Wir wollen das bestehende Fahrradverleihsystem strukturell ausbauen und besser mit unserem regionalen ÖPNV verbinden. Bisher befinden sich die Leihradstationen meist auf dem Gelände der Hochschulen, weshalb in vielen Stadtteilen (Weststadt, Nordstadt, Kleinlinden, ...) noch keine Stationen vorhanden sind. Um das Fahrradverleihsystem für mehr Menschen zu öffnen, möchten wir daher die Stationsdichte erhöhen und alle Stadtteile und Vororte an das System anschließen. Auch möchten wir die Gießener Schulen und andere Bildungseinrichtungen, wichtige Verkehrsknotenpunkte, P&R-Parkplätze, öffentliche Gebäude und weitere Orte mit erhöhter Nachfrage in das Fahrradverleihsystem integrieren. Ziel soll es sein, dass in Zukunft alle Gebiete in der Stadt leicht mit dem Leihfahrrad zu erreichen sind und man leicht zwischen den öffentlichen Verkehrsmitteln wechseln kann. So wollen wir die Station am Bahnhof weiterausbauen und weitere Stationen in der Innenstadt errichten, etwa am Marktplatz und am Zeughaus. In diesem Bereich ist bereits in der Vergangenheit viel geschehen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir auch in Zukunft, zusammen mit Interessenvertretungen, wie dem ADFC, fortführen.

Neben dem weiteren Ausbau wollen wir auch versuchen die Nachfrage für das Leihradsystem zu steigern:

- Wir wollen prüfen, ob eine Vergünstigung des Tarifs für alle Gießener Bürger:innen erreicht werden kann. :Wir werden prüfen, ob für Besitzer:innen eines Gießen-Passes das Fahrradverleihsystem in Zukunft kostenfrei gestaltet werden kann.
- Auch wollen wir mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund in den Dialog treten, um das Fahrradverleihsystem in das RMV-Gebiet aufzunehmen, sodass Besitzer:innen des Hessen- oder Senientickets kostenlos auf die Leihräder zugreifen können und das Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel insgesamt attraktiver wird. Auch eine Aufnahme in das RMV-Jobticket möchten wir anregen und Arbeitgeber:innen zur Nutzung dieses Angebots ermutigen.
- Um auch den Transport von Einkäufen oder anderen größeren Gegenständen zu ermöglichen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch Lastenräder in das Fahrradverleihsystem mit eingebunden werden.

Förderung der E-Mobilität

Die kommunalen Möglichkeiten zur Förderung der E-Mobilität liegen hauptsächlich im Infrastrukturausbau. Wir wollen daher über die Stadtwerke den Aufbau eines stadtweiten Ladesäulennetzes voranbringen. Als Standorte kommen beispielsweise öffentliche Gebäude und andere Orte mit einer gewöhnlichen Aufenthaltsdauer von mehr als einer Stunde in Frage (z.B. Supermarktparkplätze, Kurzzeitparkplätze und insbesondere P&R-Parkplätze). Bei der Entwicklung und Erneuerung der Nieder- und Mittelspannungsnetze werden wir darauf achten, dass die künftigen Netzkapazitäten den „tankenden“ Elektroautos Rechnung tragen.

Zudem werden wir die Stellplatzsatzung dahingehend überarbeiten, dass beim Bau künftiger PKW-Stellplätze mindestens Leerrohre verlegt werden müssen, um eine spätere Aufrüstung mit Ladesäulen zu ermöglichen.

Wir werden Angebote der Stadtwerke Gießen, wie z.B. „E-Revolution“, zur Förderung der E-Mobilität fortführen und weiterentwickeln. So werden wir beispielsweise auch weiterhin die Errichtung von Wallboxen in Privathaushalten fördern. Zudem wollen wir in diesem Rahmen prüfen, inwieweit weitere Formen öffentlicher Elektromobilität gefördert werden können. So werden wir den Aufbau eines niedrighschwelligen, quartiersnahen und preisgünstigen Carsharing-Angebots mit Elektrofahrzeugen durch die SWG prüfen. Auch eine Verknüpfung mit anderen Leistungen der SWG im Rahmen des E-Revolution-Programms ist denkbar, etwa eine kostenfreie Nutzung eines Carsharing-Angebots gegen die zur Verfügung-Stellung von privaten Dachflächen für Photovoltaikanlagen.

Auch werden wir dafür sorgen, dass das Ladesäulennetz in der Stadt möglichst niedrighschwellig genutzt werden kann. So soll beispielsweise die Bezahlung mit EC-Karte möglich sein und hierfür keine SWG-Kundenkarte benötigt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt fährt die Gießener Stadtbussflotte mit Biogas, da dies beim aktuellen Strommix noch klimaschonender ist als eine Umstellung auf Elektrobusse. Wir werden jedoch in den nächsten Jahren die Entwicklung in diesem Bereich aufmerksam verfolgen und eine Umstellung auf andere Antriebstechnologien bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen erwägen, falls dies zu einem künftigen Zeitpunkt ökologischer und wirtschaftlicher erscheint.

Gerechter Verkehr

Fahrpreispolitik und kostenfreier ÖPNV

Grundsätzlich sprechen wir uns für einen steuerfinanzierten ÖPNV aus. Ein steuerfinanzierter ÖPNV hätte eine positive Lenkungswirkung hin zu einem umweltfreundlicheren Mobilitätsverhalten und würde einkommensschwache Haushalte entlasten. Allerdings verfügt die Stadt Gießen nicht über die hierfür notwendigen finanziellen Mittel, zumal die tatsächlich verfügbaren Mittel zunächst in den bedarfsgerechten Ausbau des ÖPNV-Angebots investiert werden müssen. Eine politische Entscheidung für einen generell steuerfinanzierten ÖPNV kann daher nur auf Landes- oder Bundesebene getroffen werden, da nicht die Stadt Gießen, sondern der RMV als Verkehrsverbund, die Fahrpreispolitik bestimmt. Wir werden jedoch alle sich bietenden Möglichkeiten prüfen, den ÖPNV für bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen, weiter zu verbilligen oder kostenfrei zu machen.

So wollen wir für Inhaber:innen des Gießen-Passes die Nutzung des Seniorentickets komplett kostenfrei gestalten. Im Rahmen dessen wollen wir auch den Kreis der Anspruchsberechtigten für den Gießen-Pass erweitern auf Menschen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Schüler:innen-BAföG beziehen.

Zudem werden wir uns beim RMV für die Wiedereinführung von Kurzstreckentickets einsetzen.

Wir werden prüfen, inwieweit der ÖPNV an Eventtagen wie dem Stadtfest kostenfrei gestaltbar ist. In Verbindung mit einer Studie wollen wir dabei Zahlen erheben, um die Möglichkeit einer kostenfreien, steuerfinanzierten Ausgestaltung des ÖPNV analysieren zu können.

Zudem wollen wir im Rahmen von P&R-Angeboten die Nutzung des Parktickets als Nahverkehrsticket ermöglichen. Hierdurch wird die Attraktivität der P&R-Angebote sowie des ÖPNV erhöht und der Innenstadtverkehr weiter entzerrt.

Gerechte Löhne für unsere Busfahrer:innen

Jeden Tag ein 18 Meter langes Fahrzeug mit dutzenden Fahrgästen durch die Gießener Straßen zu lenken, ist nicht nur entscheidend für einen funktionierenden, modernen und nachhaltigen Nahverkehr. Es ist auch eine Aufgabe, die mit hoher Verantwortung und Stress verbunden ist. Um gute Arbeitsbedingungen zu halten, ist es daher notwendig, dass unser kommunales Unternehmen Stadtwerke weiter Betreiber des städtischen Liniennetzes bleibt. Um die Bedingungen für die Busfahrer:innen weiter zu verbessern, streben wir die Rückführung der Gießener Stadtbusfahrer:innen in den TVÖD an. Damit dies möglich ist, werden wir mit Nachdruck die Bundespolitik auffordern, das Personenbeförderungsgesetz zu ändern, damit kommunale Buslinienbetreiber nicht weiter in den Vergabeverfahren gegenüber schlechter zahlenden Privatunternehmen benachteiligt werden.

Kommunalgerecht - Erhalt der Handlungsfähigkeit durch weitsichtige Finanzpolitik

Die Kommunen sind die Keimzelle unserer Demokratie. Hier sind für die Bürger:innen ihre Lebensbedingungen unmittelbar erlebbar.

Deshalb sind stabile Finanzen wichtig, um weiter handlungs- und gestaltungsfähig bleiben und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichern zu können.

Ausstieg aus dem Schutzschirm und Stabilisierung der Finanzen

Mit unserer Kämmerin und Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz ist es uns gelungen, durch den Beitritt zum Schutzschirm und eigene Sparanstrengungen mit Augenmaß Schulden abzubauen, den Haushalt zu stabilisieren und sogar Überschüsse zu erreichen und Rücklagen zu bilden.

Dabei haben wir unsere Infrastruktur erhalten und weiter in den Erhalt und den Ausbau der Daseinsvorsorge, der Lebensqualität und der Attraktivität – in Gießens Zukunft - investiert.

Coronabedingt hat die Landesregierung den Schutzschirmvertrag beendet. Allerdings hätten wir auch ohne diesen Beschluss – wegen vorzeitiger Erfüllung der Bedingungen – aussteigen können.

Durch den Ausstieg haben wir – Corona einmal ausgeklammert – eine größere finanzielle Autonomie gewonnen.

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie schafft viele Unsicherheitsfaktoren für die städtischen Finanzen. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich die Einbrüche auf den Haushalt auswirken werden.

Durch unsere Konsolidierungserfolge der letzten Jahre hatten wir die Möglichkeit, Corona-bedingte Hilfen zu leisten durch Förderungen (z.B. im Bereich Kultur und Sport), Verzicht auf Gebühren (z.B. bei der Gastronomie und den Kitas) und Stundungen (z.B. bei Gewerbesteuern).

Wir müssen aktuell mit deutlichen Steuereinnahmeausfällen in diesem und mindestens den kommenden ein bis zwei Jahren - besonders bei der Gewerbesteuer - rechnen.

Mit ihren Corona-Hilfsprogrammen haben Bund und Land zunächst nicht nur Hilfen für Unternehmen und Selbstständige geleistet, sondern auch die kommunalen Finanzen gestützt.

Allerdings brauchen wir weiterhin zusätzliche Mittel - einen kommunalen Rettungsschirm von Bund und Land - zum Ausgleich der finanziellen Corona-Schäden und zur Stabilisierung des städtischen Haushalts. Außerdem fordern wir vom Land, die Vorgaben der Verschuldung zu lockern, damit der kommunale Gestaltungsspielraum trotz Corona-bedingter Einbußen erhalten bleibt. Nur so können wir die Folgen der Krise abmildern und zu einer schnellen wirtschaftlichen Erholung beitragen. Diese gerät in Gefahr, wenn der gerade begonnene Abbau des Investitionsstaus nicht fortgesetzt werden kann.

Investieren für ein weiterhin attraktives, soziales und zukunftsfähiges Gießen

Den großen Investitions- und Sanierungsstau können wir nur abbauen, wenn wir unsere Investitionskraft stärken. In den letzten Jahren zeichnete sich immer stärker ab, dass unser Finanzrahmen für die erforderlichen und dringend notwendigen Investitionsbedarfe zu gering ist. Gleichzeitig ermöglichen uns der Ausstieg aus dem Schuttschirmvertrag, unsere damit gestiegene Finanz-Autonomie sowie unsere Rücklagen diese Zukunftsaufgaben auf unsere politische Agenda zu setzen. Denn: Heute nicht getätigte Sanierungen und Investitionen werden uns morgen einholen.

Deswegen werden wir für die Jahre 2021 bis 2026 zusätzlich zum bisherigen Investitionsrahmen ein zusätzliches Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 75 Mio. € auflegen und damit unser jährliches Investitionsvolumen um mindestens 50% erhöhen. Dabei werden wir darauf achten, dass die Folgekosten in diesem definierten Zeitraum unserer Leistungsfähigkeit entsprechen, d.h. wir genehmigungsfähige Haushalte erreichen. Außerdem wollen wir alle geeigneten Investitionsprogramme des Bundes und Landes zur Stärkung unserer Investitionsvorhaben zu nutzen.

Wir sind die tragende Säule für eine stabile Gesellschaft und müssen weiter in Klimaschutz, sozialen Wohnungsbau, Kinderbetreuung, Bildungs-, Kultur- und Sportinfrastruktur, Verkehr und Digitalisierung – das heißt in die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität unserer Stadt Gießen - investieren können.

Kreisfreiheit für die Universitätsstadt Gießen

Die Kreisfreiheit anzustreben und damit an den Status von 1977 (der zugunsten der 2-Jahre währenden Bildung der Stadt Lahn dauerte) anzuknüpfen, begründet sich mit der Größe, den Aufgaben und Funktionen, der Verwaltungskraft, dem Streben nach Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG; Art. 137 Hess. Verfassung), Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und dem Selbstbewusstsein der Stadt Gießen.

Insbesondere die Zeit der Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass keine einzige der für den Alltag der Menschen in unserer Stadt bedeutenden Entscheidungen (Standort Test- und Impfzentrum, Maskenpflicht (in der Fußgängerzone), Sperrung der Sport- und Freizeitanlagen u.a. in der Entscheidungskompetenz der Stadt selbst liegt.

Nicht nur die Einwohnerzahl, auch viele andere Gründe, geben uns als Oberzentrum und als sog. Sonderstatusstadt nach § 4a Abs. 2 HGO Anlass für den angestrebten Statuswechsel; auch die zahlreichen sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die mit denen einer Großstadt vergleichbar sind. So erbringt Gießen in großem Umfang Leistungen der Daseinsvorsorge und hat Aufgaben, die der einer kreisfreien Stadt entsprechen und teilweise auch von Bewohner:innen des Landkreises und der ganzen Region wahrgenommen werden. Zu nennen sind hier beispielhaft die Schul- und Bildungslandschaft, die Jugendhilfe, die Volkshochschule, die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die Stadtwerke, die auch mit ihrer Tochtergesellschaft MitBus die Busverkehre in Gießen betreibt. Darüber hinaus ist Gießen die zweitgrößte Sonderstatusstadt und siebtgrößte Stadt Hessens mit fast 90.000 Einwohner:innen, Standort einer Vielzahl von überregionalen Einrichtungen und Institutionen, wie etwa die Justus- Liebig-Universität, die Technische Hochschule Mittelhessen, das Stadttheater, eines der größten Universitätsklinikum, verschiedene andere hessische Mittel- und Sonderbehörden sowie zentraler Einzelhandels-Standort.

Gießen verzeichnet aufgrund dieser Versorgungs- und Standortfaktoren einen steten Einwohner:innen –Zuwachs. Viele neue Baugebiete mit unterschiedlichen Wohnangeboten

entstehen und sind weiter in Planung. Auch die Entwicklung der Gewerbeansiedlungen hält an.

Die noch beim Kreis verbliebenen Aufgaben des Rettungs-, Gesundheits- Veterinärwesens u.a. könnten von der Stadt Gießen aufgrund ihrer Größe und Verwaltungskraft selbst oder auch in interkommunaler Zusammenarbeit wahrgenommen werden.

Auch wenn das Land Hessen in seiner 2020 beschlossenen HGO-Änderung die Erlangung des Status der Kreisfreiheit erschwert hat (§4a Abs. „ Weitere Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern können auf Antrag durch Gesetz zur kreisfreien Stadt erklärt werden“), sollten wir dennoch die Option der Kreisfreiheit als Perspektive beibehalten und für den möglichen Statuswechsel Prüfungen vornehmen, welche Folgen dieser auf die Finanzstruktur und --ausstattung (aufgabengerechte Finanzierung; KFA) , die Aufgabenveränderungen, die finanzielle Be- und auch Entlastung, die rechtliche Stellung und die Entwicklungsperspektiven der Stadt Gießen hätte und welche organisatorischen Änderungen erforderlich wären.

Beteiligungsgerecht in einer Stadt für alle

Gießen war schon immer eine Stadt der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements. Der Bogen reicht von den im 19. Jahrhundert entstandenen einzigartigen 50er-Vereinigungen über die Finanzierung des Stadttheaters („Ein Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns“) bis hin zu den Bewohner-Initiativen in den drei sozialen Brennpunkten (Margaretenhütte, Gummiinsel, Eulenkopf) und der Selbsthilfegruppen-Bewegung – beide eng verbunden mit dem Wirken von Horst-Eberhard Richter.

Sozialdemokrat:innen haben in Gießen immer dafür gesorgt, dass solche Initiativen Raum bekamen und dass ihre Wirkungsmöglichkeiten verbrieft und gesichert wurden. So entstand aus den Brennpunktinitiativen letztlich die satzungsmäßig verankerte Mietermitbestimmung bei der Wohnbau Gießen GmbH, durch die den Mieter:innen erheblicher Einfluss vor allem bei der Investitionsplanung, der Sanierung und Modernisierung und der Gestaltung der Außenflächen sowie Sitze im Aufsichtsrat der Wohnbau garantiert wurden- ein Modell, das bis heute deutschlandweit seinesgleichen sucht.

Schließlich entstand aus diesen Erfahrungen heraus der Nordstadtbeirat, in dem Politik, soziale Träger und direkt gewählte Bewohnervertretungen gemeinsam die wesentlichen Entscheidungen über die Sanierung der Nordstadt berieten; und aus diesen wiederum die „Runden Tische“ und Stadtteilgremien im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Flusstraßenviertel, der Nördlichen Weststadt und dem Eulenkopf.

Die Ortsbeiräte wurden durch Antrags- und Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung gestärkt. Sie sind die von den Bürger:innen gewählte Vertretung des Stadtteils, deren Kenntnisse über die örtlichen Strukturen für die Stadt Gießen unverzichtbar sind.

Auch wurde unter SPD-Führung u.a. der Ausländerbeirat, der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderungen eingeführt. Erweiterte offene Formen der Beteiligung gerade auch in Stadtentwicklungsprozessen, die Schulentwicklungsplanung, von der Altenhilfeplanung über die Kulturentwicklungsplanung, den Kulturgewerbehofprojekt, das Wohnraumversorgungskonzept bis hin zu Bau- und Planungsprojekten sind für die SPD selbstverständlicher Bestandteil des kommunalpolitischen Prozesses.

So auch die seit über 20 Jahren bestehenden Lokale Agenda 21- Gruppen, in denen sich interessierte Bürger:innen für eine nachhaltige Stadtentwicklung – differenziert nach unterschiedlichen Themen – einsetzen.

Das Bürgerbeteiligungsprojekt wird die Umsetzung des Beschlusses „2035Null-klimaneutrales Gießen“ sein, denn nur, wenn die politischen Verantwortungsträger, die Verwaltung und die Bürgerschaft gemeinsam handeln, kann die Erreichung dieses ambitionierten Ziels gelingen.

Der Bürgerantrag, der initiiert wurde von der „Bürgerinitiative Lebenswertes Gießen“ und dann in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, ist ein Paradebeispiel dafür, was die Bürgerbeteiligungssatzung ermöglicht.

Mit der 2014 verabschiedeten Bürgerbeteiligungssatzung – die in Hessen und darüber hinaus bisher beispiellos ist - wurde Bürgerbeteiligung nicht neu erfunden, aber vorhandene Instrumente werden leichter zugänglich, verstärkt und neue kommen hinzu. Und vor allem werden all diese zugänglicheren, verbesserten oder auch neuen Instrumente durch eine Satzung garantiert, sie sind ein rechtlicher Anspruch der Bürger:innen gegenüber Politik und Verwaltung und nicht etwas, was Politik und Verwaltung nach Gutdünken gewähren oder

eben auch nicht gewähren. Die Bürger:innen treten Politik und Verwaltung als gleichberechtigter Partner:innen gegenüber.

Die wesentlichen neuen Elemente sind:

- Die Verpflichtung für den Magistrat, frühzeitig über wichtige geplante Maßnahmen aller Art zu informieren („Vorhabenliste“). Damit wird die Arbeit des Magistrats und der Verwaltung transparenter und die Bürger:innen können sich rechtzeitig über die Planungen und ihre Beteiligungsmöglichkeiten informieren.
- Ein erweitertes Akteneinsichtsrecht bringt mehr Transparenz des Verwaltungshandelns und mehr Informationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.
- Ein erweitertes Fragerecht in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung verbessert die Kommunikation zwischen der Bürgerschaft und ihren gewählten Vertretern.
- Das Recht, Bürger:innenversammlungen zu einem bestimmten Thema einzuberufen, wenn eine bestimmte Zahl von Bürger:innen das will.
- Das Recht, sich per Bürgerantrag direkt an die Stadtverordnetenversammlung zu wenden, erweitert die bestehenden Möglichkeiten deutlich. Die Stadtverordnetenversammlung muss sich mit dem Bürgerantrag befassen und darf während der Zeit bis zur Beschlussfassung in der betreffenden Angelegenheit keine unwiderruflichen Maßnahmen treffen.

Zwar wird die Satzung seither in allen ihren Teilen sehr lebhaft und erfolgreich angewendet; aber noch ist die endgültige Rechtmäßigkeit in der Schwebe.

Wir machen aber auch klar: Demokratisch legitimierte Entscheidungen können durch die Elemente und Verfahren einer stärkeren Bürgerbeteiligung nicht ersetzt werden. Nur im Bürgerentscheid als Entscheidung der Gesamtheit der Bürger:innen wird die Entscheidung der demokratisch gewählten und legitimierten Stadtverordnetenversammlung als Vertretung aller Bürger:innen ersetzt. Aber eine gewählte kluge Vertretung der Bürger:innen ist gut beraten, deren Anliegen in ihre Entscheidungen zu berücksichtigen.

Bürgerschaftliches Engagement

Zum bürgerschaftlichen Engagement gehört auch das Ehrenamt im traditionellen Sinn. Gerade Menschen nach der Berufs- und/oder Familienphase sind bereit und motiviert, sich für andere zu engagieren, sei es im sozialen, kulturellen, schulischen oder sportlichen Bereich. Um diese Bereitschaft zu koordinieren und Angebote und Nachfrage in Einklang zu bringen, braucht es Ansprechpartner und einen Ort, d. h. auch Ehrenamt braucht professionelles Management. Dabei ist darauf zu achten, dass Ehrenamt professionelle Hilfe und Arbeit nicht ersetzen kann und darf.

Neben den unzähligen ehrenamtlich getragenen Initiativen u.a. der Wohlfahrtsverbände gibt es in Gießen den Verein „Ehrenamt Gießen e.V.“ sowie das Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen, die von der Stadt getragen oder finanziell unterstützt werden, um ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zu stärken und die freiwillige Tätigkeit in nahezu allen gesellschaftlichen Lebensbereichen zu stärken.

In Zusammenarbeit mit Politik, Organisationen und Vereinen wird es weiter darum gehen, die vielfältigen Ehrenamtsbereiche zu vernetzen, die Arbeit zu koordinieren, neue Erfordernisse zu definieren und Freiwillige für die entsprechenden Bereiche zu qualifizieren. Dies wird umso wichtiger sein als u.a. die demografische Entwicklung sowie die Betreuung und Integration der Menschen, die aus anderen Teilen der Welt zu uns kommen, ohne

ehrenamtliches Engagement kaum zu bewältigen sein wird. Schon jetzt zeigt sich, was Menschen in unserer Stadt bereit sind zu leisten, wenn es darum geht, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und anderen zu helfen. Und es zeigt sich, dass dieses Engagement eine große Bedeutung für stabile demokratische Strukturen, soziale Bindungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat.

Besonders in Städten ist es erforderlich, Entwicklungen stärker quartiersbezogen zu organisieren, um den besonderen Bedürfnissen der dort lebenden Menschen zu entsprechen. Dazu gehört auch die Entstehung von Nachbarschaftsinitiativen, die zum Ziel haben, gegenseitige Hilfe zu organisieren und zu gewährleisten.

Wir wollen in den kommenden Jahren solche Initiativen weiter fördern, wie beispielsweise beim „Dorf- und Kulturverein Lebendiges Rödgen“, auch in anderen Stadtteilen.

Vorortstadtteilegerecht Orte zum Leben und Wohlfühlen

Gießens Charme besteht neben seiner lebendigen Innenstadt mit breitem Kulturangebot auch aus seinen Vorortstadtteilen, die in unterschiedlichem Maße noch dörflich geprägt sind. Hier zieht es verstärkt Familien mit Kindern hin, die gerne im Grünen wohnen und die Geborgenheit dörflicher Umgebung mögen, gleichzeitig aber die Nähe und Anbindung an ein urbanes Umfeld schätzen. Gießen hat den unschätzbaren Vorteil, beides zu haben. Deshalb wollen wir uns in den kommenden Jahren verstärkt auch um die Steigerung der Attraktivität unserer Vorortstadtteile gemeinsam mit den Ortsbeiräten kümmern.

Familienfreundliche Vorortstadtteile

Gießen und seine Vorortstadtteile wollen und sollen familienfreundlich sein. Deswegen investieren wir weiter in den Ausbau der Betreuungsstrukturen in den Stadtteilen. Jedes Kind soll nach unseren Vorstellungen einen KiTa-Platz in seinem Stadtteil haben und in seinem Stadtteil in die Grundschule gehen. Mit dem weiteren Zuzug in unsere Stadtteile werden auch die Investitionen in KiTas und Schulen Schritt halten müssen. Gleichzeitig wächst auch der Bedarf nach Ganztagsbetreuung an den Grundschulen in den Vorortstadtteilen. Wir sprechen uns daher für einen Ausbau aller Grundschulen zu Ganztagschulen aus.

Zugang zu schnellem Internet ist der Schlüssel zu mehr „Wohnen auf dem Land“

Gerade die vergangenen Monate haben gezeigt, dass in vielen Berufen das Homeoffice eine veritable Alternative zum Büro sein kann. Die Bedeutung von schnellem Internet für die Attraktivität von ländlichen Regionen hat daher in den letzten Monaten und Jahren stetig zugenommen und wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Wir wollen daher den Breitbandausbau in allen Vorortstadtteilen erheblich vorantreiben, um Wohnen und Arbeiten stärker zu verknüpfen und weite Pendlerstrecken zum Beispiel in die Rhein-Main Region zu vermeiden.

Bürgerhäuser in den Vorortstadtteilen sind Orte des Vereinslebens und der Kultur

Die Bürgerhäuser in den Vorortstadtteilen sind im besonderen Maße zentrale Treffpunkte für das kulturelle und das Vereinsleben. In den kommenden Jahren wollen wir daher schrittweise alle Bürgerhäuser sanieren, dies umfasst neben der energetischen Sanierung auch die Anpassung der Räumlichkeiten an moderne hygienische Erfordernisse, wie auch die Barrierefreiheit. In einzelnen Vorortstadtteilen, wie beispielsweise in Lützellinden wird über eine völlige Neukonzeption in Abstimmung mit der Dorfgemeinschaft und dem Ortsbeirat zu diskutieren sein.

Ausbau der Radwege zwischen den Vorortstadtteilen und der Innenstadt

Die Verkehrswende muss sich auf alle Stadtteile erstrecken. Im Rahmen der gesamtstädtische Radwegekonzeption (wie im Programnteil Vorrang für den Radverkehr dargestellt) wollen wir auch die Vorortstadtteile anbinden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass aus allen Stadtteilen sternförmig gut ausgebaute und beleuchtete Fahrradwege in die Stadt führen, um noch mehr Menschen den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern. Daneben wollen wir auch die innerörtlichen Radwege in den Vorortstadtteilen, wie etwa den Radweg entlang der Philosophenstraße oder den Radweg von Lützellinden nach Linden entlang der K20, priorisieren.

Grünflächenbewirtschaftung der Vorortstadtteile

Die Abschaffung der Stadtteilarbeiter hat sich in den vergangenen Jahren als unvorteilhaft herausgestellt. Die Pflege der örtlichen Anlagen und öffentlichen Flächen hat sich seither merklich verschlechtert und gibt oft Anlass zu Kritik. Wir setzen uns daher für ein, direkte Ansprechpartner:innen im Gartenamt zu schaffen, die als Kontakt für die Ortsbeiräte dienen. Der jeweilige Ortsbeirat, vertreten durch den Ortsvorsteher/ die Ortsvorsteherin, soll erforderlichenfalls Prioritäten der Tätigkeiten vorgeben können.

Ortsbeiräte und lokale Mitbestimmung in den Stadtteilen stärken

Die Ortsbeiräte in den fünf Stadtteilen sind wichtige Organe der Stadtpolitik, die wir in den kommenden Jahren weiter stärken wollen. Sie sind Ort der lokalen Mitbestimmung und wirken so Politikverdrossenheit entgegen. Zu den stadtteilspezifischen Themen sind die Ortsbeiräte im Rahmen ihrer lokalen Mitwirkungsrechte einzubeziehen und ihre Vorschläge zu beachten. Wir wollen zukünftig stärker darauf achten, dass städtische Entscheidungen die jeweiligen Vorortstadtteile betreffend noch sorgfältiger mit den jeweiligen Ortsbeiräten beraten werden. Zur Stärkung dieser Funktion soll jeder der Ortsbeiräte ein eigenes Budget von jährlich 5.000 EUR erhalten, über das der jeweilige Ortsbeirat eigenständig verfügen kann. Dieses Budget ist unabhängig von den über den städtischen Haushalt zu finanzierenden Maßnahmen im Ort bereit zu stellen. Mit diesem Budget können einzelne örtliche Maßnahmen (etwa die Finanzierung einer lokalen Homepage) kleinere Anschaffungen (beispielsweise die Aufstellung einer Sitzbank) oder Stadtteilsteste finanziert werden. Einzelheiten wird eine Ergänzung der Ortsbeiratssatzung regeln. Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel trifft der jeweilige Ortsbeirat, mit der Abwicklung beauftragt er die städtische Verwaltung.